



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

AVIS SUR LES PROFESSIONS LIBÉRALES ET LA LIBRE CIRCULATION DES SERVICES MÉDECINS

Allemagne, Angleterre, Autriche, France et Italie

ACTUALISATION AU 31 DÉCEMBRE 2009

Avis 07-011

Lausanne, le 31 juillet 2010
ECR/GPR/EL/IV/MB/AF/LF/MM/BA

TABLE DES MATIÈRES

DEUTSCHLAND	3
ANGLETERRE	24
AUTRICHE	32
FRANCE	45
ITALIE	66

DEUTSCHLAND

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Artt. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33); nunmehr seit dem 01.12.2009 **Artt. 45ff, 49 ff und 56 ff EU-Arbeitsweisevertrag** (AEUV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 2008 (ABl. Nr. C 115 S. 47) EU-Dok.-Nr. 1 1957 E, zuletzt geändert durch Art. 2 Vertrag von Lissabon vom 13. 12. 2007 (ABl. Nr. C 306 S. 1, ber. ABl. 2008 Nr. C 111 S. 56 u. ABl. 2009 Nr. C 290 S. 1).
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 1.6.2009 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Deutsches Recht

a. Gesetze

- [Bundesärzteordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 1987 \(BGBl. I S. 1218\), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes zur Regelung des Assistenzpflegebedarfs im Krankenhaus vom 30. Juli 2009 \(BGBl. I S. 2495\)](#)
- [Approbationsordnung für Ärzte Vom 27. Juni 2002, zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 \(BGBl. I 2009 S. 2495\)](#)
- Landes-Heilberufs- und Heilberufskammergesetze (enthalten auch Berufsregeln).
- [Landesgesetze über die Weiterbildung von Ärzten, Zahnärzten, Tierärzten und Apothekern, Beispiel: Berlin, Gesetz vom 20. Juli 1978, über die Weiterbildung von Ärzten, Zahnärzten, Tierärzten und Apothekern vom 20. Juli 1978, das zuletzt durch Artikel X des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt vom 18. November 2009 \(GVBl. 2009 S. 674\) geändert worden ist. Die Änderungen durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG im Recht der Gesundheitsberufe vom 15. 12. 2007 \(GVBl. S. 617\) sind noch nicht in die konsolidierte Fassung des Gesetzes aufgenommen.](#)
- Weiterbildungsordnungen der Landesärztekammern.
- [Zulassungsverordnung für Vertragsärzte \(Ärzte-ZV\) vom 28. Mai 1957, zuletzt geändert durch Art. 13 des Gesetzes vom 28. Mai 2008 \(BGBl. I 2008 S. 874\)](#)

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die Bundesärzteordnung (BÄO) und die Approbationsordnung für Ärzte (ÄApprO) wurden durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe (BGBl. I 2686) sehr stark im Detail geändert. Eine konsolidierte Fassung der Gesetze liegt nunmehr vor.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Die nationale Gesetzgebung bezieht die Richtlinie bereits ein, die allerdings für die Schweiz noch nicht gilt. Mit der Entscheidung für die Richtlinienanwendung in der Schweiz ist daher anzunehmen, dass auf Schweizer Ärzte die gleichen Grundsätze Anwendung finden werden, die für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten gelten, und die Voraussetzungen der Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Niederlassung Schweizer Staatsangehöriger in EU-Staaten erleichtert wird.

II. LÄNDERBERICHT DEUTSCHLAND

A. Niederlassung als Arzt

1. Titel

Gem. § 2 Abs. 5 BÄO ist die Ausübung des ärztlichen Berufs als die Ausübung der Heilkunde unter der Berufsbezeichnung "Arzt" oder "Ärztin" definiert. Diese ist nach § 2a BÄO demjenigen gestattet, der

- als Arzt im Inland **approbiert** ist (§ 2 Abs. 1 BÄO) oder
- eine **Erlaubnis** zur vorübergehenden Ausübung des ärztlichen Berufs als niedergelassener Arzt hat (§ 2 Abs. 2 BÄO) oder
- als Staatsangehöriger eines EU-Mitgliedstaats oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates sind, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, und **vorübergehend und gelegentlich als Erbringer von Dienstleistungen** im Sinne des Artikels 50 EGV (Art. 57 AEUV) im Geltungsbereich dieses Gesetzes als Arzt tätig wird (§ 2 Abs. 3 BÄO).

2. Approbation und Erlaubnis

Ärzte unterliegen in Deutschland einer staatlichen Überwachung der Zulassung. Die freie Ausübung der Heilkunde ist in Deutschland nur **approbierten** Ärzten erlaubt. Wer in Deutschland den ärztlichen Beruf als **niedergelassener** Arzt ausüben will, bedarf gem. § 2 Abs. 1 BÄO daher grundsätzlich der **Approbation** als Arzt. Alternativ ist es nur möglich auf der Basis einer **zur vorübergehenden oder auf bestimmte Tätigkeiten beschränkten Erlaubnis** den ärztlichen Beruf auszuüben. Hierbei handelt es sich jedoch um eine beschränkte und wenig attraktive Form der Berufszulassung.

Allemanne

Zum besseren Verständnis der Begriffe und zur Abgrenzung von der Frage der Weiterbildung sollen die „**Approbation**“ und die „**Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung**“ des ärztlichen Berufs nachfolgend kurz erläutert werden:

Unter der **Approbation** ist die deutsche staatliche Erlaubnis zur Ausübung des Arztberufs zu verstehen. Die Approbation berechtigt zur Berufsausübung, wird unbefristet erteilt und ist für das gesamte deutsche Bundesgebiet gültig. Der Besitz einer Approbation als Arzt ist Voraussetzung für die dauerhafte ärztliche Berufsausübung. Die Approbation ist zugleich Voraussetzung für die Weiterbildung (im Inland), denn letztere kann gemäß BÄO erst nach der ärztlichen Approbation begonnen werden. Ein Arzt in der Weiterbildung (dies ist meistens der Fall bei den angestellten Ärzten (Assistenzärzte) muss daher grundsätzlich approbiert sein. Nach Approbation und nachfolgender erfolgreicher Beendigung der Weiterbildung erlangt der Arzt dann die Berechtigung zum Führen einer Facharztbezeichnung.

Die zweite Möglichkeit zur ärztlichen Berufsausübung ist die der **Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung** des ärztlichen Berufs. Für eine lediglich vorübergehende Berufsausübung kann eine **Berufserlaubnis** erteilt werden. Sie ist in jeder Hinsicht einschränkbar und wird in der Regel widerruflich und befristet erteilt und auf bestimmte Beschäftigungsstellen beschränkt. Im Gegensatz zur Approbation darf der Inhaber einer Berufserlaubnis nur unter Aufsicht einer approbierten Berufsangehörigen arbeiten. Die Berufserlaubnis ist zudem nicht im ganzen Bundesgebiet, sondern nur im jeweiligen Bundesland gültig.

3. Erfordernisse an eine dauernde Berufszulassung

a. Approbation und ihre Voraussetzungen

Die **Approbation** als Arzt setzt nach § 3 Abs. 1 BÄO und § 39 ÄApprO nachfolgende Anforderungen an den Antragsteller voraus (zum **Nachweis** des Vorliegens der Anforderungen **siehe unter b. Antragsinhalt und vorzulegende Dokumente**):

1. Der Antragsteller muss Deutscher¹, Staatsangehöriger eines EU-oder EWR-Staates, heimatloser Ausländer im Sinne des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer **oder Staatsangehöriger eines Vertragsstaates sein, dem Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben** (hierunter fällt grundsätzlich die **Schweiz**);
2. Der Antragsteller darf sich nicht eines Verhaltens schuldig gemacht haben, aus dem sich seine **Unwürdigkeit oder Unzuverlässigkeit** zur Ausübung des ärztlichen Berufs ergibt;
3. Er darf nicht in **gesundheitlicher Hinsicht** zur Ausübung des Berufs ungeeignet sein;
4. Er muss im Prinzip ein Studium der Medizin von mindestens **sechs Jahren** an einer wissenschaftlichen Hochschule absolviert und die ärztliche Prüfung im Geltungsbereich dieses Gesetzes bestanden haben, von denen mindestens acht, höchstens zwölf Monate auf eine praktische Ausbildung in Krankenhäusern oder geeigneten Einrichtungen der ärztlichen Krankenversorgung entfallen müssen. Die Approbationsordnung regelt die Details der Ausbildung (Dauer, einzelne Ausbildungsfächer, ihre Inhalte und die Prüfungsinhalte). Die Ausbildung schliesst mit dem Staatsexamen ab.

Hierbei gilt als eine solche Ausbildung jedoch auch eine in einem EU oder EWR-Staat abgeschlossene ärztliche Ausbildung, wenn der entsprechende in der Anlage zu diesem Gesetz aufgeführte **ärztliche Ausbildungsnachweis** vorgelegt wird. Gleiches

¹ Art. 116 GG.

Allemagne

gilt für Vertragsstaaten, denen Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, ab dem hierfür maßgebenden Zeitpunkt. Folglich werden Ausbildungsnachweise erleichtert anerkannt, die nach einem sich aus dem jeweiligen Abkommen (für die Schweiz: bilaterale Abkommen) ergebenden maßgebenden Zeitpunkt erteilt wurden.²

Der anzuerkennende Ausbildungsnachweis der Schweiz ist das

- **Diplome fédéral de médecin/Eidgenössisches Arztdiplom/Diploma federale di medico** (Departement federal de l'intérieur/ Eidgenössisches Departement des Innern/Departamento federale dell' interno); Stichtag ist der 1. Juni 2002.

Den genannten ärztlichen Ausbildungsnachweisen gleichwertig sind **nach** dem jeweils relevanten Stichtag von einem EU-oder EWR-Staat **oder einem Vertragsstaat, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben**, ausgestellte ärztliche Ausbildungsnachweise, wenn diese zwar den in der Anlage zur BÄO für den betreffenden Staat aufgeführten Bezeichnungen nicht entsprechen, aber zugleich eine **Bescheinigung** der zuständigen Behörde des Staates vorgelegt werden kann, dass sie eine Ausbildung abschließen, die den Mindestanforderungen des Artikels 24 der Richtlinie 2005/36/EG entspricht, und den für diesen Staat in der Anlage zur BÄO aufgeführten Nachweisen entsprechen.

Gem. § 14b BÄO ist auch Antragstellern die Approbation als Arzt zu erteilen, die einen **vor** dem für die Anerkennung jeweils maßgebenden Datum ausgestellten ärztlichen Ausbildungsnachweises (Arztdiplom) eines EU-oder EWR-Staates oder eines Vertragsstaates vorlegen, dem Deutschland und EG oder EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben. In den Fällen, in denen die ärztliche Ausbildung des Antragstellers den Mindestanforderungen des Artikels 24 der RiL 2005/36/EG nicht genügt, kann die zuständige Behörde die Vorlage einer Bescheinigung des Herkunftsmitgliedstaats des Antragstellers verlangen, aus der sich ergibt, dass der Antragsteller während der letzten fünf Jahre vor der Antragstellung mindestens drei Jahre ununterbrochen tatsächlich und rechtmäßig den ärztlichen Beruf ausgeübt hat.

5. Der Antragsteller muss über die für die Ausübung der Berufstätigkeit **erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache** verfügt.

Werden diese Voraussetzungen **nicht** erfüllt, ist die Approbation nach § 3 Abs. 2 S. 1 BÄO gleichwohl zu erteilen, wenn der Antragsteller

1. eine außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes abgeschlossene Ausbildung für die Ausübung des ärztlichen Berufs erworben hat und die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes gegeben ist oder
2. einen Ausbildungsnachweis (Arztdiplom) in einem Drittland erworben hat, sofern er **drei Jahre Berufserfahrung** im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats, der diesen Ausbildungsnachweis nach Artikel 2 Abs. 2 der Richtlinie 2005/36/EG anerkannt hat, besitzt und der Antragsteller eine Bescheinigung der Berufserfahrung dieses Mitgliedstaats vorlegt und seine Ausbildung nicht wesentlich von der in Deutschland vor-

² Das Bundesministerium für Gesundheit ergänzt die Anlage zur BÄO um die späteren Änderungen von Anhang V Nummer 5.1.1 der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

Allemagne

geschriebenen Ausbildung unterscheidet oder seine nachgewiesene Berufserfahrung zum Ausgleich der wesentlichen Unterschiede zwischen den Ausbildungen geeignet ist.

Auch hier ist eine Gleichwertigkeitsprüfung vorzunehmen, in die allerdings nach § 3 Abs. 2 S. 2 BÄO bei Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedsstaates, eines anderen EWR-Vertragsstaates **oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben**, die in einem anderen Staat absolvierten Ausbildungsgänge oder die dort erworbene Berufserfahrung einzubeziehen sind.

Ein **gleichwertiger Kenntnisstand** ist nach § 3 Abs. 2 S. 3 BÄO durch Ablegen einer **Prüfung** nachzuweisen, wenn

1. die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nicht gegeben ist,
2. eine Prüfung der Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nur mit unangemessenem zeitlichen oder sachlichen Aufwand möglich ist, weil die erforderlichen Unterlagen und Nachweise aus Gründen, die nicht in der Person des Antragstellers liegen, von diesem nicht vorgelegt werden können, oder
3. der Arzt die Anforderungen der tatsächlichen und rechtmäßigen Berufspraxis nach Artikel 23 der Richtlinie 2005/36/EG nicht erfüllt.

Die Prüfung erstreckt sich auf den Inhalt der staatlichen Abschlussprüfung, hat sich dabei allerdings auf diejenigen Bereiche zu beschränken, in denen die Ausbildung hinter der deutschen Ausbildung zurückbleibt.

b. Antragsinhalt und vorzulegende Dokumente

Der Antragsteller hat nach § 3 Abs. 6 BÄO folgende Unterlagen und Bescheinigungen vorzulegen, wenn er die Approbation beantragt (hierbei geht es zunächst nur um die Frage der Zulassung als Arzt):

1. **Staatsangehörigkeitsnachweis**
2. Amtlich beglaubigte Kopie der **Befähigungsnachweise** oder des Ausbildungsnachweises, der im jeweiligen Heimatstaat zur Aufnahme des entsprechenden Berufs berechtigt (Arztdiplom) sowie gegebenenfalls eine Bescheinigung über die von der betreffenden Person bisher erworbene Berufserfahrung,
3. die **Unterlagen**, die von den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats ausgestellt wurden und belegen, dass der Antragsteller nicht der Berufsausübung unwürdig und unzuverlässig ist (nicht älter als drei Monate), oder, wenn im Herkunftsmitgliedstaat die vorgenannten Unterlagen nicht ausgestellt werden, eine eidesstattliche Erklärung oder – in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt – eine feierliche Erklärung vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar oder einer entsprechend bevollmächtigten Berufsorganisation des Herkunftsmitgliedstaats, der eine diese eidesstattliche oder feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellt,
4. der Nachweis der **gesundheitlichen Eignung** (nicht älter als drei Monate), wobei ein entsprechender Nachweis, der im Herkunftsmitgliedstaat gefordert wird, anerkannt wird oder, wenn im Herkunftsmitgliedstaat kein derartiger Nachweis verlangt wird, eine von einer zuständigen Behörde des Herkunftsmitgliedstaats ausgestellte Bescheinigung,

Allemagne

5. eine Bescheinigung der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats, aus der hervorgeht, dass die Nachweise über die geforderten Ausbildungsvoraussetzungen (Arztdiplom) den in der Richtlinie verlangten Nachweisen **entsprechen**,
6. bei Ausbildungsnachweisen aus einem **Drittland** zusätzliche Angaben, um feststellen zu können, ob sich die Ausbildung (Arztdiplom) auf Inhalte bezieht, die sich wesentlich von der in Deutschland vorgeschriebenen Ausbildung unterscheiden,
7. für den Fall, dass sich Ausbildungsnachweise nach Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe c der Richtlinie 2005/36/EG eines EU-oder EWR-Staats oder eines Vertragsstaats, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, auf eine Ausbildung beziehen, die ganz oder teilweise in einer rechtmäßig im Hoheitsgebiet eines **anderen** der genannten Staaten niedergelassenen Einrichtung (in der Regel Universität) absolviert wurde, Unterlagen darüber,
 - a) ob der Ausbildungsgang in der betreffenden Einrichtung von der Ausbildungseinrichtung des Ausstellungsmitgliedstaats offiziell bescheinigt worden ist,
 - b) ob der ausgestellte Ausbildungsnachweis dem entspricht, der verliehen worden wäre, wenn der Ausbildungsgang vollständig im Ausstellungsmitgliedstaat absolviert worden wäre, und
 - c) ob mit dem Ausbildungsnachweis im Hoheitsgebiet des Ausstellungsmitgliedstaats dieselben beruflichen Rechte verliehen werden.

Haben die zuständigen Behörden berechtigte Zweifel an der Authentizität der in dem jeweiligen Herkunftsmitgliedstaat ausgestellten Bescheinigungen und Ausbildungsnachweise, können sie von den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats eine Bestätigung der Authentizität dieser Bescheinigungen und Nachweise sowie eine Bestätigung darüber verlangen, dass der Antragsteller die Mindestanforderungen der Ausbildung erfüllt, die in Artikel 24 der Richtlinie 2005/36/EG verlangt werden.

An sich sollten die nach § 39 Abs. 1 Nr. 1 und 2 ÄApprO erforderlichen Nachweise (**kurz gefasster Lebenslauf und Geburtsurkunde oder ein Auszug aus dem Familienbuch der Eltern, bei Verheirateten auch die Heiratsurkunde oder ein Auszug aus dem für die Ehe geführten Familienbuch**) nicht verlangt werden, in der Praxis scheint man dies jedenfalls bislang allerdings zu fordern.

Soweit die Nachweise nicht in deutscher Sprache ausgestellt sind, sollten sie zusätzlich in durch einen gesetzlich vereidigten Übersetzer beglaubigter Übersetzung vorgelegt werden (§ 39 Abs. 2 S. 2 ApprÄO).

Die Unterlagen sind in beglaubigter Kopie einzureichen oder als Original mit einfacher Kopie (Unterlagen werden zurückgesandt).

c. Kammermitgliedschaft

Die Kammermitgliedschaftspflicht für approbierte Ärzte ergibt sich aus den Landes-Heilberufekammergesetzen. Jeder Arzt ist Mitglied der Landesärztekammer, in deren Gebiet er seine ärztliche Tätigkeit ausübt. Die Mitgliedschaftspflicht gilt für alle Ärzte, mit Ausnahme der ausländischen vorübergehenden Dienstleister.

Zieht man etwa das Beispiel des baden-württembergischen HBKG³ heran, so gehören nach dessen § 2 Abs. 1 Nr. 1 der Landesärztekammer alle Ärztinnen und Ärzte an, die approbiert

³ Gesetz über das Berufsrecht und die Kammern der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz – HBKG) in der Fassung vom 16. März 1995 (GBl. BW v.

Allemagne

sind oder eine Erlaubnis zur Ausübung des ärztlichen Berufes besitzen und die im Inland ihren Beruf ausüben oder, falls sie ihren Beruf nicht ausüben, im Land ihren Wohnsitz haben.

Nach Erteilung der Approbation hat der Arzt sich unverzüglich bei der zuständigen Landesärztekammer anzumelden. Soll eine **fachärztliche Tätigkeit** ausgeübt werden, sind zusätzlich die im Herkunftsland erworbenen Diplome und Tätigkeitsnachweise bei der Landesärztekammer einzureichen, die die Genehmigung zum Führen einer in Deutschland zugelassenen Bezeichnung erteilt werden kann.⁴

d. Kassenzulassung

Zu unterscheiden ist auch danach, ob ein Arzt Privat- oder Kassenpatienten oder beide behandeln möchte.

Zur Behandlung von Kassenpatienten benötigt ein Arzt eine **Zulassung** (Verträge mit Versicherern der Gesetzlichen Krankenversicherung), hieraus folgt dann automatisch eine **Pflichtmitgliedschaft in der Kassenärztlichen Vereinigung** des Niederlassungsbezirks des Arztes. Fehlt dem Arzt die Kassenzulassung, kann eine Abrechnung ärztlicher Leistungen nur auf privatrechtlicher Basis erfolgen (private Krankenversicherung). In der Regel wird ein Arzt jedoch eher selten als reiner Privatarzt tätig sein wollen. Für die Zulassung als Vertragsarzt der Gesetzlichen Krankenversicherungen ist allerdings seit einigen Jahren der **Erwerb des Facharzttitels** Voraussetzung. Bis dahin war es möglich, sich auch als „Praktischer Arzt“ niederzulassen. **Jetzt gibt es allerdings praktisch keine niedergelassenen Ärzte mehr, die nicht bereits einen Facharzttitel erworben haben.**

In § 3 Abs. 2 der Zulassungsverordnung für Vertragsärzte (Ärzte-ZV)⁵ heisst es, dass die Eintragung in das Arztregister, die bei der nach § 4 zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung zu beantragen ist, die Approbation als Arzt **und** den erfolgreichen Abschluss entweder einer allgemeinmedizinischen Weiterbildung oder einer Weiterbildung in einem anderen Fachgebiet mit der Befugnis zum Führen einer entsprechenden Gebietsbezeichnung oder den Nachweis einer Qualifikation voraussetzt, die gemäß [§ 95a Abs. 4 und 5 des Fünftens Buches Sozialgesetzbuch](#)⁶ anerkannt ist. Die allgemeinmedizinische Weiterbildung muss nach Abs. 4 unbeschadet ihrer mindestens fünfjährigen Dauer inhaltlich mindestens den Anforderungen nach Artikel 28 der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18) entsprechen und mit dem Erwerb der Facharztbezeichnung für Allgemeinmedizin abschließen. Sie hat insbesondere einzuschließen:

- a) mindestens sechs Monate in der Praxis eines zur Weiterbildung in der Allgemeinmedizin ermächtigten niedergelassenen Arztes,
- b) mindestens sechs Monate in zugelassenen Krankenhäusern,
- c) höchstens sechs Monate in anderen zugelassenen Einrichtungen oder Diensten des Gesundheitswesens, die sich mit Allgemeinmedizin befassen, soweit der Arzt mit einer patientenbezogenen Tätigkeit betraut ist.

17.05.1995 S. 314), zuletzt geändert durch Art. 12 DLR-Gesetz BW vom 17. 12. 2009 (GBl. S. 809).

⁴ Siehe Informationsblatt der Bundesärztekammer für Staatsangehörige der Europäischen Union, Norwegen, Island, Liechtenstein oder der Schweiz unter <http://www.arzt.de/page.asp?his=1.109.111.3348>, zuletzt abgerufen ab 28. Januar 2010.

⁵ Zulassungsverordnung für Vertragsärzte (Ärzte-ZV) vom 28. Mai 1957 (BGBl. I, S. 572, 608), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 28. Mai 2008 (BGBl. I 2998 S. 874).

⁶ Sozialgesetzbuch Fünftes Buch - Gesetzliche Krankenversicherung - (Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2495).

Allemagne

Gem. § 18 Ärzte-ZV muss der Antrag auf Zulassung schriftlich gestellt werden. Die Gebühr beträgt 100 €. In dem Antrag ist anzugeben, für welchen Vertragsarztsitz und unter welcher Arztbezeichnung die Zulassung beantragt wird. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen

- ein Auszug aus dem Arztregister, aus dem der Tag der Approbation, der Tag der Eintragung in das Arztregister und gegebenenfalls der Tag der Anerkennung des Rechts zum Führen einer bestimmten Facharzt-, Schwerpunkt- oder Zusatzbezeichnung hervorgehen müssen,
- Bescheinigungen über die seit der Approbation ausgeübten ärztlichen Tätigkeiten,
- ein Lebenslauf,
- ein polizeiliches Führungszeugnis,
- ggf. Bescheinigungen der Kassenärztlichen Vereinigungen, in deren Bereich der Arzt bisher niedergelassen oder zur Kassenpraxis zugelassen war, aus denen sich Ort und Dauer der bisherigen Niederlassung oder Zulassung und der Grund einer etwaigen Beendigung ergeben,
- eine Erklärung über im Zeitpunkt der Antragstellung bestehende Dienst- oder Beschäftigungsverhältnisse unter Angabe des frühestmöglichen Endes des Beschäftigungsverhältnisses,
- eine Erklärung des Arztes, ob er rauschgiftsüchtig ist oder innerhalb der letzten fünf Jahre gewesen ist, ob er sich innerhalb der letzten fünf Jahre einer Entziehungskur wegen Trunksucht oder Rauschgiftsucht unterzogen hat und dass gesetzliche Hinderungsgründe der Ausübung des ärztlichen Berufs nicht entgegenstehen.

Die Kassenärztlichen Vereinigungen sind nach Bundesländern aufgegliedert (jeweils eigene kassenärztliche Vereinigung). Auf Bundesebene kommt die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) hinzu.

Kassenärztliche Bundesvereinigung

Herbert-Lewin-Platz 2
10623 Berlin
Tel: (0 30) 40 05 – 0
Fax: (0 30) 40 05 – 15 90
info@kbv.de
<http://www.kbv.de/>

Adressen der Ärztekammern:

Bundesärztekammer	Herbert-Lewin-Platz 1 10623 Berlin	Tel.: 030/400 456 -0 Fax.: 030/400 456 -388 info@baek.de
Landesärztekammer Baden-Württemberg	Jahnstr. 40 70597 Stuttgart	Tel.: 0711/769 89 -0 Fax: 0711/769 89 -50 info@laek-bw.de

Allemanne

Bayerische Landesärztekammer	Mühlbaurstr. 16 81677 München	Tel.: 089/41 47 -0 Fax: 089/41 47 -280 blaek@blaek.de
Ärztekammer Berlin	Friedrichstr. 16 10969 Berlin	Tel.: 030/40 806 -0 Fax: 030/40 806 -3499 kammer@aekb.de
Landesärztekammer Brandenburg	Dreifertstr. 12 03044 Cottbus	Tel.: 0355/780 10 -0 Fax: 0355/780 10 -1145 post@laekb.de
Ärztekammer Bremen	Schwachhauser Heerstr. 30 28209 Bremen	Tel.: 0421/340420-0 Fax: 0421/340420-9 eMail: info@aekhb.de
Ärztekammer Hamburg	Humboldtstr. 56 22083 Hamburg	Tel.: 040/20 22 99 -0 Fax: 040/20 22 99 -400 post@aekhh.de
Landesärztekammer Hessen	Im Vogelsgesang 3 60488 Frankfurt	Tel.: 069/97 672 -0 Fax: 069/97 672 -128 info@laekh.de
Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern	August-Bebel-Str. 9a 18055 Rostock	Tel.: 0381/49 280 -0 Fax: 0381/49 280 -80 info@aek-mv.de
Ärztekammer Niedersachsen	Berliner Allee 20 30175 Hannover	Tel.: 0511/380 -02 Fax: 0511/380 -2240 info@aekn.de
Ärztekammer Nordrhein	Tersteegenstr. 9 40474 Düsseldorf	Tel.: 0211/43 02 -0 Fax: 0211/43 02 -1200 aerztekammer@aekno.de
Landesärztekammer Rheinland-Pfalz	Deutschhausplatz 3 55116 Mainz	Tel.: 06131/288 22 -0 Fax: 06131/288 22 -88 kammer@laek-rlp.de
Ärztekammer des Saarlandes	Faktoreistr. 4 66111 Saarbrücken	Tel.: 0681/4003 -0 Fax: 0681/4003 -340 info-aeks@aeksaar.de
Sächsische Landesärztekammer	Schützenhöhe 16 01099 Dresden	Tel.: 0351/82 67 -0 Fax: 0351/82 67 -412 dresden@slaek.de
Ärztekammer Sachsen-Anhalt	Doctor-Eisenbart-Ring 2 39120 Magdeburg	Tel.: 0391/60 54 -6 Fax: 0391/60 54 -7000 info@aeksa.de
Ärztekammer Schleswig-Holstein	Bismarckallee 8-12 23795 Bad Segeberg	Tel.: 04551/803 -0 Fax: 04551/803 -188 aerztekammer@aeksh.org
Landesärztekammer Thüringen	Im Semmicht 33 07751 Jena-Maua	Tel.: 03641/614 -0 Fax: 03641/614 -169 eMail: post@laek-thueringen.de
Ärztekammer Westfalen-Lippe	Gartenstr. 210-214 48147 Münster	Tel.: 0251/929 -0 Fax: 0251/929 -2999 eMail: posteingang@aekwl.de

Allemagne

e. Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen

aa. Zuständige Behörden

Die Approbation ist bei den nach jeweiligem Landesrecht zuständigen Behörden zu beantragen. Der Einfachheit halber werden nachfolgend nicht die diversen Gesetzesbestimmungen sondern direkt die zuständigen Behörden und die intern zuständigen Dienste aufgeführt.

Die zuständigen Behörden des Landes, in dem der ärztliche Beruf ausgeübt wird oder zuletzt ausgeübt worden ist, unterrichten die zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats über das Vorliegen strafrechtlicher Sanktionen, über die Rücknahme, den Widerruf und die Anordnung des Ruhens der Approbation oder Erlaubnis, über die Untersagung der Ausübung der Tätigkeit und über Tatsachen, die eine dieser Sanktionen oder Maßnahmen rechtfertigen würden (§ 3 Abs. 1a BÄO). Die Behörden unterliegen auch Informationspflichten gegenüber dem Bundesministerium für Gesundheit, dieses wiederum gegenüber den anderen Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission.

Adressen der zuständigen Behörden (Stand Anfang 2010)⁷

Baden Württemberg	Regierungspräsidium Stuttgart Referat 97 Postfach 80 07 09 70507 Stuttgart	Tel.: 0711 / 904-35000 Fax : 0711 / 904-37405 abteilung9@rps.bwl.de
Bayern	Regierung von Oberbayern Sachgebiet 55.2 Landesprüfungsamt für Humanmedizin und Pharmazie Maximilianstr. 39 80538 München	Tel.: 089 / 2176 2634 Fax: 089 / 2176 402634 approbation.erlaubnis@reg-ob.bayern.de
	Regierung von Niederbayern Regierungsplatz 540 84028 Landshut	Tel.: 0871 / 8 08 - 01 Fax: 0871 / 8 08 - 10 02 poststelle@reg-nb.bayern.de
	Regierung der Oberpfalz Emmeramsplatz 8 93047 Regensburg	Tel.: 0941/5680 -0 Fax: 0941/5680 -199 poststelle@reg-opf.bayern.de
	Regierung von Oberfranken Ludwigstr. 20 95444 Bayreuth	Tel.: 0921 / 60 4 -0 Fax: 0921 / 60 4 -1258 poststelle@reg-ofr.bayern.de
	Regierung von Mittelfranken Promenade 27 91522 Ansbach	Tel.: 0981/53 -0 Fax: 0981/53 -1206 poststelle@reg-mfr.bayern.de
	Regierung von Unterfranken Peterplatz 9 97070 Würzburg	Tel.: 0931/380 -00 Fax: 0931/380 -2222 approbation@reg-ufr.bayern.de

⁷ Nach der neuen Regelung in § 2 Abs. 1a BÄO heisst es „Die Länder benennen die Behörden und Stellen, die für die Ausstellung oder Entgegennahme der in der Richtlinie 2005/36/EG genannten Ausbildungsnachweise und sonstigen Unterlagen oder Informationen zuständig sind, sowie die Behörden und Stellen, die die Anträge annehmen und die Entscheidungen treffen können, die im Zusammenhang mit dieser Richtlinie stehen.“, Theoretisch können sich die Zuständigkeiten ändern, im Wesentlichen sollte dies jedoch nicht der Fall sein.

Allemagne

	Regierung von Schwaben Fronhof 10 86152 Augsburg	Tel.: 0821/327 -2409 Fax: 0821/327 -12409 umwelt.gesundheit.verbraucherschutz@reg-schw.bayern.de
Berlin	Landesamt für Gesundheit und Soziales Abteilung II a 211 / 212 Fehrbelliner Platz 1 10702 Berlin	Tel.: 030/90229 -0 Fax: 030/90229 -2094 info.arzt@lageso.berlin.de
Brandenburg	Landesamt für Soziales und Versorgung Abt. Landesgesundheitsamt Dezernat Akademische und nicht-akademische Gesundheitsberufe Wünsdorfer Platz 3 15806 Zossen	Tel.: 033702/71 -115 Fax: 033702/71 -089 dezernat41@lasv.brandenburg.de
Bremen	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Abteilung Gesundheitswesen Am Bahnhofspatz 29 28195 Bremen	Tel.: 0421/361 9580 Fax: 0421/361 2072 office@soziales.bremen.de
Hamburg	Behörde für Wissenschaft und Gesundheit Landesprüfungsamt für Heilberufe Billstraße 80 20539 Hamburg	Tel: 040/428 37 -0 Fax: 040/428 37 -2632 gesundheit-verbraucherschutz@bsg.hamburg.de
Hessen	Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen Walter-Möller-Platz 1 60439 Frankfurt am Main -	Tel.: 069/1567 -701 (-05; -06) Fax: 069/1567 -716
Mecklenburg-Vorpommern	Landesprüfungsamt für Heilberufe beim Landesamt für Gesundheit und Soziales Mecklenburg Erich-Schlesinger-Str.35 18059 Rostock	Tel.: 0381/122 2853 Fax: 0381/122 2859 poststelle.lph@lagus.mv-regierung.de
Niedersachsen	Niedersächsischer Zweckverband zur Approbationserteilung (NiZza) Behördenhaus Am Waterlooplatz 11 Abteilung 1 30169 Hannover	Tel.: 0511/380-2564 Fax: 0511/106-997349 thomas.dziamski@aekn.de
Nordrhein-Westfalen	Bezirksregierung Arnsberg Dezernat 24 Seibertzstr. 1 59821 Arnsberg	Tel.: 02931 82-2403 Fax: 02931 82-40365 hildegard.kiessler@bezreg-arnsberg.nrw.de
	Bezirksregierung Detmold Dezernat 24 Leopoldstr. 15 32756 Detmold	Tel.: 05231/71-2406 post24@brdt.nrw.de
	Bezirksregierung Düsseldorf Dezernat 24 Fischerstr. 10 40474 Düsseldorf	Tel.:0211/475-5259 Fax: 0211/475-5900 approbation@brd.nrw.de

Allemanne

	Bezirksregierung Köln Dezernat 24 Zeughausstr. 2-10 50667 Köln	Tel.: 0221/147 2532 Fax: 0221/147 2901 poststelle@bezreg-koeln.nrw.de
	Bezirksregierung Münster Domplatz 1 -3 48128 Münster	Tel.: 0251/411 31 01 Fax: 0251/411 831 01 poststelle@brms.nrw.de
Rheinland-Pfalz	Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung - Referat 53 - Rheinallee 97-101 55118 Mainz	Tel.: 06131/16 20 -10 Fax: 06131/16 20 -15 beicht.norbert(at)asa-mainz.lsjv.rlp.de
Saarland	Landesamt für Verbraucher-, Gesundheit und Arbeitsschutz Landesprüfungsamt Hochstr. 67 66115 Saarbrücken	Tel.: 0681 / 9978-4304 Fax: 0681 / 9978-4399 zentralstelle@lsgv.saarland.de
Sachsen	Landesdirektion Dresden Referat 22 Staffenbergallee 2 01099 Dresden	Tel.: 0351/825 -0 Fax: 0351/825 -9999 post@ldd.sachsen.de
	Landesdirektion Chemnitz Referat 22 Altchemnitzer Str. 41 09120 Chemnitz	Tel.: 0371/5 32 12 26 Fax: 0371/5 32 27 12 26 achim.buehl@ldc.sachsen.de
	Regierungspräsidium Leipzig Referat 22 Braustr. 2 04107 Leipzig	Tel.: 0341/977 0 Fax: 0341/977 11 99
Sachsen-Anhalt	Landesprüfungsamt für Gesundheitsberufe Neustädter Passage 15 06122 Halle (Saale)	Tel.: 0345/514 -0 Fax: 0345/514 -1477 pressestelle@lvwa.sachsen-anhalt.de
Schleswig-Holstein	Landesamt für soziale Dienste Arzneimittelüberwachung, Gesundheitsberufe, Gesundheitsschutz Adolf-Westphal-Str. 4 24143 Kiel	Tel.: 0431/988 5572 Fax: 0431/988 5601 Corinna.Heim@lasd.landsh.de
Thüringen	Thüringer Landesverwaltungsamt Landesprüfungsamt für akademische Heilberufe Weimarplatz 4 99423 Weimar	Tel.: 0361/37 70 0 Fax: 0361/37 73 71 90 poststelle@tlvwa.thueringen.de

bb. Verfahren, Fristen

Über den Antrag eines Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedsstaates, eines anderen EWR-Vertragsstaates **oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben**, ist kurzfristig, spätestens drei Monate nach Vorlage der Unterlagen durch den Antragsteller zu entscheiden. Die **Frist** für die Erteilung der Approbation an ausländische Ärzte ist für alle Bundesländer einheitlich. Soweit es um die Anerkennung eines Ausbildungsnachweises eines Drittstaates geht, stehen vier statt drei Monate zur Verfügung. Die zuständige Behörde bestätigt dem Antrag-

Allemagne

steller bereits binnen **eines Monats** nach Eingang des Antrags den Antragseingang und den Empfang der Unterlagen und teilt ihm mit, welche Unterlagen fehlen (§ 39 Abs. 5 ApprÄO).

cc. *Anzeigepflichten der inländischen Behörden*

Nach einem neuen § 3 Abs. 1a BÄO haben die zuständigen Behörden des Bundeslandes, in welchem der Beruf zuletzt ausgeübt wird, den Behörden im Herkunftsmitgliedstaat über das Vorliegen strafrechtlicher Sanktionen und Rücknahme und Widerruf oder das Ruhen der Approbation **anzuzeigen**.

e. **Entscheidung und Rechtsbehelfe**

Gem. § 3 Abs. 4 BÄO ist dann, wenn die Erteilung der Approbation wegen Unzuverlässigkeit oder fehlender gesundheitlicher Eignung abgelehnt werden soll, der Antragsteller oder sein gesetzlicher Vertreter vorher zu **hören**.

Rücknahme und Widerruf der Approbation sind gem. § 5 BÄO möglich, wenn die Voraussetzungen der Approbation tatsächlich nicht vorlagen oder nachträglich weggefallen sind, etwa weil die Zuverlässigkeit nicht gegeben ist oder die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nicht vorgelegen hat. Gem. § 6 BÄO kann ihr Ruhen angeordnet werden, wenn der Arzt nicht über die erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt.

f. **Rechtsstellung**

aa. *Berufspflichten*

Die Berufspflichten von Ärzten werden in den Landesheilberufegesetzen geregelt. Nachfolgend werden beispielhaft zwei Landesgesetze angeführt.

Nach Art. 17 des **bayerischen Heilberufe-Kammergesetzes**⁸ sind Ärzte verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen im Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen. Gem. § 18 BayHKaG haben sie insbesondere die Pflicht, sich im fachlichen Rahmen ihrer Berufsausübung beruflich fortzubilden und sich dabei über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten, soweit sie in eigener Praxis tätig sind, am Notfall- und Bereitschaftsdienst teilzunehmen, über in Ausübung ihres Berufs gemachte Feststellungen und getroffene Maßnahmen Aufzeichnungen zu fertigen.

Gem. **§ 29, 30 des Baden-Württembergischen Heilberufekammergesetzes** (HBKaG) sind alle Kammermitglieder verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen in Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen, nachzukommen. **Praktizierende** Kammermitglieder haben zudem die Pflicht, sich beruflich fortzubilden und sich dabei auch über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten, sind verpflichtet, an Maßnahmen ihrer Kammer oder eines von der Kammer beauftragten Dritten mitzuwirken, die der Sicherung der Qualität der beruflichen Leistungen dienen, haben über die in Ausübung ihres Berufes gemachten Feststellungen und die getroffenen Maßnahmen Aufzeichnungen zu fertigen; sie haben grundsätzlich am Notfalldienst teilzunehmen und sich hierin fortzubilden. **Sie müssen sich** vor der Durchführung

⁸ Gesetz über die Berufsausübung, die Berufsvertretungen und die Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker sowie der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz - HKaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 2002 (GVBI S. 43) BayRS 2122-3-A, zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 2 ZuständigkeitsG Gesundheit, Arbeitsschutz und Ernährung vom 2.4.2009 (GVBI S. 46).

Allemagne

klinischer Versuche am Menschen, vor der Forschung mit vitalen menschlichen Gameten und lebendem embryonalem Gewebe, vor der epidemiologischen Forschung mit personenbezogenen Daten sowie vor Maßnahmen nach den §§ 8 und 9 TFG durch eine Ethikkommission gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 5 beraten lassen.

bb. Zu beachtende Rechtsvorschriften

In Deutschland wird im Rahmen der Heilberufe sehr viel Wert auf die Beachtung der gesetzlichen Vorgaben zur Berufsausübung gelegt und in zunehmendem Maße Kontrollen von den zuständigen Behörden (z.B. Gesundheitsämter, staatliche Ämter für Arbeitsschutz) durchgeführt. Diese Gesetze können im Rahmen dieses Gutachten nicht erörtert werden, sollen aber gleichwohl Erwähnung finden, da sie in der täglichen Berufspraxis relevant werden:

So sind im Zusammenhang mit der Behandlung der Patienten zu berücksichtigen:

- Röntgenverordnung nebst Richtlinien
- Medizinproduktegesetz
- Medizinproduktebetreiberverordnung
- Medizinprodukteverordnung
- Medizinprodukte-Sicherheitsplanverordnung
- Infektionsschutzgesetz
- Anforderungen an die Hygiene in der Zahnmedizin (Robert Koch-Institut)
- Anforderungen an die Hygiene bei der Aufbereitung von Instrumenten
- Trinkwasserverordnung
- Arzneimittelgesetz
- Betäubungsmittelverschreibungsverordnung
- Zahnheilkundengesetz
- Heilberufsgesetz
- Berufsordnungen der Länder
- Verpflichtung zum Abschluss einer Berufshaftpflicht-Versicherung

Im Zusammenhang mit dem Personal sind zu berücksichtigen:

- Biostoffverordnung
- Technische Regel Biologische Arbeitsstoffe
- Betriebsärztliche und Sicherheitstechnische Betreuung
- Diverse Unfallverhütungsvorschriften
- Diverse Technische Regeln der Berufsgenossenschaft
- Gefahrstoffverordnung
- Mutterschutzgesetz
- Jugendarbeitsschutzgesetz
- Arbeitszeitgesetz
- Arbeitsstättenverordnung
- Gerätesicherheitsgesetz

Bei Betrieb einer Arztpraxis sind zudem zu berücksichtigen:

- Gewerbeabfallverordnung
- Bundesdatenschutzgesetz
- Richtlinien der Landesarbeitsgemeinschaft Abfall (Entsorgung)
- Abwasserverordnung
- Indirekteinleiterverordnung
- Maßnahmen im Bereich der Geräteüberwachung

g. Ärztliche Weiterbildung

In Deutschland sind für Angelegenheiten ärztlicher Weiterbildung die Länder zuständig, geregelt ist sie in Landesweiterbildungsgesetzen- oder -ordnungen. Für die ärztliche Weiterbildung hat zwar auch die Bundesärztekammer normative Vorgaben geschaffen, diese haben jedoch nur den Charakter einer Muster-Weiterbildungsordnung und damit ausschliesslich empfehlenden Charakter. Rechtsverbindlich ist allein das Landesrecht bzw. die jeweilige Weiterbildungsordnung der Landesärztekammer, deren Mitglied der Arzt ist. Gleiches gilt auch für Musterrichtlinien etc. der Bundesärztekammer.

Nach abgeschlossenem Medizinstudium arbeiten Ärzte in der Regel mehrere Jahre als Klinikassistentenarzt, um sich auf mindestens einem Spezialgebiet der Medizin weiterzubilden. Hinsichtlich der Details zu Spezialisierungen der Ärzte und den Besonderheiten, die für ausländische Ärzte gelten, verweisen wir als Beispiel auf das Gesetz über die Weiterbildung von Ärzten, Zahnärzten, Tierärzten und Apothekern des Landes Berlin (Gesetz vom 20. Juli 1978, zuletzt geändert durch Artikel X des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt vom 18. November 2009 (GVBl. 2009 S. 674)). Die Änderungen durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG vom 15.12.2007 (GVBl. S. 617) sind noch nicht in die konsolidierte Fassung des Gesetzes aufgenommen. Nach diesem Gesetz können Ärzte nach erfolgreichem Abschluss einer Weiterbildung die Bezeichnung führen, die auf eingehende Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten in einem bestimmten beruflichen Gebiet (Facharztbezeichnung), in einem gebietsspezifischen Schwerpunkt (Schwerpunktbezeichnung) oder auf andere zusätzlich erworbene besondere Kenntnisse und Erfahrungen im beruflichen Bereich (Zusatzbezeichnung) hinweisen, z.B. Facharzt für Augenheilkunde, Dermatologe oder Urologe. Die Weiterbildung in den Gebieten und gebietsspezifischen Schwerpunkten oder Teilgebieten umfasst praktische Berufstätigkeit und theoretische Unterweisung zur Vertiefung der Kenntnisse und Fähigkeiten. Die Weiterbildung in den Gebieten darf drei Jahre, in den gebietsspezifischen Schwerpunkten oder Teilgebieten zwei Jahre nicht unterschreiten.

Hierbei werden gem. § 7a ÄWbG Berlin⁹ nach der Richtlinie 2005/36/EG Berufssqualifikationsnachweise wie folgt anerkannt (das Nähere über das Verfahren der Anerkennung von Berufssqualifikationsnachweisen nach der Richtlinie 2005/36/EG einschließlich eventueller Anpassungsmaßnahmen regelt die Weiterbildungsordnung):

Staatsangehörige EU oder EWR-Staates oder eines Staates, dem die EU-Mitgliedstaaten vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, die ein **fachbezogenes Diplom, ein fachbezogenes Prüfungszeugnis oder einen sonstigen fachlichen Weiterbildungsnachweis besitzen**, das oder der gegenseitig anerkannt wird oder einer solchen Anerkennung auf Grund erworbener Rechte nach dem Recht der Europäischen Union gleichsteht, **erhalten auf Antrag die Anerkennung ihres Weiterbildungstitels**.

Liegen die Voraussetzungen der gegenseitigen Anerkennung oder Gleichstellung nicht vor und liegt die Dauer der Weiterbildung mindestens ein Jahr unter der von der Kammer festgelegten Weiterbildungszeit oder unterscheiden sich die Inhalte wesentlich von der durch die Kammer bestimmten Weiterbildung, wird über die Anerkennung erst nach Absolvierung eines höchstens dreijährigen Anpassungslehrganges oder Ablegung einer Eignungsprüfung (Anpassungsmaßnahmen) entschieden. Über Umfang und Inhalt der Anpassungsmaßnahme entscheidet die Kammer nach Maßgabe der gegenüber der durch die jeweilige Weiterbildungsordnung festgelegten Weiterbildung auszugleichenden Unterschiede.

Wurde die Weiterbildung in einem Drittland abgeschlossen und von einem anderen EU- oder EWR-Staat oder einem Staat anerkannt, dem die EU-Mitgliedstaaten vertraglich einen ent-

⁹ In der konsolidierten Fassung des Gesetzes sind diese Regelungen bis heute nicht aufgenommen.

Allemagne

sprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, und von diesem Staat eine dreijährige Tätigkeit in dem jeweiligen Arbeitsfeld der Weiterbildung in seinem Hoheitsgebiet bescheinigt oder kann der Antragsteller die Anforderungen an die erworbenen Rechte nach EU-Recht deshalb nicht erfüllen, weil ihm die erforderliche Berufspraxis fehlt, sind für die Entscheidung über die Anerkennung ebenfalls Anpassungsmaßnahmen (Lehrgang oder Prüfung) nachzuweisen.¹⁰

Der Schweizer Weiterbildungstitel

Diplome fédéral de médecin spécialiste/Diplom als Facharzt/Diploma di medico specialista (Departement federal de l'interieur et Fédération des médecins suisses/ Eidgenössisches Departement des Innern und Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte/Departamento federale dell' interno e Federazione dei medici svizzeri);

sollte in Deutschland folglich auf Antrag anerkannt werden (in der Übergangszeit bis zur Annahme der RiL 2005/36/EG scheint dies jedoch unklar).¹¹ Der entsprechende Arzt wird dann im Inland als „Facharzt für...“ tituliert und nicht nur als „Arzt“.

Zudem stellt sich die Frage inwieweit **Teile** einer im Ausland absolvierten Ausbildung im Inland anerkannt werden. Die Weiterbildungsordnung der Ärztekammer Berlin¹², die hier wiederum als Beispiel fungieren soll, sieht hierzu vor, dass eine Weiterbildung in Staaten außerhalb der EU oder des EWR ganz oder teilweise angerechnet werden kann, wenn sie den in

¹⁰ Erfüllt die Weiterbildung die Kriterien der gemeinsamen Plattform im Sinne des Artikels 15 Abs. 1 der Richtlinie 2005/36/EG, sind Ausgleichsmaßnahmen nicht zu fordern.

¹¹ Ähnliches sehen auch die Heilberufesetze anderer Bundesländer vor. Beispiel: Bayern. Das dortige Gesetz über die Berufsausübung, die Berufsvertretungen und die Berufserkennbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker sowie der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz - HKaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 2002 (GVBl S. 43) BayRS 2122-3-A, zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 2 ZuständigkeitsG Gesundheit, Arbeitsschutz und Ernährung vom 2. 4. 2009 (GVBl S. 46) regelt in Art. 33 Abs. 5:

¹Wer als Staatsangehöriger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum einen Ausbildungsnachweis besitzt, der eine Weiterbildung zum Facharzt bescheinigt und auf der Grundlage der Koordinierung der Mindestanforderungen an die Weiterbildungen auch unter Berücksichtigung erworbener Rechte unmittelbar nach dem einschlägigen Recht der Europäischen Union gemäß der Richtlinie 2005/36/EG oder nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum anerkannt wird, erhält auf Antrag die entsprechende Anerkennung nach Art. 29 Abs. 1 Satz 1. ²Staatsangehörigen im Sinn von Satz 1, die einen Ausbildungsnachweis über eine Weiterbildung im Sinn von Art. 27 besitzen, der nicht nach Satz 1 unmittelbar anerkannt wird, wird die entsprechende in der Weiterbildungsordnung der Landesärztekammer festgelegte Anerkennung unter den Voraussetzungen von Art. 10 Buchst. b, d oder g und Art. 13 der Richtlinie 2005/36/EG erteilt; der Antragsteller hat eine Eignungsprüfung abzulegen, wenn die Dauer der Weiterbildung, die er gemäß Art. 13 der Richtlinie 2005/36/EG nachweist, mindestens ein Jahr unter der von der Landesärztekammer geforderten Weiterbildungszeit liegt oder wenn sich der Inhalt seiner Weiterbildung wesentlich von dem unterscheidet, den die Landesärztekammer in der Weiterbildungsordnung für die entsprechende Weiterbildung vorsieht.

³Satz 2 Halbsatz 2 gilt nicht, wenn die Berufsqualifikationen des Antragstellers die Kriterien erfüllen, die in den gemäß Art. 15 Abs. 2 der Richtlinie 2005/36/EG angenommenen Maßnahmen vorgegeben sind oder soweit die vom Antragsteller im Rahmen seiner Berufspraxis erworbenen Kenntnisse den wesentlichen Unterschied im Sinn von Satz 2 Halbsatz 2 ausgleichen. [...] ⁵Die Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend für Staatsangehörige eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die Europäische Gemeinschaft oder Deutschland und die Europäische Union vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben.

¹² Weiterbildungsordnung der Ärztekammer Berlin vom 16. Juni 2004, zuletzt geändert am 14. November 2007 (letzte Änderung in Kraft seit 29.03.2008).

Allemanne

der Weiterbildungsordnung vorgegebenen Grundsätzen der Weiterbildungsordnung entspricht, aber nur anerkannt werden soll, wenn eine Weiterbildung von mindestens 12 Monaten in der angestrebten Bezeichnung in der Bundesrepublik Deutschland abgeleistet worden ist. Gleiches gilt für die Weiterbildung in einem EU- oder EWR-Staat, wenn sie von einem Arzt abgeleistet wurde, der nicht Staatsangehöriger eines EU- oder EWR-Staates ist.

An sich sollten jedoch auch hier, wie im Übrigen in der Musterweiterbildungsordnung der Bundesärztekammer vorgesehen, die durch die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland vertraglich eingeräumten Rechtsansprüche zu berücksichtigen sein. Diese - wenngleich vage Formulierung- müsste über die bilateralen Verträge eigentlich eine Gleichstellung einer in der Schweiz abgeleisteten Weiterbildung mit einer Weiterbildung in EU-bzw. EWR-Staaten bewirken, für welche gilt, dass sie berücksichtigt wird, wenn der Arzt über entsprechende Diplome, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis für eine Facharztweiterbildung, einen Schwerpunkt oder eine Zusatzweiterbildung seines Landes verfügt. Hierzu sind die Gesetzesvorschriften jedoch denkbar unklar und leider (Weiterbildungsordnung Berlin) auch noch nicht auf dem neuesten Stand.

h. Erlaubnis zur Berufsausübung von bis zu vier Jahren

Gem. § 10 BÄO kann zur vorübergehenden Ausübung des ärztlichen Berufs eine Erlaubnis erteilt werden, die auf bestimmte Tätigkeiten und Beschäftigungsstellen beschränkt werden kann und nur widerruflich und nur bis zu einer Gesamtdauer der ärztlichen Tätigkeit von höchstens **vier Jahren** erteilt oder verlängert werden. Beantragt werden kann sie von Personen, die eine abgeschlossene Ausbildung für den ärztlichen Beruf nachweisen, d.h. ein Arzt-diplom erworben haben. Eine weitere Erteilung oder Verlängerung der Erlaubnis ist nur für den Zeitraum möglich, der erforderlich ist, um eine unverzüglich nach Erteilung der Erlaubnis begonnene Weiterbildung zum Facharzt abzuschließen, die innerhalb von vier Jahren aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen nicht beendet werden konnte. Die weitere Erteilung oder Verlängerung ist nur zulässig, wenn die Gewähr dafür gegeben ist, dass die Weiterbildung innerhalb dieses Zeitraums abgeschlossen wird und darf den Zeitraum von drei Jahren nicht überschreiten.

Ausnahmen von dieser strengen zeitlichen Befristung gelten nur, wenn etwa der Antragsteller mit einem Deutschen, einem EU- oder EWR-Staatsangehörigen oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die EG oder EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, verheiratet ist oder eine Lebenspartnerschaft führt, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat oder im Besitz einer Einbürgerungszusicherung ist.

Erleichterungen gelten auch, wenn der Antragsteller Ehegatte oder Kind eines Unionsbürgers bzw. eines Staatsangehörigen eines EWR- oder Vertragsstaates ist dem Deutschland und die EG bzw. EU einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben (z.B. Schweiz).

Personen, denen eine solche Erlaubnis erteilt worden ist, haben im Übrigen die **Rechte und Pflichten eines Arztes**.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

a. Meldepflicht

Ärzte, die Staatsangehörige eines EU-Mitgliedsstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates sind, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, dürfen den ärztlichen Beruf im Geltungsbereich dieses Gesetzes ohne Approbation als Arzt oder ohne Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung des ärztlichen Berufs ausüben (§ 2 Abs. 3 und 10b BÄO), wenn sie vorübergehend und gelegentlich als Erbringer von Dienstleistungen im Sinne des Artikels 50 des EG-Vertrages im Geltungsbereich dieses Gesetzes tätig werden. Allerdings unterliegen sie einer **Meldepflicht und haben bestimmte Unterlagen vorzulegen**. Der vorübergehende und gelegentliche Charakter der Erbringung von Dienstleistungen wird im Einzelfall beurteilt, insbesondere anhand der Dauer, der Häufigkeit, der regelmäßigen Wiederkehr und der Kontinuität der Dienstleistung.

Die Meldung ist einmal jährlich zu erneuern, wenn der Dienstleistungserbringer beabsichtigt, während des betreffenden Jahres vorübergehend oder gelegentlich Dienstleistungen in Deutschland zu erbringen.

b. Antragsinhalt

Bei erstmaliger Erbringung von Dienstleistungen oder wesentlicher Änderung gegenüber der in den vorgelegten Dokumenten bescheinigten Situation nach § 10b Abs. 2 BÄO sind folgende Dokumente vorzulegen:

1. **Staatsangehörigkeitsnachweis**
2. **Bescheinigung über die rechtmäßige Niederlassung als Arzt im Heimatstaat** (für Schweizer: Vorlage der Berufsausübungsbewilligung der kantonalen Gesundheitsbehörde) und Nachweis, dass kein Berufsverbot besteht;
3. **Berufsqualifikationsnachweis;**
4. Zudem erforderlich sind die zur Ausübung der Dienstleistung erforderliche **Kenntnisse der deutschen Sprache;**
5. Gegebenenfalls werden auch Informationen über Einzelheiten zu einem **Versicherungsschutz** oder einer anderen Art des individuellen oder kollektiven Schutzes in Bezug auf die Berufshaftpflicht gefordert. Es empfiehlt sich der Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung im Heimatstaat.

2. Zuständige Behörden

Die **Meldung** (§ 10b Abs. 2 BÄO) nimmt die zuständige Behörde des Landes entgegen, in dem die Dienstleistung erbracht werden soll oder erbracht worden ist (§ 12 Abs. 6 BÄO, vgl. hierfür obige Liste).

Wenn ein Mitgliedstaat der Europäischen Union oder ein anderer Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder ein Vertragsstaat, dem Deutschland und die Europäische Gemeinschaft oder Deutschland und die Europäische Union vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, zur Erleichterung der Anwendung von Titel III Kapitel III der Richtlinie 2005/36/EG eine Bescheinigung des Herkunftsmitgliedstaats verlangt, dass die in Deutschland ausgestellten Nachweise über die geforderten Aus-

Allemande

bildungs Voraussetzungen den in der Richtlinie 2005/36/EG verlangten Nachweisen entsprechen, erteilt diese Bescheinigung das Bundesministerium für Gesundheit (§ 12 Abs. 7 BÄO).

Die zuständigen Behörden können von den zuständigen Behörden des Niederlassungsmitgliedstaats für die Dienstleistungserbringung alle Informationen über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung und die gute Führung des Dienstleisters anfordern sowie Informationen über das Nichtvorliegen strafrechtlicher Sanktionen, einer Rücknahme, eines Widerrufs und einer Anordnung des Ruhens der Approbation oder Erlaubnis, über die nicht vorliegende Untersagung der Ausübung der Tätigkeit und über das Fehlen von Tatsachen, die eine dieser Sanktionen oder Maßnahmen rechtfertigen würden (§ 10b Abs. 3 S. 3 BÄO).

Die inländische zuständige Behörde unterrichtet ferner unverzüglich die zuständige Behörde des Herkunftsmitgliedstaats über das Vorliegen von Sanktionen oder Maßnahmen, die sich auf die Ausübung der Tätigkeiten auswirken könnten. Auf Anforderung hat sie der anfordernden Behörde des Herkunfts- oder eines anderen Mitgliedsstaates alle Informationen über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung und die gute Führung des Dienstleisters sowie Informationen darüber zu übermitteln, dass keine berufsbezogenen disziplinarischen oder strafrechtlichen Sanktionen vorliegen (§ 10b Abs. 3 S. 5 BÄO).

3. Rechtsstellung

Gem. § 10b Abs. 3 BÄO hat der Dienstleistungserbringer im Inland die Rechte und Pflichten wie niedergelassene Ärzte. Er kann den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln und den geltenden Disziplinarbestimmungen unterworfen werden; so etwa Regelungen für die Definition des Berufs, das Führen von Titeln und schwerwiegende berufliche Fehler in unmittelbarem und speziellem Zusammenhang mit dem Schutz und der Sicherheit der Verbraucher.

Dienstleistungserbringer führen den Titel ihres Herkunftslandes. Dies folgt aus § 2 Abs. 3 BÄO, der die Ausübung des ärztlichen Berufs unter der Berufsbezeichnung "Arzt" oder "Ärztin" demjenigen gestattet, der als Staatsangehöriger eines EU-Mitgliedstaats oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates sind, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, und **vorübergehend und gelegentlich als Erbringer von Dienstleistungen** im Sinne des Artikels 50 des EG-Vertrages (Art. 57 AEUV) im Geltungsbereich dieses Gesetzes als Arzt tätig wird.

Dies gilt auch für **Weiterbildungstitel** (dies folgt allerdings aus Landesrecht): Gem. Art. 3 Abs. 3 ÄWbG Berlin iVm. § 2 Abs. 2 Nr. 2 des (Berliner) Kammergesetzes, die hier beispielhaft zitiert werden sollen, führen Dienstleistungserbringer eines EU- oder EWR-Mitgliedstaates oder eines Staates, dem die Mitgliedstaaten der Europäischen Union vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, die Berufsbezeichnung Facharzt, ohne dass es hierbei einer Anerkennung bedürfte.

a. Berufspflichten

Gem. den Landesheilberufe- oder Landesheilberufekammergesetzen, z.B. § 2a Abs. 4 des baden-württembergischen Heilberufekammergesetzes¹³ haben Dienstleister bei Erbringung ihrer Dienstleistung die **gleichen** Rechte und Pflichten zur Berufsausübung wie die nieder-

¹³ Gesetz über das Berufsrecht und die Kammern der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz – HBKG) in der Fassung vom 16. März 1995 (GBl. BW v. 17.05.1995 S. 314), geändert durch das Gesetz zur Änderung heilberufsrechtlicher Vorschriften vom 11. Oktober 2007 (GBl. BW v. 19.10.2007 S. 473).

Allemagne

gelassenen Kammerangehörigen, so insbesondere die Pflichten zur gewissenhaften Berufsausübung und zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung. Sie unterliegen den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln einschließlich der Berufsgerichtsbarkeit nach Maßgabe des Artikels 5 Abs. 3 der Richtlinie 2005/36/EG (vgl. bereits oben).

b. Keine Kammermitgliedschaft

Nach den Landes-Heilberufekammergesetzen (hier als Beispiel dem baden-württembergischen) gehören Berufsangehörige, die als Staatsangehörige eines anderen EU-Mitgliedstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben im Geltungsbereich dieses Gesetzes im Rahmen des Dienstleistungsverkehrs nach dem Recht der EG ihren Beruf **vorübergehend und gelegentlich** ausüben, ohne hier eine berufliche Niederlassung zu haben, **den Kammern nicht an**, solange sie in einem anderen EU-Staat oder Vertragsstaat beruflich niedergelassen sind.

C. Sozietäten – Zusatzinformationen

Der Zusammenschluss niedergelassener Ärzte zur gemeinsamen ambulanten Leistungserbringung ist möglich. Die gebräuchlichste Struktur für die gemeinsame ärztliche Berufsausübung ist Gemeinschaftspraxis (Gesellschaft bürgerlichen Rechts). Zudem steht die Möglichkeit der Partnerschaftsgesellschaft zur Verfügung. Kapitalgesellschaften haben sich nicht durchsetzen können, auch aus berufsrechtlichen Gründen. Hier finden sich teils ausdrückliche Einschränkungen in den Landes-Heilberufegesetzen, so etwa in Art. 18 Abs. 1 Satz 2 des **Bayerischen** Heilberufe-Kammergesetzes, nach welchem die Führung einer ärztlichen Praxis in der Rechtsform einer **juristischen Person des privaten Rechts nicht statthaft ist**.

Die Rechtsprechung und Gesetzgebung zeigt jedoch eine Tendenz zur Zulassung der Ärzte-GmbH. Der Bundesgerichtshof hatte die Rechtmäßigkeit einer Zahnärzte-GmbH bereits 1993 bejaht (BGHZ 124, 224 ff) und festgestellt, dass § 1 ZHG ambulante Zahnbehandlungen als eigene vertragliche Leistung einer GmbH nicht verbietet. Diese Gesellschaftsform bringt jedoch nicht die Haftungsentlastung, die sie vermuten lässt, denn die Begrenzung des haftungsrechtlichen Risikos nach den §§ 1, 13 GmbHG, die die GmbH ausmacht greift bei Ärzten nur beschränkt, das diese für Behandlungsfehler und Verletzung von Aufklärungspflichten gleichwohl über die deliktische Haftung aus § 823 Abs. 1 BGB mit ihrem Privatvermögen auf Schadensersatz und Schmerzensgeld haften.

Eine spürbare Haftungsreduzierung des Arzthaftungsrechts wird durch die Gründung einer Arzt-GmbH nicht erreicht. Die vertragliche Haftungsentlastung hilft nur bei Verträgen mit Herstellern teurer Instrumente und Apparate und im Hinblick auf das Personal. In der Praxis werden sich die Hersteller von Apparaturen jedoch bei Verträgen mit einer GmbH anderweitig absichern wollen.

D. Sonstige Adressen (Stellenmarkt)

Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV)

Info-Center der ZAV

Tel.: + 49 228 713 1313

zav-auslandsvermittlung@arbeitsagentur.de

www.ba-auslandsvermittlung.de

www.arbeitsagentur.de

Deutsches Ärzteblatt

Ottostraße 12

50859 Köln

Telefon: +49 (0) 22 34 70 11 - 1 20

Telefax: +49 (0) 22 34 70 11 - 1 42

aerzteblatt@aerzteblatt.de

www.aerzteblatt.de

E. Versicherungsfragen (Zusatzinformationen)

Deutsche Ärzteversicherung AG

Colonia-Allee 10-20

51067 Köln

Tel: 0221/148-22700

<http://www.aerzteversicherung.de/>

ANGLETERRE¹⁴

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation primaire

- European Directive 93/16/EEC
- Act of the European Parliament and of the Council of 6 October 1997 amending Directive 93/16/EEC
- Commission Directive 98/21/EC
- Commission Directive 98/63/EC
- Council Recommendation 75/367/EEC
- Commission Directive 1999/46/EC
- Council Directive 2005/36/EC
- European Directive 2001/19/EC
- Medical Act 1983¹⁵
- The General Medical Council (Constitution) Order 2002, S.I. 2002 No. 3136
- The European Specialist Medical Qualifications Order 1995
- The European Qualification (Health and Social Care Professions) Regulations 2007
- The European Qualification (Health and Social Care Professions) (Amendment) Regulations 2008 S.I. 462/2008 effective 31 March 2008

2. Législation secondaire (règlement, arrêté, décret, directive administrative)

- The European Communities (Recognition of Professional Qualifications) Regulations 2007 S.I. 2781/2007
- Consolidated Medical Practitioners Registration (Fees) Regulations as at 1 July 2003, S.I. 1986 No. 149
- The Medical Act 1983 (Certificate of Experience) (Amendment) Regulations 2005
- The General Medical Council (Constitution) (Amendment) Order S.I. 2007 No. 616
- Certificates of Experience Regulations 2005
- The General and Specialist Medical Practice (Education, Training and Qualifications) Order 2005 (SI 2004 No. 2120)
- The General and Specialist Medical Practice (Education, Training and Qualifications) Order 2003 (SI 2003 No. 1250)
- The Medical Act 1983 (Amendment) and Miscellaneous Amendments Order S.I. 2006 No. 1914
- The National Health Service (Vocational Training for General Medical Practice) Regulations 1997 S.I. 1997 No. 2817
- Vocational Training for General Medical Practice (European Requirements) Regulations 1994 S.I.1994 no. 3130
- The European Qualifications (Health Care Professions) Regulations S.I. 2003 No. 3148

¹⁴ PLEASE NOTE THAT THE TERM „SWISS DOCTORS“ AS USED IN THE DISCUSSION BELOW REFERS TO DOCTORS WHO ARE SWISS CITIZENS AND WHO HAVE OBTAINED THEIR MEDICAL TRAINING IN SWITZERLAND.

¹⁵ http://www.gmc-uk.org/about/legislation/medical_act.asp.

- European Primary Medical Qualifications Regulations 1996, S.I. 1996 N° 1591
TRANSPOSITION TABLE FOR DIRECTIVE 2001/19/EC S.I.1995/3208

B. Interrelation avec le droit européen

1. Etat de transposition des directives européennes

Transposed, for the most part

2. Rapport avec l'Accord bilatéral EU-Suisse

Provisions integrated into existing legislation: Swiss doctors are treated as doctors from the EEA.¹⁶

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

On 31 March 2006, the General Medical Council ("GMC") introduced a register of doctors who are eligible to work in general practice in the health service in the UK. From 1 April 2006, all doctors working in general practice in the health service in the UK, other than doctors in training such as GP Registrars, are required to be on the GP Register.¹⁷ Full registration is required for unsupervised medical practice in the NHS or private practice in the UK. The GMC has introduced a new registration framework, with key changes including the abolition of limited registration and the introduction of approved practice settings (APS). An APS is one which has systems for the effective management of doctors, systems for identifying and acting upon concerns about doctors' fitness to practise, systems to support the provision of relevant training or continuing professional development, and systems for providing regulatory assurance. This will also help ensure that, in the small number of cases where problems arise, there are systems in place which are capable of detecting them early.¹⁸ Although not a requirement, the GMC strongly advises EEA graduates to ensure they too work in an APS when they first take up employment in the UK under full registration. They also advise EEA doctors restored to the register after prolonged absence from UK practice to work initially in an APS.

In order to practice medicine in the UK, a Swiss doctor must, then, be registered with the GMC. Swiss doctors are eligible for full registration as well as registration as a GP or a Specialist although full registration is a prerequisite for either such registration.. Swiss doctors are not eligible for provisional registration, however, this is due to the fact that in Switzerland it is not possible to obtain qualification as a doctor without having completed an internship.] As of April 1, 2008, the GMC fees have been increased. The fee for full registration of Swiss doctors is £390, although a discount may be available if the doctor expects to earn less than £21,391 per annum.¹⁹ The annual retention fee is £390.

¹⁶ The Medical Act 1983 § 55.

¹⁷ The General and Specialist Medical Practice (Education, Training and Qualifications) Order 2003 §§ 19-20.

¹⁸ For additional information see: http://www.gmc-uk.org/doctors/registration_news/new_framework/approved_practice_settings.asp.

¹⁹ http://www.gmc-uk.org/doctors/fees/paying_fees.asp.

Angleterre

A candidate for registration must be a Titulaire du diplôme de médecin/ Eidgenössisch diplomierter Arzt / titolare di diploma federale di medico (federal diploma of doctor) awarded by the Swiss Département Fédéral de l'Intérieur.

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

Full registration

A Swiss doctor requires full registration for unsupervised medical practice in the National Health Service (NHS) or private practice in the UK.

An application for registration must be submitted to the GMC. Ordinarily the application for full registration and the application for either GP registration or specialist registration, as the case may be, will be submitted at the same time.

GP Registration

A candidate for GP registration must provide:

A certificate of specific training for general medical practice awarded by the Swiss Département Fédéral de l'Intérieur. If the certificate does not clearly state that the doctor's training for general medical practice meets the standards laid down in Article 28 of Directive 2005/36/EC the doctor must also provide a letter from the Swiss Département Fédéral de l'Intérieur which confirms that his or her training meets those standards

OR

A certificate of acquired rights for general medical practice awarded by the Swiss Département Fédéral de l'Intérieur. The certificate must state that it was issued to the doctor in accordance with Article 30(1) of Directive 2005/36/EC.

Doctors who are not eligible to enter the GP register via the criteria outlined (above) can apply to the Postgraduate Medical Education and Training Board ("PMETB")²⁰ via the Article 11 equivalence route. Doctors who apply using this method will have their training, qualifications and experience compared against the standard required for doctors completing a UK General Practice training programme. Successful applicants will be given a statement confirming their eligibility for entry to the GP Register and hence eligible to work as a GP in the UK.

Specialist Registration

A Swiss doctor who wishes to work as a substantive, fixed-term or honorary consultant in the NHS will need to hold both full and specialist registration. The private health insurers and providers may also not recognise a Swiss doctor as a specialist unless he or she holds specialist registration with the GMC.

In order to hold a specialist registration a Swiss doctor must also hold full registration.

The specialty in question must be listed in Annex V of the Directive 2005/36/EC by the country that awarded it and have a corresponding entry for the United Kingdom.

²⁰ <http://www.pmetb.org.uk/index.php?id=623>.

Angleterre

If the applicant wishes to apply for specialist registration and does not already hold full registration, he or she should apply for full and specialist registration at the same time.

The applicant will need to hold a Spécialiste/ Facharzt/ Specialista (specialist qualification) awarded by the Swiss Département Fédéral de l'Intérieur.

If the Spécialiste/ Facharzt/ Specialista (specialist qualification) was awarded before 1 June 2002, or if the Swiss doctor began his or her training leading to the award of that certificate before that date, the applicant will need to hold either:

A letter from the Swiss Département Fédéral de l'Intérieur confirming that the training leading to the award of the specialist qualification meets the standards laid down in Articles 25, 26 and 27 as appropriate of Directive 2005/36/EC.

OR

If the specialist training does not meet those standards the applicant will need to hold a letter from the Swiss Département Fédéral de l'Intérieur or the medical regulatory authority of the country where the applicant is now working confirming that such person has been practising in the specialty in which the certificate of medical specialisation was awarded for the period required by Article 23.1 of Directive 2005/36/EC.

If the title of the Swiss specialist qualification is not as described above, or if the specialty in which it was awarded is not the same as that listed in Annex V of the European Medical Directive 2005/36/EC, the applicant will also need to hold:

A letter from the Swiss Département Fédéral de l'Intérieur, confirming that the training leading to the award of your specialist qualification meets the standards laid down in Articles 25, 26 and 27 as appropriate of Directive 2005/36/EC, and that your specialist qualification is treated by Switzerland as a certificate of medical specialisation in the relevant speciality as set out in Annex V of Directive 2005/36/EC.

If the candidate is not eligible to enter the specialist register via the criteria outlined (above) he or she can apply to the PMETB to be assessed via the Article 14 equivalence route. Doctors applying via the Article 14 route will be required to demonstrate that their specialist qualifications, knowledge and experience gained are equivalent to that of a doctor completing a UK specialist training programme in the relevant specialty.

A doctor who holds a specialist qualification in oral and maxillo-facial surgery listed in Annex V of the Directive can only apply for specialist registration if you he or she as also qualified as a dentist and is registered with the General Dental Council (GDC).²¹

3. Autorité compétente, instruction, procédure, délais

The GMC is the competent authority to grant registration.

The procedure for registration is as follows:

Set up a MyGMC account over the internet through the GMC website
Provide copies of the following documents:

²¹ http://www.gmc-uk.org/doctors/registration_applications/join_the_register/s3_p7.asp.

Angleterre

- Passport or national identity card
- Evidence of qualifications and compliancy letters
- Certificate of Good Standing²²
- Employer references²³
- Official translations

Visit one of the GMC offices for an identity check. A photograph of the applicant will be taken and will be made available to employers to verify your identity.

Complete declaration of fitness to practise and final declaration. These declarations must not be more than three months old at the time that registration is approved and granted. If for any reason an application is not processed within this time the applicant may be requested to complete new fitness to practise and final declarations.²⁴

If applying for specialist registration the applicant will also need to submit his or her specialist qualification (see section 2, *supra*).

If applying for GP registration he or she will need to submit his or her certificate of specific training or acquired rights for general medical practice (see section 2, *supra*).

In addition, the applicant must submit a certificate of current or past good standing issued by the medical regulatory authority of any countries where he or she has practised or has been registered (even where he or she has never practised) in the five years prior to application for registration.

The certificate of good standing must confirm that

- The applicant is entitled to practise medicine in the appropriate country AND
- was not disqualified, suspended or prohibited from practising medicine AND
- the regulatory authority is not aware of any matters that call into question his or her good standing.

Certificates of good standing are only valid for three months from the date that they are issued. The certificate must be valid on the date that registration is granted.

If there are any periods during the five years immediately preceding the application in which the applicant has not been registered with a medical regulatory authority, but has been working in either a medical or non-medical capacity, the applicant must provide a reference letter from each employer.

Each letter must be on letter-headed paper and signed and dated by a person in authority. The signatory must state their position in the organisation. Such letter must confirm the dates of the applicant's employment and that they are not aware of any matters that call into question the applicant's good standing.

²² A list of the authorities competent to provide this certificate is available at:

http://webcache.gmc-uk.org/gmccgs_enu/start.swe?SWECmd=Start&SWEHo=webcache.gmc-uk.org.

²³ Applicants will be required provide details of all of their work experience from the last five years both medical and non-medical. They must account for all periods in the last five years when they were not engaged in medical practice including: alternative employment, clinical attachments, vacation, study leave, maternity leave, career breaks, and unemployment. See http://www.gmc-uk.org/doctors/registration_applications/join_the_register/s15a_p8.asp.

²⁴ Details of the content of such declaration are available at: http://www.gmc-uk.org/doctors/registration_applications/join_the_register/declaration_of_ftp.asp.

Angleterre

If the applicant was working in a medical capacity, the letter or form must also confirm that he or she neither is nor was required to hold registration with a medical regulatory authority to undertake the post.

Please note that reference letters and forms are only valid for three months from the date they are signed.

Applicants must submit an official translation of every document that is not in English along with the document in its original language. Only translations from commercial translation services or from court/council appointed translators are accepted.

The documents must bear the contact details of the translation service or translator. The GMC requires a copy of the document that has been translated and it should be attached to the translation and/or be stamped by the translation service.²⁵

An application can also be made in person, in which case the applicant must provide originals of all relevant documents.²⁶

The GMC has made the following statement concerning the time within which a response will be granted:

Due to the unique circumstances of each application it is not possible to give a fixed timescale on how long a decision may take to reach on an application for registration. Please note that in all circumstances a disclosure must be cleared by the Registration team before registration can be granted. Due to the information we will require to investigate a declaration and the decision making process, your application will take longer than the usual time to process.

4. Décision et possibilité de recours

GP

[The General Medical Council shall, within three months of receiving an application for recognition of a vocational training certificate, or an acquired rights certificate, together with full supporting documentation, give the applicant notice of its decision together with a justification therefore.²⁷ Where the General Medical Council makes a decision refusing to recognise an applicant's vocational training certificate or acquired rights certificate, the applicant may appeal against the decision to a Registration Appeals Panel.²⁸]

Specialist

[The GMC must reply to the applicant within 3 months (or such longer period as is permitted under article 15 of the Directive 93/16/EEC as amended. The applicant may appeal against the decision to a Registration Appeals Panel.²⁹

²⁵ ^ See http://www.gmc-uk.org/doctors/join_the_register/eea_nationals_in.asp.

²⁶ See http://www.gmc-uk.org/doctors/join_the_register/eea_nationals_in.asp.

²⁷ The European Qualifications (Health Care Professions) Regulations 2003 § 14(3). But see statement of the GMC under Section 3, *supra*. For the moment, we have been unable as yet to determine to what extent the 2003 Regulations still apply.

²⁸ The European Qualifications (Health Care Professions) Regulations 2003 § 14(4). But see statement of the GMC under Section 3, *supra*.

²⁹ The European Qualifications (Health Care Professions) Regulations 2003 § 10(4). But see statement of the GMC under Section 3, *supra*.

Angleterre

Appeals to a Registration Appeals Panel must be made by giving notice of appeal to the Registrar within 28 days of notice of the decision appealed.

Decisions of a Registration Appeals Panel may be appealed within 28 days of receipt of notice of the determination to the relevant court.³⁰

B. Liberté de prestation de services

The European Qualification (Health and Social Care Professions) Regulations 2007 introduced a new regime for visiting doctors which includes a new register of visiting doctors with the GMC. The GMC is currently reviewing their procedures in relation to temporary registration following the introduction of the Directive, in particular concerning the definition of “temporary and occasional” services. In the interim, every application is reviewed on a case-by-base basis.³¹

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

Under the 2007 regulations, a Swiss doctor lawfully established in medical practice in Switzerland who is authorized to offer occasional medical services is entitled to appear in the register of visiting practitioners of the GMC.³²

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

A visiting practitioner who proposes to provide occasional medical services for the first time must, before providing any such services, send or produce to the Registrar of the GMC the following required documents.

- Personal details - basics such as name and address
- Primary medical qualification
- Specialist medical qualification
- Information on professional insurance indemnity
- Details of the services to be provided and the address of the hospital where the services are to be delivered
- Declaration of fitness to practise
- Certificate of registration completed by the Medical Regulatory Authority in the country the doctor is currently practising in

Original documents must be submitted and any documents not in English must be accompanied by a translation by an official translator or translation service which includes their contact details.³³

³⁰ Still unclear to what extent these regulations still apply.

³¹ Based on correspondence date 21 April 2008 between the author and Steph Styles of the GMC.

³² Schedule 2A of The European Qualifications (Health and Social Care Professions) Regulations 2007 § 3(1).

³³ *Id.*

3. Autorité compétente, instruction, procédure, délais

The competent authority is the GMC. See § 2, *supra*, for information concerning the procedure.

Receipt of the application will be made within one month of receipt, and a decision will be made within three months after the date on which the applicant's complete file was submitted.

If an application for temporary registration is refused, the applicant will have a right of appeal within 28 days of the decision.³⁴

³⁴

Id.

AUTRICHE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- EG-Vertrag in der Form des Vertrages von Lissabon
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681).

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Nationales Recht

a. Gesetze

- [Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Ausübung des ärztlichen Berufes und die Ständevertretung der Ärzte \(Ärztegesetz 1998 - ÄrzteG 1998\)](#) erlassen und das Ausbildungsvorbehaltsgesetz geändert wird (BGBl. I Nr. 169/1998) zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 144/2009. Die wichtigen Änderungen durch das [BGBl I 62/2009](#) sind hier berücksichtigt.
- Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen betreffend die ärztlichen und zahnärztlichen Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise aus dem Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweizerischen Eidgenossenschaft ([EWR-Ärzte-ZahnärzteV 2004](#) – EWR-ÄZV 2004) zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 194/2008.

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Das Ärztegesetz wurde zuletzt im Jahr 2009 drei umfassenden Änderungen unterzogen (Nr. 62, 135 und 144/2009). Der Gesetzgeber geht davon, dass die Richtlinie 2005/36/EG umgesetzt wurde (siehe § 3a Ärztegesetz und das [BGBl I 62/2009](#)).

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Das Ärztegesetz setzt das Abkommen über die Freizügigkeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits um (siehe § 3a Ärztegesetz und das [BGBl I 62/2009](#)).

II. LÄNDERBERICHT ÖSTERREICH

A. Niederlassung als Arzt

1. Dauernde Berufszulassung

a. Titel

Die allgemeine Bezeichnung "Arzt" ("ärztlich") führen alle Ärzte, die über eine Berufsberechtigung als "Arzt für Allgemeinmedizin", "approbierter Arzt", "Facharzt" oder "Turnusarzt" (in Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin oder zum Facharzt befindlicher Arzt) verfügen.

Gem. § 3 Abs. 1 ÄrzteG 1998 ist die Ausübung des ärztlichen Berufes (freiberuflich oder im Rahmen eines Dienstverhältnisses) ausschließlich Ärzten für Allgemeinmedizin und approbierten Ärzten sowie Fachärzten vorbehalten. Anderen als den Genannten ist jede Ausübung des ärztlichen Berufes verboten.

b. Erfordernisse

Gem. § 4 ÄrzteG 1998 setzt die **selbständige** Ausübung des ärztlichen Berufes (Arzt für Allgemeinmedizin oder Facharzt) die Erfüllung nachfolgender allgemeiner Erfordernisse, die Erfüllung der für den Arzt für Allgemeinmedizin oder für den Facharzt vorgeschriebenen besonderen Erfordernisse sowie die Eintragung in die Ärzteliste voraus.

aa. Allgemeine Erfordernisse sind

1. die österreichische Staatsbürgerschaft oder die **Staatsangehörigkeit** einer der übrigen Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der **Schweizerischen Eidgenossenschaft**.
2. die **Eigenberechtigung**,
3. die **Vertrauenswürdigkeit**,
4. die **gesundheitliche Eignung** sowie
5. ausreichende **Kenntnisse der deutschen Sprache**.

bb. Besondere Erfordernisse sind:

Hinsichtlich der **Grundausbildung**:

- ein an einer Universität in der Republik Österreich erworbenes Doktorat der gesamten Heilkunde oder ein gleichwertiger, im Ausland erworbener und in Österreich als Doktorat der gesamten Heilkunde nostrifizierter akademischer Grad oder
- zusätzlich dazu ein Qualifikationsnachweis zur Ausübung des zahnärztlichen Berufes nach den Bestimmungen des Zahnärztegesetzes (ZÄG), BGBl. I Nr. 126/2005, im Fall einer angestrebten Berufsberechtigung als Facharzt für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie;

Auriche

Hinsichtlich der Ausbildung zum Arzt für **Allgemeinmedizin** oder zum **Facharzt**:

- ein von der Österreichischen Ärztekammer (gemäß § 15 Abs. 1 Aerztegesetz) ausgestelltes Diplom über die besondere Ausbildung in der Allgemeinmedizin oder Facharzt Diplom, wobei im Fall einer angestrebten Berufsberechtigung als Facharzt für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie das Erfordernis gemäß Z 1 lit. b längstens zum Zeitpunkt des Antritts zur Facharztprüfung erfüllt sein muss, oder
- eine gemäß § 14 als gleichwertig anerkannte entsprechende praktische Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin oder Facharzt und eine gemäß § 14 als gleichwertig anerkannte oder zusätzlich absolvierte Prüfung zum Arzt für Allgemeinmedizin oder Facharztprüfung;

Anstelle der genannten Nachweise kann eine entsprechende **Berufsqualifikation** gemäß § 5 oder § 5a Aerztegesetz treten.

Zur **unselbständigen** Ausübung des ärztlichen Berufes als Turnusarzt in Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin oder zum Facharzt bedarf es des Nachweises der Erfüllung

1. der allgemeinen Erfordernisse (siehe oben) und
2. des besonderen Erfordernisses
 - a) eines an einer Universität in der Republik Österreich erworbenen Doktorats der gesamten Heilkunde oder eines gleichwertigen, im Ausland erworbenen und in Österreich als Doktorat der gesamten Heilkunde nostrifizierten akademischen Grads oder
 - b) einer Berufsqualifikation gemäß § 5 Z 1 oder gemäß § 5a des Ärztegesetzes sowie
3. der Eintragung in die Ärzteliste.

cc. Anerkennung ausländischer Diplome

Automatische Anerkennung von EWR-Berufsqualifikationen

Folgende Berufsqualifikationen, die einem Staatsangehörigen eines EWR-Vertragsstaates oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft ausgestellt worden sind, sind als ärztliche Berufsqualifikationen nach den Bestimmungen der Richtlinie 2005/36/EG automatisch anzuerkennen:

Für die Erlangung der Berufsberechtigung als **approbierter Arzt** oder als Turnusarzt:

- a) ein ärztlicher Ausbildungsnachweis für die ärztliche Grundausbildung gemäß Anhang V Nummer 5.1.1. der Richtlinie 2005/36/EG oder
- b) ein ärztlicher Ausbildungsnachweis einschließlich einer im Hinblick auf die angestrebte Berufsberechtigung als approbierter Arzt entsprechenden Bescheinigung gemäß Artikel 23 der Richtlinie 2005/36/EG.

Für die Erlangung der Berufsberechtigung als Arzt für **Allgemeinmedizin**:

- a) ein Ausbildungsnachweis für den Allgemeinmediziner gemäß Anhang V Nummer 5.1.4. der Richtlinie 2005/36/EG oder
- b) ein ärztlicher Ausbildungsnachweis einschließlich einer im Hinblick auf die angestrebte Berufsberechtigung als Arzt für Allgemeinmedizin entsprechenden Bescheinigung gemäß Artikel 30 der Richtlinie 2005/36/EG.

Auriche

Für die Erlangung der Berufsberechtigung als **Facharzt**:

- a) ein Ausbildungsnachweis für den Facharzt gemäß Anhang V Nummer 5.1.2. der Richtlinie 2005/36/EG für ein in Österreich bestehendes Sonderfach gemäß Anhang V Nummer 5.1.3. der Richtlinie 2005/36/EG oder
- b) ein ärztlicher Ausbildungsnachweis einschließlich einer im Hinblick auf die angestrebte Berufsberechtigung als Facharzt für ein in Österreich bestehendes Sonderfach entsprechenden Bescheinigung gemäß Artikel 23 oder Artikel 27 Abs. 1 oder 2 der Richtlinie 2005/36/EG.

Nicht-Automatische Anerkennung von EWR-Berufsqualifikationen

Nachfolgende Berufsqualifikationen, die einem Staatsangehörigen eines EWR-Vertragsstaates oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft ausgestellt und erforderlichenfalls durch den Nachweis der erfolgreich absolvierten Eignungsprüfung ergänzt worden sind, sind nach den Bestimmungen der Richtlinie 2005/36/EG als ärztliche Berufsqualifikationen für die Erlangung der Berufsberechtigung als approbierter Arzt, Arzt für Allgemeinmedizin, Facharzt oder Turnusarzt anzuerkennen:

1. Entweder ein in einem EWR-Vertragsstaat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft erworbener ärztlicher Ausbildungsnachweis, der die Anforderungen an die Ausbildung gemäß Artikel 24, 25 oder 28 der Richtlinie 2005/36/EG **nicht** zur Gänze erfüllt und der Antragsteller die für die automatische Anerkennung erforderliche mindestens dreijährige Berufserfahrung **nicht** nachweisen kann (Artikel 10 lit. b der Richtlinie 2005/36/EG) oder
2. ein in einem EWR-Vertragsstaat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft erworbener ärztlicher Ausbildungsnachweis für eine **Spezialisierung**, der nach der ärztlichen Grundausbildung zum Erwerb einer der im Anhang V Nummer 5.1.1. angeführten Bezeichnungen erworben worden ist und unter der Voraussetzung, dass eine Anerkennung für ein in Österreich bestehendes Sonderfach der Medizin angestrebt wird (Artikel 10 lit. d der Richtlinie 2005/36/EG), und
3. erforderlichenfalls unter den Voraussetzungen des Abs. 2 zusätzlich zum Ausbildungsnachweis gemäß Z 1 oder 2 als Ausgleichsmaßnahme der Nachweis der erfolgreich absolvierten Eignungsprüfung.

Die Österreichische Ärztekammer hat die Erlangung der Berufsberechtigung im Rahmen des Verfahrens zur Eintragung in die Ärzteliste gemäß § 27 an die Bedingung der erfolgreichen Absolvierung einer **Eignungsprüfung** zu knüpfen, wenn sich die absolvierte Ausbildung (Weiterbildung)

1. hinsichtlich der angestrebten Berufsberechtigung als Arzt für Allgemeinmedizin oder als Facharzt **wesentlich** von der österreichischen Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin oder zum Facharzt des betreffenden Sonderfachs oder
2. hinsichtlich der angestrebten Berufsberechtigung als approbierter Arzt **wesentlich** von der in der Verordnung gemäß § 6 Z 2 festgelegten Vergleichsgrundlage

unterscheidet und der wesentliche Unterschied nicht durch die Berücksichtigung der im Rahmen der bisherigen Berufserfahrung erworbenen und gefestigten Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten ausgeglichen wird.

Autriche

Ein **wesentlicher Ausbildungsunterschied** hinsichtlich der angestrebten Berufsberechtigung als Arzt für Allgemeinmedizin oder als Facharzt liegt vor, wenn der Befähigungs- oder Ausbildungsnachweis den Abschluss einer Ausbildung (Weiterbildung) belegt,

1. deren Dauer mindestens ein Jahr unter der in der Verordnung gemäß § 24 Abs. 1 festgelegten Dauer der entsprechenden ärztlichen Ausbildung liegt, wobei im Fall einer einschlägigen Feststellung der Ausbildungskommission gemäß § 14 Abs. 3 oder 4, die festgestellte verkürzte Ausbildungsdauer für die Berufszulassung maßgeblich ist, oder
2. deren Fächer bedeutende Abweichungen hinsichtlich der Dauer oder dem Inhalt gegenüber der entsprechenden ärztlichen Ausbildung gemäß den Verordnungen gemäß § 24 Abs. 1 und 2 Ärztegesetz aufweisen und die in diesen Fächern vermittelten Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten eine wesentliche fachliche Voraussetzung für eine gewissenhafte Ausübung des angestrebten Berufes als Arzt für Allgemeinmedizin oder als Facharzt darstellt, oder
3. wenn
 - a) das durch dieses Bundesgesetz und die Verordnung gemäß § 24 Abs. 1 festgelegte Berufsbild des Arztes für Allgemeinmedizin oder des Facharztes eine oder mehrere Tätigkeiten umfasst, die im Herkunftsstaat des Antragstellers nicht Bestandteil des entsprechenden Berufsbildes ist oder sind, und
 - b) wenn der Unterschied gemäß lit. a in einer besonderen Ausbildung besteht, die gemäß den Verordnungen gemäß § 24 Abs. 1 und 2 vorgeschrieben ist und sich auf Fächer bezieht, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die vom Befähigungs- oder Ausbildungsnachweis abgedeckt werden, den der Antragsteller vorlegt.

Die Organisation und Durchführung der Eignungsprüfung im Rahmen des Verfahrens zur Eintragung in die Ärzteliste obliegen der Österreichischen **Ärzteliste**.

Welche schweizerischen Nachweise anzuerkennen sind, ergibt sich aus einer Verordnung betreffend die ärztlichen und zahnärztlichen Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise aus dem Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweizerischen Eidgenossenschaft ([EWR-Ärzte-ZahnärzteV 2004](#)).

c. Antragsinhalt

Für Schweizer Staatsangehörige sind bei der Antragstellung **folgende Dokumente** erforderlich:

- Nachweis bzw. Bescheinigung über die **Staatsbürgerschaft**/Reisepass/Personalausweis, gegebenenfalls **Heiratsurkunde**
- Nachweis über **abgeschlossenes Medizinstudium**, allenfalls Nostrifikationsbescheid, gegebenenfalls Promotionsurkunde
- **Diplom**/Urkunde/Dekret zum Arzt für Allgemeinmedizin/Facharzt/Approbation
- **EU-Konformitätsbescheinigung der zuständigen Behörde des Ausbildungsstaates, aus der hervorgeht, dass die ärztliche Grundausbildung dem Artikel 24 der Richtlinie 2005/36/EG entspricht und dass der Ausbildungsnachweis ein Diplom gemäß Anhang 5.1.1. der Richtlinie darstellt.**

Allgemeinmediziner haben zusätzlich eine Bescheinigung vorzulegen, aus der hervorgeht, dass sie die besondere Ausbildung in der **Allgemeinmedizin** gemäß Artikel

Autriche

28 der Richtlinie 2005/36/EG absolviert haben und dass ihr Ausbildungsnachweis ein Diplom gemäß Anhang 5.1.4. der Richtlinie darstellt.

Fachärzte haben zusätzlich eine Bescheinigung vorzulegen, aus der hervorgeht, dass ihre **Facharztausbildung** dem Artikel 25 der genannten Richtlinie entspricht und dass der Ausbildungsnachweis ein Facharzt Diplom gemäß den Anhängen 5.1.2 und 5.1.3 der Richtlinie darstellt.

- Nachweis der **disziplinierten Unbescholtenheit** durch die zuständige Behörde des Heimatstaates (**nicht älter als 3 Monate**)
- Polizeiliches **Führungszeugnis**/Strafregisterauszug (**nicht älter als 3 Monate**)
- Ärztliches **Gesundheitszeugnis** (**nicht älter als 3 Monate**)
- **Dienstvertrag**/ Bestätigung des Dienstgebers/ Dienstantrittszuweisung oder Niederlassungs- bzw. Wohnsitzarztmeldung
- Nachweis ausreichender **Deutschkenntnisse**
- Mind. 2 **Passfotos** (je nach Landesärztekammer allenfalls zusätzliche Fotos erforderlich)
- Mind. **26 €** in bar für Ärztausweis und Anmeldung (je nach Landesärztekammer allenfalls zusätzliche Anmeldegebühr)

d. Anerkennung von Weiterbildungszeiten

Gem. **§ 14 ÄrzteG** ist eine bereits abgeleistete und durch ein von den zuständigen Behörden des Heimat- oder Herkunftsstaates ausgestelltes Diplom, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis, belegte einschlägige **fachärztliche Aus- oder Weiterbildungszeit** von EWR-Staatsangehörigen unter der Voraussetzung der Gleichwertigkeit zur Gänze oder teilweise auf die für die Ausbildung zum Facharzt oder für die Ausbildung in einem Additivfach vorgesehene Dauer anzurechnen, soweit diese der in Österreich für das betreffende Sonderfach oder Additivfach vorgeschriebenen Ausbildungsdauer entspricht. Dabei sind auch ihre erworbene einschlägige Berufserfahrung, Zusatzausbildung und sonstige fachärztliche Aus- oder Weiterbildung zu berücksichtigen.

Nach **§ 14 Abs. 3 ÄrzteG** unter der Voraussetzung der Gleichwertigkeit im Ausland absolvierte ärztliche Aus- oder Weiterbildungszeiten in einem der übrigen EWR-Mitgliedstaaten oder **in der Schweizerischen Eidgenossenschaft unter Anleitung und Aufsicht absolvierte Zeiten ärztlicher Tätigkeiten zum Zweck des Erwerbs von auf die Erlangung der Berufsberechtigung als Arzt für Allgemeinmedizin oder Facharzt gerichteten Kenntnissen, Erfahrungen und Fertigkeiten**, Zeiten des Präsenzdienstes, des Ausbildungsdienstes von Frauen beim Bundesheer sowie des Zivildienstes auf die jeweils für die Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin oder zum Facharzt oder für die Ausbildung in einem Additivfach vorgesehene Dauer anzurechnen.

Unter der Voraussetzung der Gleichwertigkeit sind auch im Ausland absolvierte **Prüfungen** auf die Prüfung zum Arzt für Allgemeinmedizin oder zum Facharzt anzurechnen.

Bei Bedarf kann die Ausbildungskommission feststellen, dass bestimmte in einem der übrigen EWR-Mitgliedstaaten oder der Schweiz unter Anleitung und Aufsicht absolvierte Zeiten ärztlicher Tätigkeiten zum Zweck des Erwerbs von auf die Erlangung der Berufsberechtigung als Arzt für Allgemeinmedizin bzw. Facharzt gerichteten Kenntnissen, Erfahrungen und Fertigkeiten der inländischen Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin bzw. Facharzt gleichwertig sind, wenn diese Zeiten der gemäß der Richtlinie 93/16/EWG und der Richtlinie 2005/36/EG geregelten besonderen Ausbildung in der Allgemeinmedizin bzw. fachärztlichen Weiterbildung des betreffenden EWR-Mitgliedstaates oder der Schweiz entsprechen und

Autriche

durch die Absolvierung dieser Zeiten die Ziele der Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin bzw. zum Facharzt erreicht werden

Ein **Antrag** nach § 14 ÄrzteG ist bei der **Landesärztekammer** jenes Bundeslandes einzubringen, in dem der Hauptwohnsitz besteht oder bei einer vom Antragsteller zu wählenden Landesärztekammer. Diese hat nach Prüfung der formellen Voraussetzungen den Antrag der **Österreichischen Ärztekammer** zu übermitteln, welche den Antragsteller anhand der vorgelegten Unterlagen und unter Berücksichtigung seiner Berufserfahrung, Zusatzausbildung und sonstigen ärztlichen Aus- oder Weiterbildung über die anrechenbaren Ausbildungszeiten bzw. über die anrechenbaren Prüfungsteile unterrichtet.

Die Österreichische Ärztekammer hat binnen **vier Monaten** ab Antragstellung zu entscheiden. Gegen Bescheide der Österreichischen Ärztekammer steht die **Berufung** an den Landeshauptmann offen (im Bereich der Hauptwohnsitz oder beim Landeshauptmann jenes Bundeslandes offen, in dem der Antragsteller den Antrag eingebracht hat).

e. Kammermitgliedschaft

EWR-Bürger (und Schweizer) die ihr Medizinstudium als auch ihre postpromotionelle Ausbildung zum Allgemeinmediziner oder Facharzt in einem EWR-Staat oder der Schweiz absolviert haben, sind grundsätzlich dazu berechtigt, sich in die von der Österreichischen Ärztekammer geführte Ärzteliste eintragen zu lassen. Die Eintragung in die von der Österreichischen Ärztekammer geführte Ärzteliste hat vor Aufnahme der ärztlichen Tätigkeit in Österreich zu erfolgen.

f. Zuständige Behörden

Zur Vertretung des Ärztestandes ist für den räumlichen Bereich eines jeden Bundeslandes eine Ärztekammer eingerichtet.

Die Anmeldung hat direkt bei der Ärztekammer jenes Bundeslandes zu erfolgen, in dem die Berufsausübung geplant ist.

Adressen der Landesärztekammern

Ärztekammer Burgenland

Permayerstraße 3
7000 Eisenstadt
Tel: 0043-2682-62521
Fr. Denk, DW 11
<http://www.aekbgld.at>
E-Mail: office@aekbgld.at

Ärztekammer Kärnten

St. Veiter Straße 34
9020 Klagenfurt
Tel: 0043-463-5856
Fr. Huainig, DW 10
stf@aekkt.n.at
<http://www.aekkt.n.at>
E-Mail: aek@aekkt.n.at

Ärztchammer Niederösterreich

Wipplinger Straße 2
1010 Wien
Tel: 0043-1-53751-0
Hr. Mag. Wieser, DW 253
Hr. Wiesenegger, DW 215
<http://www.arztnoe.at>
E-Mail: arztnoe@arztnoe.at

Ärztchammer Oberösterreich

Dinghoferstraße 4
4010 Linz
0043-732-778371-0
Fr. Stieringer, DW 252
<http://www.aekoee.or.at>
E-Mail: aekoee@aekoee.or.at

Ärztchammer Salzburg

Bergstraße 14
5024 Salzburg
Postfach 65
Tel: 0043-662-871327
Fr. Laugus, DW 115
<http://www.aeksbg.at>
E-Mail: aeksbg@aeksbg.at

Ärztchammer Steiermark

Kaiserfeldgasse 29
8011 Graz
Tel: 0043-316-8044-0
Fr. Fischer, DW 62
stf@aekstmk.or.at
<http://www.aekstmk.or.at>
E-Mail: aek@aekstmk.or.at

Ärztchammer Tirol

Anichstraße 7/IV
6010 Innsbruck
Tel: 0043-512-52058
Fr. Boscarolli, DW 125
boscarolli@aektirol.at
<http://www.aektirol.at>
E-Mail: kammer@aektirol.at

Ärztchammer Vorarlberg

Schulgasse 17
6850 Dornbirn
Postfach 206
Tel: 0043-5572-21900-0
Fr. Bogner, DW 31
stf@aekvbg.or.at
<http://www.aekvbg.or.at>
E-Mail: aek@aekvbg.or.at

Autriche

Ärztchammer Wien

Weihburggasse 10-12

1010 Wien

Tel: 0043-1-51501-0

Herr Schandl, DW 1260

schandl@aekwien.at

Fr. Mag. Udvardi, DW 1296

udvardi@aekwien.at

Fr. Will, DW 1205

will@aekwien.at

<http://www.aekwien.at>

E-Mail: aekwien@aekwien.at

Österreichische Ärztekammer

Weihburggasse 10-12

1010 Wien

Tel: 0043-1-514 06-0

Internationales Büro der Österreichischen Ärztekammer

Ansprechpartner für EWR-Bürger:

Fr. Cand.Lic. Laurence HAVAUX, dipl.

Tel : 0043-1-51406-64

Fax: 0043-1-51406-933

Email: l.havaux@aerztekammer.at

g. Rechtsstellung

Der Arzt unterliegt der Dokumentationspflicht und der Pflicht zur Auskunftserteilung über jede zur Beratung oder Behandlung übernommene Person, den Zustand der Person bei Übernahme der Beratung oder Behandlung, die Vorgeschichte einer Erkrankung, die Diagnose, den Krankheitsverlauf sowie über Art und Umfang der beratenden, diagnostischen oder therapeutischen Leistungen einschließlich der Anwendung von Arzneien.

Der Arzt hat sich jeder unsachlichen, unwahren oder das Standesansehn beeinträchtigenden Information im Zusammenhang mit der Ausübung seines Berufes zu enthalten.

Der Arzt und seine Hilfspersonen sind zur Verschwiegenheit über alle ihnen in Ausübung ihres Berufes anvertrauten oder bekannt gewordenen Geheimnisse verpflichtet.

Es gibt auch einen ärztlichen Verhaltenskodex bei der Zusammenarbeit mit der Pharma- und Medizinprodukteindustrie sowie Vorgaben zur gesetzeskonformen Gestaltung der Arzt-Homepage.

h. Erlaubnis zur Berufsausübung von bis zu drei Jahren

Die Österreichische Ärztekammer hat gem. § 33 Abs. 1 Personen, die

1. im **Ausland** eine Berechtigung zur selbständigen Ausübung des ärztlichen Berufes erworben haben,
2. nicht gemäß der **§§ 4, 5 oder 5a** über die allgemeinen und besonderen Voraussetzungen und die Anerkennung von Berufsqualifikationen zur selbständigen Ausübung des ärztlichen Berufes berechtigt sind,

Autriche

3. die **allgemeinen Erfordernisse** erfüllen (österreichische Staatsbürgerschaft oder EWR-Staatsangehörigkeit oder der Staatsangehörigkeit der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Eigenberechtigung, Vertrauenswürdigkeit, gesundheitliche Eignung sowie ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache) sowie
4. einen Qualifikationsnachweis gemäß § 4 Abs. 3 in Verbindung mit 4 Abs. 4 Z 2 oder § 4 Abs. 5 Z 2 erbringen,

eine auf höchstens **drei Jahre befristete** Bewilligung zur freiberuflichen Ausübung des ärztlichen Berufes als Arzt für Allgemeinmedizin oder Facharzt zu erteilen.

Voraussetzung für die Erteilung einer Bewilligung ist der Nachweis, dass die Bewilligung zur Aufrechterhaltung einer ausreichenden allgemein ärztlichen oder fachärztlichen Betreuung der Patienten in dem für den Berufssitz in Aussicht genommenen Ort.

Bei Fortbestand des Bedarfs hat die Österreichische Ärztekammer auf Antrag weitere, jeweils mit drei Jahren zu befristende Bewilligungen zu erteilen.

Personen, denen eine Bewilligung gemäß Abs. 1 erteilt wurde, sind unter Hinweis auf die Bewilligung in die Ärzteliste gemäß § 27 einzutragen, ein Ärzteausweis gemäß § 27 Abs. 7 ist nicht auszustellen.

i. Kassenzulassung

Beispiel: Invertragnahmeverfahren bei der **Wiener Gebietskrankenkasse**.³⁵

Voraussetzung für eine Invertragnahme bei der Gebietskrankenkasse im Rahmen einer selbständigen Tätigkeit ist eine **Bewerbung um eine ausgeschriebene** (neue oder bestehende) **Stelle (Ordination)**.³⁶

Ohne Bewerbung auf eine Ausschreibung kann eine Invertragnahme nicht mehr erfolgen. Bewerben können sich alle Ärztinnen und Ärzte - unabhängig davon, ob sie in Österreich im jeweiligen Bundesland (hier Wien) tätig sind oder nicht -, die die jeweilige Berufsberechtigung für die ausgeschriebene Stelle besitzen.

Zur ordnungsgemäßen Bewerbung ist es notwendig, ein von der Ärztekammer aufgelegtes Bewerbungsformular auszufüllen und an die Ärztekammer zu senden beziehungsweise abzugeben.

Die Vergabe erfolgt nach einem Punkteverfahren: das in einer Vereinbarung zwischen Ärztekammer und Gebietskrankenkasse bindend vereinbart wurde. Das Punktesystem gilt für Allgemeinmediziner sowie für Fachärzte (ausgenommen Fachärzte für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde bzw. Zahnärzte: eigenes Punktesystem). Für fünf Bereiche kann man Punkte erhalten:

- Berufserfahrung,
- fachliche Qualifikation,
- Wartezeit auf der Interessentenliste,
- ernsthafte Bemühung um einen behindertengerechten Zugang und
- Karenzzeiten.

Insgesamt können maximal 77 Punkte erreicht werden.

³⁵ Siehe <http://www.aekwien.at/>. Ähnliches gilt in den anderen Bundesländern.

³⁶ Die Ausschreibung wird sowohl in der Zeitschrift der Ärztekammer für Wien (doktorinwien) als auch auf der Ärztekammer-Homepage www.aekwien.at veröffentlicht.

Autriche

Nach Einlangen aller Bewerbungsunterlagen werden diese von der Ärztekammer geprüft und die Punkte gemäß den Reihungskriterien für Bewerber und Stelle ausgewertet. Die errechneten Punkte werden der Wiener Gebietskrankenkasse übermittelt und dann von dieser geprüft und die Reihung der Bewerber aufgestellt.

Es ist damit zu rechnen, dass ungefähr drei bis sechs Wochen nach Ende der Bewerbungsfrist die Veröffentlichung der Ergebnisse des Auswertungsverfahrens im Internet nachlesbar ist und dass das gesamte Vergabeverfahren c.a. zwei Quartale dauert.

Adresse:

Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK)

Wienerbergstraße 15-19

1100 Wien

Telefon (+43 1) 60122-0

Fax (+43 1) 60246-13

E-Mail office@wgkk.sozvers.at

http://www.wgkk.at/portal27/portal/wgkkportal/start/startWindow?action=2&p_menuid=52138&p_tabid=1

Wahlarzt

Wahlarzt wird man durch Eröffnung einer Ordination **ohne Verträge zu den Krankenkassen** (dann Wahlarzt für alle Kassen; hat man Verträge mit bestimmten (kleineren) Krankenkassen, ist man für z.B. die Wiener Gebietskrankenkasse Wahlarzt). Hierfür bedarf es weder einer Zulassung noch der Genehmigung einer Behörde. Der Standort der Ordination und die angebotenen Leistungen sind frei wählbar. Benötigt wird ausschließlich die Berufszulassung als Allgemeinmediziner oder Facharzt. Ordinationsstandort und Tätigkeitsbeginn müssen aber der Ärztekammer gemeldet werden. Patienten von Wahlärzten haben den Status von Privatpatienten. Der Arzt ist bei der Behandlung an keine Kassenrestriktionen gebunden, der Patient hat Behandlungskosten vorerst selbst zu tragen.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für ärztliche Dienstleistungen

a. Meldepflicht

Staatsangehörige der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und der **Schweizer Eidgenossenschaft**, die den ärztlichen Beruf in einem der übrigen Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft rechtmäßig ausüben, dürfen gem. § 37 Abs. 1 von ihrem ausländischen Berufssitz oder Dienort aus vorübergehend in Österreich wie ein in die Ärzteliste eingetragener, zur selbständigen Berufsausübung berechtigter Arzt tätig werden, soweit sie Dienstleistungen im Sinne des Artikels 37 des EWR-Abkommens erbringen. Eine Eintragung in die Ärzteliste hat **nicht** zu erfolgen.

Vor Ausübung einer Tätigkeit im Sinne des Abs. 1, die einen vorübergehenden Aufenthalt im Bundesgebiet erfordert, hat der Arzt die Österreichische Ärztekammer im Wege der Ärztekammer jenes Bundeslandes, in dem die Dienstleistung erbracht werden soll, **schriftlich** zu verständigen. Sofern eine vorherige Anzeige wegen der Dringlichkeit des Tätigwerdens nicht möglich ist, hat die Verständigung ehestmöglich zu erfolgen.

Autriche

- Die Verständigung hat mittels eines von der Ärztekammer aufzulegenden **Formblatts** zu erfolgen und zumindest den **Zeitpunkt, die Dauer und den Ort der Tätigkeit** zu beinhalten.
- Vorzulegen ist: eine **Bescheinigung** der zuständigen Behörde des Heimat- oder Herkunftsstaates, aus der sich ergibt, daß der Dienstleistungserbringer die für die Erbringung der betreffenden Dienstleistung erforderlichen Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstigen Befähigungsnachweise besitzt und den jeweiligen ärztlichen Beruf im Herkunftsstaat rechtmäßig ausübt (nicht älter als zwölf Monate).

2. Zuständige Behörden

Ärzttekammern, siehe oben

3. Rechtsstellung

Ärzte unterliegen bei Erbringung der Dienstleistung den inländischen Berufspflichten und Disziplinarvorschriften. Verstößt der Dienstleistungserbringer gegen diese Pflichten, so hat die Österreichische Ärztekammer unverzüglich die zuständige Behörde seines Herkunftsstaates zu unterrichten. Es gibt auch einen ärztlichen Verhaltenskodex bei der Zusammenarbeit mit der Pharma- und Medizinprodukteindustrie.

C. Sozietäten– Zusatzinformationen

Die selbstständige Ausübung des ärztlichen Berufes ist gem. § 3 Abs. 1 ÄrzteG 1998 auch als Gruppenpraxis in der Rechtsform einer offenen Gesellschaft zulässig.

1. Ordinations- und Apparategemeinschaften

Die Zusammenarbeit von freiberuflich tätigen Ärzten kann bei Wahrung der Eigenverantwortlichkeit eines jeden Arztes gem. § 52 ÄrzteG 1998 auch in der gemeinsamen Nutzung von Ordinationsräumen (Ordinationsgemeinschaft) und/oder von medizinischen Geräten (Apparategemeinschaft) bestehen. Ordinations- und Apparategemeinschaften dürfen unbeschadet von Abs. 2 auch zwischen Ärzten und einer Gruppenpraxis in der Rechtsform einer offenen Gesellschaft begründet werden.

2. Gruppenpraxen

Die Zusammenarbeit von Ärzten kann gem. § 52a ÄrzteG 1998 auch als selbstständig beruhsbefugte (§ 3 Abs. 1 ÄrzteG 1998) Gruppenpraxis erfolgen. Eine Gruppenpraxis kann auch mit einem Angehörigen des zahnärztlichen Berufs oder Dentistenberufs errichtet werden; in diesem Fall richtet sich die Frage der Berufsberechtigung auch nach dem Zahnärztegesetz.

Die Berufsbefugnis einer Gruppenpraxis ergibt sich aus der Berufsbefugnis der an der Gruppenpraxis als persönlich haftende Gesellschafter beteiligten Ärzte, Zahnärzte und Dentisten.

Autriche

Die Zusammenarbeit als Gruppenpraxis hat in der Rechtsform einer offenen Gesellschaft im Sinne des § 105 UGB³⁷ zu erfolgen.

Der Gruppenpraxis dürfen nur zur selbstständigen Berufsausübung berechnigte Ärzte, Zahnärzte und Dentisten als persönlich haftende Gesellschafter angehören.

Jeder Gesellschafter ist allein zur Geschäftsführung und Vertretung befugt. Die vorübergehende Einstellung oder Untersagung der Berufsausübung bis zur Dauer von sechs Monaten hindert Ärzte nicht an der Zugehörigkeit zur Gesellschaft, wohl aber an der Vertretung und an der Geschäftsführung.

Über Fragen der Ausübung eines bestimmten Berufes entscheiden ausschließlich die entsprechend berufsbeugten Gesellschafter. Gegen den Willen jener Gesellschafter, die über die den Gegenstand einer Entscheidung überwiegend betreffende Berufsberechtigung verfügen, darf keine Entscheidung getroffen werden. Alle Gesellschafter müssen ihre Rechte in eigenem Namen und für eigene Rechnung innehaben. Die treuhändige Übertragung und Ausübung von Gesellschaftsrechten ist unzulässig. Die selbstständige Ausübung des ärztlichen Berufes darf nicht an eine Weisung oder Zustimmung der Gesellschafter (Gesellschafterversammlung) gebunden werden.

Die Tätigkeit der Gesellschaft muss auf die Ausübung des ärztlichen, zahnärztlichen oder Dentistenberufes einschließlich der erforderlichen Hilfstätigkeiten und die Verwaltung des Gesellschaftervermögens beschränkt sein.

Eine Gruppenpraxis kann **nur einen Berufssitz im Bundesgebiet** haben. Jeder Sitz einer Gruppenpraxis ist auch gleichzeitig Berufssitz der an ihr beteiligten Ärzte.

Soweit im ÄrzteG 1998 auf Ärzte bzw. Ärzte für Allgemeinmedizin, approbierte Ärzte bzw. Fachärzte abgestellt wird, sind die jeweiligen Bestimmungen auf Gruppenpraxen gegebenenfalls sinngemäß anzuwenden.

Jeder Gesellschafter ist für die Erfüllung seiner Berufs- und Standespflicht persönlich verantwortlich, diese Verantwortung kann weder durch den Gesellschaftsvertrag noch durch Beschlüsse der Gesellschafter oder Geschäftsführungsmaßnahmen eingeschränkt oder aufgehoben werden.

D. Zusätzliche Informationen

Mit einer Niederlassung in Österreich ist noch keine Berechnigung zur direkten Abrechnung mit den **Sozialversicherungsträgern (sog. Kassenvertrag)** verbunden. Dies sollte bei Eintragung der Landesärztekammer angekündigt und mit dieser abgesprochen werden.

Spitalärzte bewerben sich direkt beim Rechtsträger des Spitals, in der Regel der entsprechenden Landesregierung.

Stellen werden in der Österreichischen Ärztezeitung (**ÖÄZ**) ausgeschrieben.

³⁷ Bundesgesetzes über besondere zivilrechtliche Vorschriften für Unternehmen, Unternehmensgesetzbuch - UGB, BGBl. I Nr. 120/2005.

FRANCE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation

Les dispositions relatives à l'exercice de la profession de médecin sont dans le Code de la Santé Publique aux articles L. 4131-1 et suivants (partie législative) et aux articles R. 4111-14 et suivants (la partie réglementaire).

Arrêté du 25 octobre 2007 relatif à la déclaration préalable prévue à l'article R. 4112-9 du Code de la Santé publique.

2. Interrelation avec le droit européen

L'ordonnance n° 2008-507 du 30 mai 2008 a transposé la directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005.

Arrêté du 13 juillet 2009 fixant les listes et les conditions de reconnaissance des titres de formation de médecin et de médecin spécialiste délivrés par les Etats membres de la Communauté européenne ou parties à l'accord sur l'Espace économique européen visées au 2° de l'article L. 4131-1 du Code de la santé publique.

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

En France, il est nécessaire pour exercer la médecine d'être :

- 1° Titulaire d'un diplôme, certificat ou autre titre mentionné ci-dessous;
- 2° De nationalité française, de citoyenneté andorrane ou ressortissant d'un Etat membre de la Communauté européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen, du Maroc ou de la Tunisie, sous réserve de l'application, le cas échéant, soit des règles fixées au présent chapitre, soit de celles qui découlent d'engagements internationaux autres que ceux mentionnés au présent chapitre ;
- 3° Inscrit à un tableau de l'ordre des médecins, sous réserve des dispositions des articles L. 4112-6 et L. 4112-7³⁸.

Les diplômes visés au 1° sont :

- 1° Soit le diplôme français d'Etat de docteur en médecine ;
Lorsque ce diplôme a été obtenu après validation d'un troisième cycle, ce diplôme doit être accompagné du document mentionnant la qualification obtenue, soit en médecine générale, soit en spécialité ;

³⁸ Article L. 4111-1 du Code de la Santé publique.

France

- 2° Soit, si l'intéressé est ressortissant d'un Etat membre de l'Union européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen :
- a) Les titres de formation de médecin délivrés par l'un de ces Etats conformément aux obligations communautaires et figurant sur une liste établie par arrêté des ministres chargés de l'enseignement supérieur et de la santé ;
 - b) Les titres de formation de médecin délivrés par un Etat, membre ou partie, conformément aux obligations communautaires, ne figurant pas sur la liste mentionnée au a, s'ils sont accompagnés d'une attestation de cet Etat certifiant qu'ils sanctionnent une formation conforme à ces obligations et qu'ils sont assimilés, par lui, aux titres de formation figurant sur cette liste ;
 - c) Les titres de formation de médecin délivrés par un Etat, membre ou partie, sanctionnant une formation de médecin commencée dans cet Etat antérieurement aux dates figurant dans l'arrêté mentionné au a et non conforme aux obligations communautaires, s'ils sont accompagnés d'une attestation de l'un de ces Etats certifiant que le titulaire des titres de formation s'est consacré, dans cet Etat, de façon effective et licite, à l'exercice de la profession de médecin dans la spécialité concernée pendant au moins trois années consécutives au cours des cinq années précédant la délivrance de l'attestation ;
 - d) Les titres de formation de médecin délivrés par l'ancienne Tchécoslovaquie, l'ancienne Union soviétique ou l'ancienne Yougoslavie ou qui sanctionnent une formation commencée avant la date d'indépendance de la République tchèque, de la Slovaquie, de l'Estonie, de la Lettonie, de la Lituanie ou de la Slovénie, s'ils sont accompagnés d'une attestation des autorités compétentes de la République tchèque ou de la Slovaquie pour les titres de formation délivrés par l'ancienne Tchécoslovaquie, de l'Estonie, de la Lettonie ou de la Lituanie pour les titres de formation délivrés par l'ancienne Union soviétique, de la Slovénie pour les titres de formation délivrés par l'ancienne Yougoslavie, certifiant qu'ils ont la même validité sur le plan juridique que les titres de formation délivrés par cet Etat.
Cette attestation est accompagnée d'un certificat délivré par ces mêmes autorités indiquant que son titulaire a exercé dans cet Etat, de façon effective et licite, la profession de médecin dans la spécialité concernée pendant au moins trois années consécutives au cours des cinq années précédant la délivrance du certificat ;
 - e) Les titres de formation de médecin délivrés par un Etat, membre ou partie, ne figurant pas sur la liste mentionnée au a, s'ils sont accompagnés d'une attestation délivrée par les autorités compétentes de cet Etat certifiant que le titulaire du titre de formation était établi sur son territoire à la date fixée dans l'arrêté mentionné au a et qu'il a acquis le droit d'exercer les activités de médecin généraliste dans le cadre de son régime national de sécurité sociale ;
 - f) Les titres de formation de médecin délivrés par un Etat, membre ou partie, sanctionnant une formation de médecin commencée dans cet Etat antérieurement aux dates figurant dans l'arrêté mentionné au a, et non conforme aux obligations communautaires mais permettant d'exercer légalement la profession de médecin dans l'Etat qui les a délivrés, si le médecin justifie avoir effectué en France au cours des cinq années précédentes trois années consécutives à temps plein de fonctions hospitalières dans la spécialité correspondant aux titres de formation en qualité d'attaché associé, de praticien attaché associé, d'assistant associé ou de fonctions universitaires en qualité de chef de clinique associé des universités ou d'assistant associé des universités, à condition d'avoir été chargé de fonctions hospitalières dans le même temps.

Bien que le diplôme fédéral de médecin - Eidgenössisch diplomierter Arzt – titolare di diploma federale di medico délivré par le département fédéral de l'intérieur n'est pas visé ci-dessus, il est reconnu en France (accord conclu le 21 juin 1999 entre la Communauté européenne et ses Etats membres d'une part et la Confédération helvétique d'autre part, ratifié par la France ; loi n° 2001-1117 du 28 novembre 2001 – décret n° 2002-946 du 25 juin 2002).

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

La reconnaissance des diplômes susmentionnés ainsi que de médecin spécialiste est de droit. Le médecin doit, toutefois, s'inscrire au tableau de l'Ordre des médecins au même titre que tout médecin diplômé en France.

Pour cela, un questionnaire est remis au médecin qu'il doit retourner, rempli et signé, au Conseil départemental, accompagné des pièces suivantes³⁹, par lettre recommandée avec demande d'avis de réception :

- 1° Une photocopie d'une pièce d'identité en cours de validité ;
- 2° Le cas échéant, une attestation de nationalité délivrée par une autorité compétente ;
- 3° Une copie, accompagnée le cas échéant d'une traduction, faite par un traducteur agréé auprès des tribunaux français ou habilité à intervenir auprès des autorités judiciaires ou administratives d'un Etat membre de la Communauté européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen, des titres de formation susmentionnés à laquelle sont joints :
 - a) Lorsque le demandeur est un praticien ressortissant d'un Etat membre de la Communauté européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen : la ou les attestations susmentionnées ;
 - b) Lorsque le demandeur bénéficie d'une autorisation d'exercice, la copie de cette autorisation ;
 - c) Lorsque le demandeur présente un diplôme délivré dans un Etat étranger dont la validité est reconnue sur le territoire français : la copie des titres à la possession desquels cette reconnaissance peut être subordonnée ;
- 4° Pour les ressortissants d'un Etat étranger, un extrait de casier judiciaire ou un document équivalent, datant de moins de trois mois, délivré par une autorité compétente de l'Etat d'origine ou de provenance ; cette pièce peut être remplacée, pour les ressortissants des Etats membres de la Communauté européenne ou parties à l'accord sur l'Espace économique européen qui exigent une preuve de moralité ou d'honorabilité pour l'accès à l'activité de médecin, de chirurgien-dentiste ou de sage-femme, par une attestation datant de moins de trois mois de l'autorité compétente de l'Etat d'origine ou de provenance certifiant que ces conditions de moralité ou d'honorabilité sont remplies ;
- 5° Une déclaration sur l'honneur du demandeur certifiant qu'aucune instance pouvant donner lieu à condamnation ou sanction susceptible d'avoir des conséquences sur l'inscription au tableau n'est en cours à son encontre ;
- 6° Un certificat de radiation d'inscription ou d'enregistrement délivré par l'autorité auprès de laquelle le demandeur était antérieurement inscrit ou enregistré ou, à défaut, une déclaration sur l'honneur du demandeur certifiant qu'il n'a jamais été inscrit ou enregistré, ou, à défaut, un certificat d'inscription ou d'enregistrement dans un Etat membre de la Communauté européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen ;
- 7° Tous éléments de nature à établir que le demandeur possède les connaissances linguistiques nécessaires à l'exercice de la profession.
- 8° Un curriculum vitae

Les médecins titulaires d'un diplôme obtenu en Suisse doivent produire:

- le diplôme de médecin (diplôme fédéral de médecin - Eidgenössisch diplomierter Arzt – titolare di diploma federale di medico), délivré par le département fédéral de l'Intérieur (accord conclu le 21 juin 1999 entre la communauté européenne et ses Etats membres d'une part et la Confédération helvétique d'autre part, ratifié par la France ; loi n° 2001-1117 du 28 novembre 2001 – décret n° 2002-946 du 25 juin 2002);

³⁹ Article R. 4112-1 du Code de la Santé publique.

France

- une attestation délivrée par l'Office fédéral de la Santé publique en Suisse confirmant d'une part, que le diplôme suisse obtenu par le médecin sanctionne une formation conforme aux conditions prévues à l'article 24 de la directive 2005/36/CE et, d'autre part, que ce diplôme autorise son titulaire à exercer sa profession selon la loi fédérale du 23 juin 2006 ;

ou

- une attestation délivrée par l'autorité compétente d'un Etat membre de l'Union Européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen, confirmant que le médecin a exercé effectivement et licitement la médecine sur son territoire pendant au moins trois années consécutives au cours des cinq années précédant la délivrance de cette attestation (article 23.1 de la directive 2005/36/CE).

Ils doivent, en outre, produire :

- un diplôme de **médecin spécialiste**, accompagné soit d'une attestation de conformité à l'article 25 de la directive 2005/36/CE, soit d'une attestation de l'autorité compétente d'un Etat membre confirmant que le médecin a exercé effectivement et licitement la spécialité sur le territoire de cet Etat pendant au moins 3 années consécutives au cours des 5 dernières années ;

ou

- un diplôme de **médecin généraliste**, accompagné soit d'une attestation de conformité à l'article 28 de la directive 2005/36/CE, soit d'une attestation de l'autorité compétente d'un Etat membre confirmant que le médecin a exercé effectivement et licitement la médecine générale sur le territoire de cet Etat pendant au moins 3 années consécutives au cours des 5 dernières années ;

ou

- un certificat, délivré par l'autorité compétente d'un Etat membre, attestant que le médecin a acquis sur le territoire de cet Etat le droit d'exercer l'activité de médecin généraliste dans le cadre du régime de sécurité sociale sans être titulaire d'un diplôme sanctionnant une formation spécialisée en médecine générale, conformément à l'article 30 de la directive 2005/36/CE.

Une fois inscrit au tableau de l'Ordre, le médecin doit faire enregistrer son diplôme auprès de la direction départementale des affaires sanitaires et sociales (DDASS) du lieu d'inscription dans le délai maximal d'un mois à compter de l'inscription⁴⁰.

3. Autorité compétente

La demande est à adresser au président de l'Ordre du département.

Liste des Conseils départementaux de l'Ordre des Médecins

01 - Ain - Siège social: 11, rue des Dîmes
01000 BOURG-EN-BRESSE
Tél. : 04.74.23.07.14 ; Fax : 04.74.24.61.31
mailto:ain@01.medecin.fr

02- Aisne - Siège social : 26, rue des Cordeliers,
02000 LAON,
Tél. : 03.23.20.28.41, Fax : 03.23.20.23.94
mailto:aisne@02.medecin.fr

France

03 - Allier - Siège social: B.P. 2724
03207 VICHY CEDEX
Tél. : 04.70.98.20.52, Fax : 04.70.31.18.26
allier@03.medecin.fr

04 - Alpes-de-Haute-Provence - Siège social : L'Etoile des Alpes
Entrée C, Traverse des Eaux-Chaudes
04000 DIGNE-LES-BAINS
Tél. : 04.92.31.17.39, Fax : 04.92.31.42.28.
alpes-haute-provence@04.medecin.fr

05 - Hautes-Alpes - Siège social : « Le Rive Gauche » A
33, Bd G. Pompidou
05000 GAP CEDEX
Tél. : 04.92.53.85.29, Fax : 04.92.53.49.66
hautes-alpes@05.medecin.fr

06 - Alpes-Maritimes - Siège social: "Le Jersey"
33 avenue George V
06000 NICE
Tél. : 04.93-81-78-78, Fax : 04.93.53.57.44
alpes-maritimes@06.medecin.fr

07 - Ardèche - Siège social : Résidence "Le Parc"
35, rue Georges Couderc
07200 AUBENAS
Tél. : 04.75.93.80.68, Fax : 04.75.35.51.34
ardeche@07.medecin.fr

08 - Ardennes - Siège social : 15, rue Payer Guillemain
B.P 244
08102 CHARLEVILLE-MEZIERES Cedex
Tél. : 03.24.33.33.63, Fax : 03.24.56.30.35.
ardennes@08.medecin.fr

09 - Ariège - Siège social : 24, rue d'Albret
09000 FOIX
Tél. : 05.61.65.07.56, Fax : 05.61.65.65.09.
ariego@09.medecin.fr

10 - Aube - Siège social : 42, rue de la Paix
10000 TROYES
Tél. : 03.25.73.64.39, Fax : 03.25.73.15.70.
aube@10.medecin.fr

11 - Aude - Siège social : 3 boulevard du Commandant Roumens
11000 CARCASSONNE
Tél. : 04.68.25.95.98, Fax : 04.68.25.52.63.
aude@11.medecin.fr

France

12- Aveyron - Siège social : « Le Jardin des Espérides »
1 bd Denys-Puech
12000 RODEZ
Tél. : 05.65.78.73.00., Fax : 05.65.78.73.11.
Lundi au Jeudi 10h-12h; Vendredi 14h-16h.
aveyron@12.medecin.fr

13 - Bouches du Rhône - Siège social : 555, avenue du Prado
13008 MARSEILLE
Tél. : 04.96.10.10.20, Fax : 04.96.10.10.26.
bouches-du-rhone@13.medecin.fr

14 - Calvados - Siège social : 13 rue Leverrier
14000 CAEN
Tél. : 02.31.86.38.28, Fax : 02.31.38.29.01.
calvados@14.medecin.fr

15 - Cantal - Siège social : 18, rue Jean-Baptiste Rames
15000 AURILLAC
Tél. : 04.71.64.23.00, Fax : 04 71 43 26 85
cantal@15.medecin.fr

16 - Charente - Siège social : 23, rue Leyssenot
16160 LE GOND PONTOUVRE
Tél. : 05.45.93.90.90, Fax : 05.45.93.90.91
charente@16.medecin.fr

17 - Charente Maritime - Siège social : 16, rue des Albatros
B.P 37
17301 ROCHEFORT CEDEX
Tél. : 05.46.84.66.54, Fax : 05.46.84.13.15.
charente-maritime@17.medecin.fr

18 - Cher - Siège social : 8, rue Guillaume de Varye
18000 BOURGES
Tél. : 02.48.65.35.58, Fax : 02.48.65.36.43
cher@18.medecin.fr

19 - Corrèze - Siège social : B.P 512
19015 TULLE CEDEX
Tél. : 05.55.20.18.22, Fax : 05.55.20.92.81
correze@19.medecin.fr

20 - Corse-du-Sud - Siège social : Villa Merimée
9 cours Grandval
20000 AJACCIO
Tél. : 04.95.21.65.11, Fax : 04.95.21.92.33.
corse-sud@20.medecin.fr

20 - Haute-Corse - Siège social : Résidence l'Aiglon
Bât. B, rue Capanelles
20200 BASTIA
Tél. : 04.95.31.21.40, Fax : 04.95.31.05.04.
haute-corse@20.medecin.fr

France

- 21 - Côte-d'Or** - Siège social : 7 bd Rembrandt
Immeuble Apogée C
21000 DIJON
Tél. : 03.80.60.92.00, Fax : 03.80.70.92.62.
cote-or@21.medecin.fr
- 22 - Côtes-d'Armor** - Siège social : 14 rue du 71ème R.I
B.P. 4434
22044 SAINT-BRIEUC CEDEX 2
Tél. : 02.96.33.08.54, Fax : 02.96.62.17.07.
cotes-armor@22.medecin.fr
- 23 - Creuse** - Siège social : 12, avenue Pierre Mendes-France
23000 GUERET
Tél. : 05.55.52.34.41, Fax : 05.55.52.28.25.
creuse@23.medecin.fr
- 24 - Dordogne** - Siège social : rue des Thermes
résidence les Cordeliers
24000 PERIGUEUX
Tél. : 05 53 05 79 50, Fax : 05.53.04.30.85.
dordogne@24.medecin.fr
- 25 - Doubs** - Siège social : 12 A, rue du Professeur Paul Milleret
25000 BESANÇON
Tél. : 03.81.81.13.88, Fax : 03.81.81.60.71
doubs@25.medecin.fr
- 26 - Drôme** - Siège social : 138, avenue de la Libération
26000 VALENCE
Tél. : 04.75.41.00.41, Fax : 04.75.41.01.23
drome@26.medecin.fr
- 27 - Eure** - Siège social : 10, rue du clos de la Noe, Melleville
27930 GUICHAINVILLE
Téléphone : 02 32 28 01 83 ou 01 84 ; Fax : 02 32 28 41 39
eure@27.medecin.fr
- 28 - Eure-et-Loir** - Siège social : 5, rue Charles Victor Garola
28000 CHARTRES
Tél. : 02 37 21 87 21 ; Fax : 02 37 21 91 23
eure-et-loir@28.medecin.fr
- 29 - Finistère** - Siège social : 34, Quai de la Douane
29200 BREST
Tél. : 02.98.80.06.16, Fax : 02.98.46.27.59
finistere@29.medecin.fr
- 30 - Gard** - Siège social : Maison des Professions Libérales
Parc Georges Besse
30035 NIMES CEDEX 1
Tél. : 04.66.04.91.13, Fax : 04.66.04.91.14
gard@30.medecin.fr

France

31 - Haute-Garonne - Siège social : ZAC la Plaine
9 avenue Jean Gonord
31005 TOULOUSE
Tél. : 05 62 71 65 50, Fax : 05 61 20 01 11
haute-garonne@31.medecin.fr

32 - Gers - Siège social : Centre Lorraine
55 rue de Lorraine
32000 AUCH
Tél. : 05.62.05.74.10, Fax : 05.62.05.03.39
gers@32.medecin.fr

33 - Gironde - Siège social : 160 rue du Palais Gallien
33000 BORDEAUX
Tél. : 05.56.00.02.10, Fax : 05.56.00.02.11
gironde@33.medecin.fr

34 - Hérault - Siège social : Maison des Professions Libérales
B.P 58, 285 rue Alfred Nobel
34935 MONTPELLIER CEDEX 9
Tél. : 04 67 15 66 70, Fax : 04.67.22.49.69
herault@34.medecin.fr

35 - Ille-et-Vilaine - Siège social : 4 cours Raphael Binet
CS 96 551, 35065 RENNES CEDEX
Tél. : 02.99.67.45.45, Fax : 02.99.67.45.46
ille-et-vilaine@35.medecin.fr

36 - Indre - Siège social : 12, Place Saint-Cyran
36000 CHATEAUROUX
Tél. : 02.54.34.36.91., Fax : 02.54.08.61.
indre@36.medecin.fr

37 - Indre-et-Loire - Siège social : 11, rue de Constantine
37000 TOURS
Tél. : 02.47.61.25.12, Fax : 02.47.61.87.24
indre-et-loire@37.medecin.fr

38 - Isère - Siège social : 1 A, boulevard de la Chantourne
38700 LA TRONCHE
Tél. : 04.76.51.56.00., Fax : 04.76.63.84.97
isere@38.medecin.fr

39 - Jura - Siège social : 11, chemin de Pavigny
39000 LONS-LE-SAUNIER
Tél. : 03.84.47.25.97., Fax : 03.84.24.55.11
jura@39.medecin.fr

40 - Landes - Siège social : Domus Medica
33, boulevard de Candau
40000 MONT-DE-MARSAN
Tél. : 05.58.75.09.62., Fax : 05.58.75.94.54
landes@40.medecin.fr

France

41 - Loir-et-Cher - Siège social : 1, rue du Colonel de Montlaur
41000 BLOIS
Tél. : 02.54.78.13.28., Fax : 02.54.78.14.59
loir-et-cher@41.medecin.fr

42 - Loire - Siège social : 17, boulevard Pasteur
42000 SAINT-ETIENNE
Tél. : 04.77.59.11.11., Fax : 04.77.57.04.27
loire@42.medecin.fr

43 - Haute-Loire - Siège social : 10, rue de la Roche Arnaud
43000 LE PUY-EN-VELAY
Tél. : 04.71.09.08.82
haute-loire@43.medecin.fr

44 - Loire-Atlantique - Siège social : 8 rue du Cherche Midi
BP 27504
44275 NANTES CEDEX 02
Tél. : 02.40.20.18.50, Fax : 02.40.20.59.62
loire-atlantique@44.medecin.fr

45 - Loiret - Siège social : 122 bis, Faubourg St Jean
45000 ORLEANS
Tél. : 02.38.88.50.13, Fax : 02.38.88.32.65
loiret@45.medecin.fr

46 - Lot - Siège social : 111 rue de la Chartreuse
46000 CAHORS
Tél. : 05.65.35.55.05, Fax : 05.65.35.55.21
lot@46.medecin.fr

47 - Lot et Garonne - Siège social : Tour Victor Hugo
50, Bd Carnot
47000 AGEN
Tél. : 05.53.66.38.77, Fax : 05.53.66.21.80
lot-et-garonne@47.medecin.fr

48 - Lozère - Siège social : 13, Bd Henri Bourrillon
48000 MENDE
Tél. : 04.66.49.27.17, Fax : 04.66.65.14.15
lozere@48.medecin.fr

49 - Maine et Loire - Siège social : 122 rue du Château d'Orgemont
49000 ANGERS
Tél. : 02.41.44.43.43., Fax : 02.41.47.23.23
maine-et-loire@49.medecin.fr

50 - Manche - Siège social : 16, rue Alfred Dussaux
B.P. 381
50001 SAINT-LO CEDEX
Tél. : 02.33.57.04,77, Fax : 02.33.57.43.02
manche@50.medecin.fr

51 - Marne - Siège social : 3, rue de la Potière
51450 BETHENY
Tél. 03.26.06.52.33, Fax 03.26.09.04.37
marne@51.medecin.fr

France

- 52 - Haute-Marne** - Siège social : 3 rue du Docteur Michel
52000 CHAUMONT
Tél. : 03.25.30.31.15. Fax : 03.25.30.31.17
haute-marne@52.medecin.fr
- 53 - Mayenne** - Siège social : TECHNOLIS IV
Bâtiment J - rue Louis de Broglie
53810 CHANGE LES LAVAL
Tél. : 02.43.53.41.34, Fax : 02.43.67.09.97
mayenne@53.medecin.fr
- 54 - Meurthe et Moselle** - Siège social : 4, allée de Saint-Cloud
54600 VILLERS-LES-NANCY
tél. : 03.83.40.35.01, télécopie : 03.83.40.35.25
meurthe-moselle@54.medecin.fr
- 55 - Meuse** - Siège social : 45 rue Oudinot
55000 BAR LE DUC
Tél. : 03.29.45.56.13. Fax : 03.29.77.28.31
meuse@55.medecin.fr
- 56 - Morbihan** - Siège social : Les terrasses de Bernus
2 rue de Normandie
56000 VANNES
Tél. : 02.97.63.01.07 , Fax : 02.97.63.80.77
morbihan@56.medecin.fr
- 57 - Moselle** - Siège social : 2 A, rue Robert SCHUMAN
57050 LONGEVILLE-LES-METZ
Tél. : 03.87.31.96.96, Fax : 03.87.32.39.51
moselle@57.medecin.fr
- 58 - Nièvre** - Siège social : 16 bis, Boulevard de Coubertin
58000 NEVERS
Tél. : 03.86.61.25.39., Fax : 03.86.59.09.37
nievre@58.medecin.fr
- 59 - Nord** - Siège social : 2, rue de la Collégiale
59043 LILLE CEDEX
Tél. : 03.20.31.10.23, Fax : 03.20.15.04.77
nord@59.medecin.fr
- 60 - Oise** - Siège social : 577 rue de la Croix Verte - 1er étage
60600 AGNETZ
Tél. : 03.44.78.11.50, Fax : 03.44.50.35.09
oise@60.medecin.fr
- 61 - Orne** - Siège social : 29, bis rue de la Demi-Lune
61000 ALENÇON
Tél.. 02.33.80.46.91, Fax : 02.33.80.46.92
orne@61.medecin.fr
- 62 - Pas-de-Calais** - Siège social: 44 rue Louis Blanc, B.P 132
62403 BETHUNE CEDEX
Tél. : 03.21.63.41.80, Fax : 03.21.63.41.89
pas-de-calais@62.medecin.fr

France

63 - Puy-de-Dôme - Siège social: 13, Cours Sablon, BP 266
63007 CLERMONT-FERRAND Cedex 1
Tél. : 04.73.92.88.74, Fax : 04.73.92.88.32
puy-de-dome@63.medecin.fr

64- Pyrénées Atlantiques - Siège social: Complexe de la République
rue Carnot
64000 PAU
Tél. : 05.59.27.85.65, Fax : 05.59.83.79.88
pyrenees-atlantiques@64.medecin.fr

65- Hautes-Pyrénées - Siège social : Résidence PERE
6 rue Georges Magnoac
65000 TARBES
Tél. : 05.62.93.13.19., Fax : 05.62.93.12.27
hautes-pyrenees@65.medecin.fr

66- Pyrénées-Orientales - Siège social : 17, bd Kennedy
66100 PERPIGNAN
Tél. : 04.68.35.32.33, Fax : 04.68.34.96.40
pyrenees-orientales@66.medecin.fr

67- Bas-Rhin - Siège social : 8, rue de Londres
67000 STRASBOURG
Tél. : 03.88.61.56.12, Fax : 03.88.61.01.42
bas-rhin@67.medecin.fr

68- Haut-Rhin - Siège social : 8, rue Schlumberger
68000 COLMAR
Tél. : 03.89.41.24.40, Fax : 03.89.23.46.61
haut-rhin@68.medecin.fr

69- Rhône - Siège social : 94
rue Servient, 69003 LYON
Tél. : 04.72.84.95.60., Fax : 04.72.84.95.69
rhone@69.medecin.fr

70- Haute-Saône - Siège social : Le Galaxy 1
Zone Technologia, 6 rue Victor Dollé
70000 VESOUL
Tél. : 03.84.76.41.38, Fax : 03.84.75.58.44.
haute-saone@70.medecin.fr

71- Saône-et-Loire - Siège social : 6
Carrefour de l'Europe
71000 MACON
Tél. : 03.85.38.16.49, Fax : 03.85.38.90.67
saone-et-loire@71.medecin.fr

72- Sarthe - Siège social : 8,rue Erpell
72000 LE MANS
Tél. : 02.43.23.25.80, Fax : 02.43.28.48.87
sarthe@72.medecin.fr

France

73- Savoie - Siège social : L'Atrium, Bât D
Avenue Louis Domenget
73190 Challes les Eaux
Tél. : 04.79.71.79.00, Fax : 04.79.71.79.01
savoie@73.medecin.fr

74- Haute-Savoie - Siège social : 10, avenue du Rhône, B.P. 292
74007 ANNECY CEDEX
Tél. : 04.50.51.78.18, Fax : 04.50.45.51.55
haute-savoie@74.medecin.fr

75- Paris - Siège social : 14, rue Euler
75008 PARIS
Tél. : 01.44.43.47.00, Fax : 01.47.20.57.40
paris@75.medecin.fr

76 - Seine-Maritime - Siège social : 44, rue Jeanne d'Arc, B.P. 135
76002 ROUEN CEDEX
Tél. : 02.35.71.02.18., Fax : 02.35.89.59.25
seine-maritime@76.medecin.fr

77 - Seine-et-Marne - Siège social : 11, Boulevard de l'Almont
77000 MELUN
Tél. : 01.64.52.15.45., Fax : 01.64.09.63.63
seine-et-marne@77.medecin.fr

78 - Yvelines - Siège social : 16, boulevard de la Reine
78000 VERSAILLES
Tél. : 01.30.83.00.33, Fax : 01.30.83.00.34
yvelines@78.medecin.fr

79 - Deux-Sèvres - Siège social : Domus Médica
2, place Saint-Jean
79000 NIORT
Tél. : 05.49.24.75.17, Fax : 05.49.24.43.95
deux-sevres@79.medecin.fr

80 - Somme - Siège social : Vallée des vignes
Bâtiment le Tanin, 34 avenue d'Allemagne
80090 Amiens
Tél. : 03.22.33.07.42, Fax : 03.22.89.67.59
somme@80.medecin.fr

81 - Tarn - Siège social : 3 rue Saint Antoine
81000 ALBI
Tél. : 05 63.54.08.86, Fax : 05 63.38.44.21
tarn@81.medecin.fr

82 - Tarn-et-Garonne - Siège social : 14, rue J.U. Devals
82000 MONTAUBAN
Tél. : 05.63.66.04.64, Fax : 05.63.03.00.70
tarn-et-garonne@82.medecin.fr

France

83 - Var - Siège social : Le Kallisté Bât.D.
Boulevard Charles-Barnier
83000 TOULON
Tél. : 04.94.09.02.39, Fax : 04 94 09 46 32
var@83.medecin.fr

84 - Vaucluse - Siège social : 1898 Route de Morières, R.N. 100
84000 AVIGNON
Tél. : 04.90.03.64.30, Fax : 04.90.03.64.31
vaucluse@84.medecin.fr

85 - Vendée - Siège social : Résidence Lyautey
6, Place de la Vendée
85000 LA ROCHE-SUR-YON
Tél. : 02.51.37.06.85., Fax : 02.51.37.51.63
vendee@85.medecin.fr

86 - Vienne - Siège social : 14 rue de Beaupré
86280 SAINT BENOIT
Tél. : 05.49.61.61.00, Fax : 05.49.61.61.01
vienne@86.medecin.fr

87 - Haute-Vienne - Siège social : 19, rue Cruveilhier
87000 LIMOGES
Tél. : 05.55.77.17.82, Fax : 05.55.77.17.39
haute-vienne@87.medecin.fr

88 - Vosges - Siège social : Domus Médica
22 allée des Noisetiers,
88000 EPINAL
Tél. : 03.29.31.18.78, Fax : 03.29.34.01.59
vosges@88.medecin.fr

89 - Yonne - Siège social : 2 Carré du Puits aux Dames B.P. 383
89006 AUXERRE CEDEX
Tél. : 03.86.72.98.98 Fax : 03.86.72.98.99
yonne@89.medecin.fr

90 - Territoire-de-Belfort - Siège social : Domus Medica
3, rue Strolz
90000 BELFORT
Tél. : 03.84.22.16.96. Fax : 03.84.28.61.03
territoire-de-belfort@90.medecin.fr

91 - Essonne - Siège social : Chemin des Mozards
91100 CORBEIL ESSONNES
Tél. : 01.60.90.82.82., Fax : 01.60.88.97.28
essonne@medecin.fr

92 - Hauts-de-Seine - Siège social : 35, rue du Bac
92600 ASNIERES SUR SEINE
Tél. : 01.47.33.55.35, Fax : 01.47.91.38.68
hauts-de-seine@92.medecin.fr

France

93 - Seine-Saint-Denis - Siège social : 2, rue Adèle
93250 VILLEMOMBLE
Tél. : 01.45.28.08.64, Fax : 01.48.94.35.50
seine-st-denis@93.medecin.fr

94 - Val-de-Marne - Siège social : 4, rue Octave-du-Mesnil
94000 CRETEIL
Tél. : 01.42.07.78.66, Fax : 01.49.81.06.96
val-de-marne@94.medecin.fr

95 - Val-d'Oise - Siège social : 16, avenue Voltaire
95600 EAUBONNE
Tél. : 01.39.59.57.63 Fax : 01.39.59.78.55
val-oise@95.medecin.fr

971 - Guadeloupe - Siège social : Espace Rocade - Grand Camp
97142 LES ABYMES
Tél. 05 90.82.31.07., Fax : 05 90.83.81.43
guadeloupe@971.medecin.fr

972 - Martinique - Siège social : 80, rue de la République
97200, FORT-DE-France
Tél. : 0596.63.27.01., Fax : 0596.60.58.00
martinique@972.medecin.fr

973 - Guyane - Siège social : 12 Lot. Montjoyeux - Chemin Grant
BP 547
97333 CAYENNE CEDEX
Tél. : 05 94.31.28.78. Fax : 05 94.31.39.34
guyane@973.medecin.fr

974 - La Réunion - Siège social : 2, Résidence Halley,
Bât. A4, rue Camille-Vergoz
97400 ST-DENIS
Tél. : 02 62.20.11.58. Fax. 02 62.21.08.02
reunion@974.medecin.fr

976 - Mayotte Siège social : BP 675 KAWENI
97600 MAMOUDZOU
Tél. : 02.69.61.02.47 Fax : 02.69.61.36.61
odm.may@wanadoo.fr

98601 - Polynésie Française - Siège social : B.P. 1362
98713 PAPEETE
Tél. et Fax : 00. 689.43.81.80
ord.med.pf@mail.pf

ORGANE TERRITORIAL

98607 – Nouvelle Calédonie - Siège social: B.P. 3864
98607 NOUMEA
Tél. : 00 687.28.29.26. Fax : 00. 687.28.58.70
cnom@ordmed.nc

DELEGATION

97500 - Saint-Pierre-et-Miquelon - Siège Social: Préfecture B.P 4200
97500 SAINT-PIERRE-ET MIQUELON,
Tél. : 00. 508.41.43.85., Fax : 00. 508.41.34.55

4. Procédure

A la réception de la demande, le président du conseil départemental désigne un rapporteur parmi les membres du conseil. Ce rapporteur procède à l'instruction de la demande et fait un rapport écrit.

Le conseil vérifie les titres du candidat et demande communication du bulletin n° 2 du casier judiciaire de l'intéressé. Il refuse l'inscription si le demandeur ne remplit pas les conditions nécessaires de moralité et d'indépendance ou s'il est constaté au vu d'un rapport d'expertise⁴¹, une infirmité ou un état pathologique incompatible avec l'exercice de la profession. Cette expertise est ordonnée par le conseil départemental par une décision non susceptible de recours.

Enfin, le médecin qui demande son inscription au tableau doit faire la preuve d'une connaissance suffisante de la langue française. Si celle-ci ne résulte pas du dossier accompagnant la demande d'inscription, la vérification est faite par le médecin-inspecteur départemental de la Santé⁴².

Par ailleurs, un médecin ne peut être inscrit ou enregistré en qualité de médecin dans deux Etats différents exceptés s'il s'agit d'Etats de l'Union européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen⁴³.

5. Délais

Le Conseil départemental doit statuer sur la demande d'inscription dans un délai maximum de trois mois à compter de la réception de la demande accompagnée d'un dossier complet⁴⁴. L'absence de réponse dans le délai imparti constitue une décision implicite de rejet⁴⁵. Ce délai est suspendu :

- pendant trois mois s'il y a lieu de consulter un Etat membre ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen sur l'existence de faits graves et précis, susceptibles d'avoir des conséquences sur l'inscription commis hors de France par le médecin ressortissant européen candidat à l'inscription ;
- pendant six mois, s'il y a lieu de faire des recherches hors de la France métropolitaine ;
- jusqu'à remise du rapport de l'expertise demandée. La décision est prise par le conseil départemental réuni en séance plénière.

6. Décision et possibilité de recours

Aucune décision de refus d'inscription ne peut être prise sans que l'intéressé ait été invité quinze jours au moins à l'avance par lettre recommandée avec demande d'avis de réception à comparaître devant le conseil pour y présenter ses explications. La décision de refus est motivée⁴⁶.

Les décisions d'inscription ou de refus d'inscription sont notifiées à l'intéressé dans la semaine qui suit la décision du conseil, par lettre recommandée avec demande d'avis de

⁴¹ Réalisée dans les conditions prévues à l'article R. 4124-3 du Code de la Santé publique.

⁴² Article R. 4112-2 du Code de la Santé publique.

⁴³ Article L. 4112-1 du Code de la Santé publique.

⁴⁴ Article L. 4112-3 du Code de la Santé publique.

⁴⁵ Article L. 4112-4 du Code de la Santé publique.

⁴⁶ Article R. 4112-2 du Code de la Santé publique.

France

réception. Ces décisions sont également notifiées sans délai et dans la même forme au Conseil national et au préfet.

La notification mentionne que le recours contre ces décisions doit être porté devant le conseil régional ou interrégional dans le ressort duquel se trouve le conseil départemental qui s'est prononcé sur la demande d'inscription, dans un délai de trente jours. Elle indique en outre que le recours n'a pas d'effet suspensif⁴⁷.

B. Liberté de prestation de services

1. Conditions pour l'autorisation à la prestation des services

Le médecin ressortissant d'un Etat, membre de la Communauté européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen, qui est établi et exerce légalement l'activité de médecin dans un Etat, membre ou partie, peut exécuter en France, de manière temporaire et occasionnelle, des actes de sa profession sans être inscrit au tableau de l'ordre correspondant. L'exécution de ces actes est subordonnée à une déclaration préalable, qui est accompagnée de pièces justificatives dont la liste est fixée par arrêté du ministre chargé de la santé (voir point B. 2.).

Le prestataire doit posséder les connaissances linguistiques nécessaires à la réalisation de la prestation⁴⁸.

Le médecin, prestataire de services, est tenu de respecter les règles professionnelles applicables en France et est soumis à la juridiction disciplinaire compétente.

Lorsque le titre de formation ne bénéficie pas d'une reconnaissance, les qualifications professionnelles du prestataire sont vérifiées avant la première prestation de services. En cas de différence substantielle entre les qualifications du prestataire et la formation exigée en France, de nature à nuire à la santé publique, les autorités compétentes demandent au prestataire d'apporter la preuve qu'il a acquis les connaissances et compétences manquantes, notamment au moyen de mesures de compensation.

Le médecin peut faire usage de son titre de formation dans la langue de l'Etat qui le lui a délivré. Il est tenu de faire figurer le lieu et l'établissement où il l'a obtenu.

La prestation est réalisée sous le titre professionnel français de médecin. Toutefois, lorsque le titre de formation ne bénéficie pas d'une reconnaissance et dans le cas où les qualifications n'ont pas été vérifiées, la prestation est réalisée sous le titre professionnel de l'Etat d'établissement rédigé dans l'une des langues officielles de cet Etat⁴⁹.

2. Demande et son contenu

La déclaration⁵⁰ prévue est, sous réserve des cas d'urgence précédemment exposés, adressée avant la première prestation de services au conseil national de l'ordre de la profession concernée⁵¹.

⁴⁷ Article R. 4112-4 du Code de la Santé publique.

⁴⁸ Article R. 4112-10 du Code de la Santé publique.

⁴⁹ Article L. 4112-7 du Code de la Santé publique.

⁵⁰ Contenu précisé par l'arrêté du 25 octobre 2007 relatif à la déclaration préalable prévue à l'article R. 4112-9 du Code de la Santé publique.

⁵¹ Article R. 4112-9 du Code de la Santé publique.

France

Elle comporte des informations relatives à l'état civil, à la nationalité, à la légalité de l'établissement de l'Etat membre d'origine ou de sa provenance, à l'absence d'interdiction, même temporaire, d'exercer, aux qualifications professionnelles, à l'assurance professionnelle et au lieu d'exécution de la première prestation de services ainsi que la liste des pièces justificatives qui l'accompagnent⁵².

FORMULAIRE DE DÉCLARATION (1)

1. Cette déclaration concerne

Une première prestation de services en France (veuillez compléter les points 2 à 5 et le point 7).
Un renouvellement annuel (2) (veuillez compléter les points 2 à 6 et le point 7).
Un changement relatif à la situation du prestataire (veuillez compléter les points 2 et 5).

2. Identité du demandeur

2.1. Nom(s) :
2.2. Prénom(s) :
2.3. Nationalité(s) :
2.4. Sexe : Masculin Féminin
2.5. Date de naissance :
2.6. Lieu de naissance : Ville :
2.6. Lieu de naissance : Pays :
2.7. Coordonnées dans l'Etat d'établissement, membre de l'Union européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen (obligatoire) :
Adresse :
Téléphone (avec les préfixes) :
Courrier électronique :
2.8. Coordonnées en France (facultatif) :
Adresse :
Téléphone :
Courrier électronique :

3. Profession concernée

3.1. Profession exercée (3) dans l'Etat d'établissement, membre de l'Union européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen (4)
Précisez la spécialité :
Profession pour laquelle vous demandez l'accès en France :
Précisez la spécialité :
Indiquez les types d'actes envisagés (facultatif) :
3.2. Faites-vous partie d'un ordre professionnel ou d'un organisme équivalent (5) ?
Oui Non
Si oui, veuillez indiquer ses nom et coordonnées, ainsi que votre numéro d'enregistrement :

⁵²

Article R. 4112-9 alinéa 3 du Code de la Santé publique.

France

4. Assurance professionnelle

Couverture d'assurance au titre de la responsabilité civile ou autres moyens de protection personnelle ou collective concernant la responsabilité professionnelle pour les actes que vous allez pratiquer sur le territoire français (6).

Nom de la compagnie d'assurances :

Numéro du contrat :

Important : si le prestataire exerçant à titre libéral n'a pas de couverture d'assurances, il est tenu d'en souscrire une en application des dispositions de l'article L. 1142-2 du code de la santé publique. S'il n'exerce pas à titre libéral, il est tenu de vérifier l'étendue de la garantie souscrite par son employeur.

Commentaires éventuels :

5. Justificatifs joints à cette déclaration

Photocopie d'une pièce d'identité. A compléter, si cette pièce ne le prévoit pas, d'un document attestant la nationalité du demandeur.

Photocopie du ou des titres de formation.

Attestation de l'autorité compétente de l'Etat d'établissement, membre de l'Union européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen, certifiant que l'intéressé est légalement établi dans cet Etat et qu'il n'encourt, lorsque l'attestation est délivrée, aucune interdiction même temporaire d'exercer.

6. Informations à fournir en cas de renouvellement (7)

6.1. Durant quelle(s) période(s) avez-vous presté des services en France ?

Du // au //

Du // au //

Du // au //

Du // au //

Commentaires éventuels :

6.2. Veuillez indiquer les activités professionnelles exercées durant les périodes où vous prestiez des services.

7. Autres observations

Date :

Signature :

(1) Veuillez conserver la copie de cette déclaration. Elle vous sera demandée lors de prestations futures. (2) Veuillez joindre une copie de la déclaration précédente ainsi que de la première déclaration effectuée. (3) Veuillez indiquer l'intitulé de la profession dans la langue de l'Etat, membre ou partie, où vous êtes établi(e) ainsi que dans la langue de l'Etat membre d'accueil. (4) (5) (6) Dans le cas d'établissement multiple, veuillez compléter les informations correspondant à chacun des Etats, membres ou parties, où vous êtes établi(e). (7) Ces informations seront conservées par l'autorité compétente pour assurer le suivi de la prestation de services. La loi n° 78-17 du 6 janvier 1978 relative à l'informatique, aux fichiers et aux libertés s'applique aux réponses faites sur ce formulaire. Elle garantit un droit d'accès et de rectification pour les données à caractère personnel vous concernant auprès de l'organisme qui a traité votre demande. Toute fausse déclaration est passible de sanctions pénales (art. 441-1 du code pénal).

3. Autorité compétente

La déclaration doit être adressée au Conseil national de l'Ordre des médecins.

[Conseil National de l'Ordre des Médecins](http://www.conseil-national.medecin.fr)⁵³

Boulevard Haussmann

75008 PARIS

Tél : 01 53 83 32 00

conseil-national@cn-medecin.fr

Elle est renouvelable tous les ans. En cas de changement de la situation du demandeur telle qu'établie par les documents joints, il déclare ces modifications et joint les pièces nécessaires⁵⁴.

4. Procédure

Le Conseil national de l'ordre peut demander au prestataire de services d'apporter la preuve par tous moyens qu'il possède la connaissance de la langue française nécessaire à l'exercice de la profession et peut entendre l'intéressé⁵⁵.

Le conseil de l'ordre qui examine les qualifications professionnelles du prestataire peut, dans un délai d'un mois, demander un complément d'informations au prestataire ou à l'autorité compétente de l'Etat d'établissement⁵⁶.

En cas de différences substantielles entre les qualifications professionnelles du prestataire et la formation exigée en France, le Conseil national de l'ordre demande à l'intéressé de démontrer qu'il a acquis les connaissances et compétences manquantes, notamment en le soumettant à une épreuve d'aptitude. S'il satisfait à cette mesure, la prestation peut commencer. Dans le cas contraire, le Conseil national de l'ordre l'informe qu'il ne peut réaliser de prestation de services.

Le prestataire est informé du délai dans lequel interviendra la décision, qui ne peut excéder un mois.

5. Délais

Dans le délai d'un mois à compter de la réception de la déclaration complète, le Conseil national de l'ordre informe le prestataire du résultat de l'examen de ses qualifications professionnelles et le cas échéant, du résultat du contrôle de ces dernières⁵⁷.

6. Décision et possibilité de recours

Le conseil de l'ordre enregistre le prestataire de services sur une liste particulière. Cet enregistrement est dispensé de cotisation. Le conseil de l'ordre adresse au demandeur, dans un délai d'un mois, un récépissé comportant son numéro d'enregistrement, mentionnant, s'il

⁵³ <http://www.conseil-national.medecin.fr/>

⁵⁴ Article R. 4112-9 du Code de la Santé publique.

⁵⁵ Article R. 4112-10 du Code de la Santé publique.

⁵⁶ Article R. 4112-9 *in fine* du Code de la Santé publique

⁵⁷ Article R. 4112-9 alinéa 4 du Code de la Santé publique.

y a lieu, la ou les spécialités correspondant aux qualifications professionnelles qu'il a déclarées et précisant l'organisme national d'assurance maladie compétent⁵⁸.

7. Effets de l'autorisation

Le prestataire de services informe préalablement l'organisme national d'assurance maladie compétent de sa prestation de services par l'envoi d'une copie du récépissé susmentionné ou par tout autre moyen⁵⁹.

C. Quelques informations supplémentaires sur les sociétés professionnelles

Les médecins peuvent se grouper soit en vue d'exercer leur profession soit dans le but de mettre en commun les moyens nécessaires à l'exercice de cette profession.

Le contrat d'exercice en commun conclu dans le but de faciliter l'exercice de leur profession permet à des médecins de même spécialité ou à des généralistes de partager leurs honoraires. Les statuts d'une société civile professionnelle, d'une société d'exercice libéral ou d'une société en participation des professions libérales peuvent contenir une telle clause. Ces sociétés doivent être inscrites à un tableau de l'ordre⁶⁰. Le conseil départemental de l'ordre statue sur la demande d'inscription dans un délai maximum de trois mois à compter de la réception de la demande accompagnée d'un dossier complet⁶¹. L'inscription ne peut être refusée que si les statuts déposés ne sont pas conformes aux dispositions législatives et réglementaires, et notamment au code de déontologie⁶².

La décision de refus d'inscription est motivée. Elle est notifiée, par lettre recommandée avec demande d'avis de réception à chacun des intéressés. Elle ne peut être prise qu'après que les intéressés ont été appelés à présenter au conseil de l'ordre toutes explications orales ou écrites.

Si l'inscription est prononcée, notification en est faite à chacun des associés.

Le conseil départemental notifie sans délai une copie de la décision ou l'avis de l'inscription au préfet du département, au Conseil national de l'ordre et aux organismes d'assurance maladie du régime général, de la mutualité sociale agricole et du régime des travailleurs non salariés des professions non agricoles ayant compétence dans le département⁶³.

Les décisions du conseil départemental en matière d'inscription au tableau des sociétés civiles professionnelles sont susceptibles de recours devant le conseil régional ou inter-régional dans le ressort duquel se trouve le conseil départemental qui s'est prononcé sur la demande d'inscription, dans un délai de trente jours⁶⁴. Le recours n'a pas d'effet suspensif.

⁵⁸ Article R. 4112-9 alinéa 9 du Code de la Santé publique.

⁵⁹ Art. 4112-11 du Code de la Santé publique.

⁶⁰ Article R. 4113-28 du Code de la Santé publique.

⁶¹ Article R. 4113-30 du Code de la Santé publique.

⁶² Article R. 4113-31 du Code de la Santé publique.

⁶³ Article R. 4113-32 du Code de la Santé publique.

⁶⁴ Article R. 4113-33 du Code de la Santé publique.

D. Remarques complémentaires

Concernant la reconnaissance de la formation professionnelle entamée en Suisse par un ressortissant suisse titulaire d'un diplôme de second cycle en vue de poursuivre cette formation en France et de la voir sanctionner en France par un diplôme de troisième cycle, il faut se référer aux dispositions du décret n° 2004-67 du 7 janvier 2004 relatif à l'organisation du troisième cycle des études médicales.

L'article 4 de ce décret précise que des épreuves classantes permettent à tous les candidats ayant validé le deuxième cycle des études médicales en France ainsi que les étudiants ressortissants des Etats membres de la Communauté européenne et de la Confédération suisse, notamment, titulaires de diplômes de fin de deuxième cycle des études médicales ou d'un titre équivalent délivré par l'un de ces Etats d'obtenir une affectation en qualité d'interne. Par conséquent, d'après les informations obtenues auprès du ministère de l'enseignement supérieur, il n'est pas possible de reconnaître le commencement de la formation professionnelle à l'étranger dans la mesure où cela conduirait à créer un moyen parallèle d'intégrer une spécialité sans passer par le classement des épreuves.

ITALIE

I. INTRODUZIONE

A. Fonti normative

Due sono, ad oggi, le principali fonti normative della regolamentazione italiana dell'esercizio, in Italia, della professione di **medici** da parte di chi è in possesso di un **titolo estero**:

- **Decreto legislativo 9 novembre 2007 n. 206** recante "Attuazione della direttiva 2005/36 CE relativa al riconoscimento delle qualifiche professionali, nonché della direttiva 2006/100/CE che adegua determinate direttive sulla libera circolazione delle persone a seguito dell'adesione della Bulgaria e Romania" (qui di seguito: "**D. Lgs. 206/2007**")⁶⁵.
- **Decreto Legislativo 17 agosto 1999, n. 368** recante "Attuazione della direttiva 93/16/CEE in materia di libera circolazione dei **medici** e di reciproco riconoscimento dei loro diplomi, certificati ed altri titoli e delle direttive 97/50/CE, 98/21/CE, 98/63/CE e 99/46/CE che modificano la direttiva 93/16/CEE" (qui di seguito: "**D. Lgs. 368/1999**")⁶⁶.

Si rileverà che il D. Lgs. 258/2007, attesa la sua recente approvazione, **non** è ancora stato completato da una **disciplina di dettaglio** relativa alla specifica **professione di medico**. **Si è perciò tenuto conto qui di seguito del D. Lgs. 368/1999, che è ancora in vigore, dunque è ancora oggi applicabile, quanto meno nella misura in cui è compatibile con il D. Lgs. 206/2007**⁶⁷.

L'esercizio della professione di medico è, in Italia, regolato da:

- **Decreto Legislativo 13 settembre 1946, n. 233** recante: "Ricostituzione degli Ordini delle Professioni Sanitarie e per la disciplina dell'esercizio delle professioni stesse"
- **Decreto del Presidente della Repubblica 5 aprile 1950 n. 221** recante "Approvazione del Regolamento per la esecuzione del decreto legislativo 13 settembre 1946 n. 233, sulla ricostituzione degli Ordini delle professioni sanitarie e per la disciplina dell'esercizio delle professioni stesse"⁶⁸.

B. Interrelazione con il diritto europeo

La legge n. 364 del 15 novembre 2000 ha ratificato per l'Italia l'Accordo tra la Comunità europea ed i suoi Stati membri e la Confederazione svizzera del 21 giugno 1999 (l'« **Accordo** »). L'Accordo disciplina la **libera circolazione delle persone** tra la Comunità Europea e la Confederazione Svizzera e **stabilisce l'applicabilità delle direttive comu-**

⁶⁵ Vedine il testo sul sito del parlamento italiano :
<http://www.parlamento.it/leggi/deleghe/07206dl.htm>

⁶⁶ Vedine il testo, per esempio, sul sito del Ministero della Giustizia: **Erreur ! Référence de lien hypertexte non valide.**; il testo completo degli allegati è disponibile sul sito dell'Università dell'Insubria:
<http://www.uninsubria.it/uninsubria/allegati/pagine/3003/Decreto%20Legislativo%2017%20agosto%201999%20n.%20368.pdf>

⁶⁷ Conclusione confermata dal Dott. Fontana, della Federazione Nazionale dei Medici Chirurghi ed Odontoiatri,

⁶⁸ Vedine il testo sul sito del Ministero della salute :
<http://www.ministerosalute.it/professionisSanitarie/paginaInterna.jsp?id=446&menu=cceps>.

nitarie in tema di riconoscimento delle qualifiche professionali anche ai cittadini elvetici. Pertanto, sono state introdotte agevolazioni **tali da rendere di fatto la situazione dei cittadini elvetici analoga a quella dei cittadini comunitari**. Viene in particolare in considerazione l'art. 9 dell'Accordo, il cui testo è il seguente.

« **Articolo 9 – Diplomi certificati e altri titoli**

Per agevolare ai cittadini degli Stati membri della Comunità europea e della Svizzera l'accesso alle attività dipendenti e autonome e il loro esercizio, nonché la prestazione di servizi, le parti contraenti adottano, conformemente all'allegato III, le misure necessarie per quanto riguarda il **riconoscimento reciproco dei diplomi dei certificati e di altri titoli** e il coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative delle parti contraenti in materia di accesso alle attività dipendenti e autonome e dell'esercizio di queste, nonché di prestazione di servizi ».

In base all'Accordo dunque, i professionisti che intendano ottenere il riconoscimento del titolo professionale conseguito nella Confederazione Svizzera possono presentare domanda al **Ministero competente** – per la **professione di medico, il Ministero della Sanità** (v. art. 5 D. Lgs. 206/2007) – ed inviando la documentazione necessaria. Si segnala che l'art. 2 del D. Lgs. 206/2007 dispone, al comma 3, che **“per il riconoscimento dei titoli di formazione acquisiti dai cittadini (...) della Confederazione svizzera, si applicano gli accordi in vigore con l'Unione europea”**.

II. RAPPORTO

A. Libertà di stabilimento

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libertà di stabilimento** agli artt. 16 s. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, **alla professione di medico**. Finché non verrà emanata la legislazione secondaria di **esecuzione** di tale decreto nell'ambito della professione qui in analisi, **pare logico avere riguardo al D. Lgs. 368/1999**. Distingueremo qui di seguito i due regimi, quello di cui al D. Lgs. 206/2007 (A.1) e quello di cui al D. Lgs. 368/1999 (A.2).

A.1. Regime di cui al D. Lgs. 206/2007

Il D. Lgs. 206/2007 pone, al titolo III capo I, rubricato « norme procedurali », **alcune regole generali**, che valgono per **tutte le professioni cui esso si applica, ivi compresa la professione di medico** (cfr. art. 33-37, che vi sono specificamente dedicati).

A titolo di premessa, si dirà che la professione di medico (tecnicamente e generalmente, denominata “medico chirurgo”) rientra nelle c.d. **“professioni sanitarie”** per il cui esercizio è **necessaria l'iscrizione ad un albo** (v. Art. 8 del D.Lgs. 13 settembre 1946, n. 233). L'Albo è tenuto dagli Ordini dei medici-chirurghi, organizzate su base provinciale (art. 7 del D.Lgs. 233/1946). In effetti, “in ogni provincia sono costituiti gli Ordini dei medici-chirurghi” (art. 1 del D.Lgs. 233/1946). Gli Ordini provinciali sono riuniti in una **Federazione nazionale** con sede a Roma, nel caso dei medici-chirurghi la Federazione Nazionale degli Ordini dei Medici Chirurghi ed Odontoiatri, la c.d. **“FNOMCeO”**.

Le coordinate della **“Federazione Nazionale Ordini Medici Chirurghi ed Odontoiatri”**
Piazza Cola di Rienzo 80/A 00192 Roma
Tel. 06/362031 Fax 06/3222794 e-mail: segreteria@fnomceo.it.

In apposita colonna dell'Albo dei medici sono indicati i titoli di docenza o specializzazione nelle materie che per tale professione formano oggetto delle singole specialità; per ciascuno di essi sono indicati l'autorità, il luogo e la data del rilascio. In base a tali indicazioni, sono formati separati elenchi nominativi per ogni singola specialità (art. 3 del D.P.R. 5 aprile 1950, n. 221).

Le **sedi e gli indirizzi** degli Ordini provinciali sono indicati sul sito: <http://portale.fnomceo.it/Jcmsfnomceo/Jsezione.jsp?lingua=It&idsezione=94>. La Federazione Nazionale ha sede in Roma. Competente per le questioni relative al riconoscimento è il **Ministero della Salute, Direzione generale risorse umane e professioni sanitarie, Via Giorgio Ribotta, 5 - 00144 Roma**

Ad oggi (25 maggio 2010), sul sito del Ministero della Salute, alla pagina **Erreur ! Référence de lien hypertexte non valide.**, è possibile conoscere il testo dei **decreti di riconoscimento** per la professione in oggetto (e per le altre professioni sanitarie) emanati negli ultimi anni.

1. Condizioni e domanda per il riconoscimento

Ai sensi dell'art. 17 D. Lgs. 206/2007, la domanda per il riconoscimento è **corredata** dei seguenti documenti:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una copia degli **attestati di competenza o del titolo di formazione** che dà accesso alla professione ed eventualmente un attestato dell'**esperienza professionale** dell'interessato

Le autorità competenti – per la professione di *medico*: il **Ministero della Salute** – possono invitare il richiedente a **fornire informazioni** quanto alla sua formazione nella misura necessaria a **determinare l'eventuale esistenza di differenze sostanziali rispetto alla formazione richiesta sul territorio dello Stato italiano**. Qualora sia impossibile per il richiedente fornire tali informazioni, le autorità competenti si rivolgono al punto di contatto, all'autorità competente o a qualsiasi altro organismo pertinente dello Stato membro di origine.

Qualora l'accesso a una professione regolamentata sia subordinato ai **requisiti dell'onorabilità e della moralità**, o l'esercizio di tale professione possa essere **sospeso o vietato** in caso di gravi mancanze professionali o di condanne per reati penali, la sussistenza di tali requisiti si considera provata da **documenti rilasciati da competenti autorità dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato**.

Nei casi in cui l'ordinamento dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato non preveda il rilascio dei documenti di cui sopra, questi possono essere sostituiti da una **dichiarazione giurata** o, negli Stati membri in cui tale forma di dichiarazione non è contemplata, da una **dichiarazione solenne**, prestata dall'interessato dinanzi ad un'autorità *giudiziaria o amministrativa* competente o, eventualmente, dinanzi ad un *notaio* o a un *organo qualificato* dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato.

Qualora l'accesso ad una professione regolamentata sia subordinato al **possesso di sana costituzione fisica o psichica**, tale requisito si considera dimostrato dal **documento prescritto** nello Stato membro di origine o nello Stato membro da cui proviene l'interessato. Qualora lo Stato membro di origine o di provenienza non prescriva documenti del genere, le autorità competenti accettano un attestato rilasciato da un'autorità competente di detti Stati.

Qualora l'esercizio di una professione regolamentata sia subordinato al possesso di **capacità finanziaria** del richiedente o di assicurazione contro i danni derivanti da responsabilità professionale, tali requisiti si considerano dimostrati da un **attestato rilasciato da una banca o società di assicurazione con sede in uno Stato membro**.

I documenti di cui sopra al momento della loro presentazione non devono essere di data anteriore a **tre mesi**.

La domanda è corredata da un **certificato dell'autorità competente dello Stato membro di origine attestante che il titolo di formazione soddisfa i requisiti stabiliti dalla normativa comunitaria** in materia di riconoscimento dei titoli di formazione in base al coordinamento delle **condizioni minime di formazione** (Art. 17 del D. lgs. 206/2007).

2. Formazione richiesta

Gli artt. 33 s. del D. Lgs. 206/2007 sono *specificatamente* consacrati alla formazione dei medici. Si distingue al riguardo la formazione generale dei *medici chirurghi* (2.1.), e la formazione specialistica dei *medici specialisti* (2.2.) e la formazione specifica dei *medici generalisti* (2.3.)

2.1. Formazione dei medici chirurghi (Art. 33 D. Lgs. 206/2007)

L'ammissione alla formazione di medico chirurgo è subordinata al **possesso del diploma di scuola secondaria superiore**, che dia accesso, per tali studi, alle **università**. La formazione di medico chirurgo garantisce l'**acquisizione** da parte dell'interessato delle **seguenti conoscenze e competenze**:

- adeguate conoscenze delle **scienze** sulle quali si fonda l'arte medica, nonché una buona comprensione dei **metodi scientifici**, compresi i principi relativi alla misura delle funzioni biologiche, alla valutazione di fatti stabiliti scientificamente e all'analisi dei dati;
- adeguate conoscenze della **struttura**, delle **funzioni** e del **comportamento degli esseri umani**, in **buona salute** e **malati**, nonché dei rapporti tra l'ambiente fisico e sociale dell'uomo ed il suo stato di salute;
- adeguate conoscenze dei **problemi** e delle **metodologie cliniche** atte a sviluppare una concezione coerente della natura delle malattie mentali e fisiche, dei tre aspetti della medicina: **prevenzione, diagnosi e terapia**, nonché della **riproduzione** umana;
- adeguata **esperienza clinica** acquisita sotto opportuno controllo in ospedale.

La formazione di cui sopra comprende un **percorso formativo di durata minima di sei anni** o un **minimo di 5.500 ore di insegnamento teoriche e pratiche** impartite in una università o sotto il controllo di una università.

Per coloro che hanno iniziato i loro studi *prima* del 1° gennaio 1972, la formazione di cui al comma 2 può comportare una **formazione pratica a livello universitario di 6 mesi** effettuata a tempo pieno sotto il controllo delle autorità competenti.

2.2. Formazione medica specialistica e denominazione medica specialistica (Art. 34 D. Lgs. 206/2007).

L'ammissione alla **formazione medica specializzata** è subordinata al compimento e alla convalida di **sei anni di studi** nel quadro del ciclo di formazione durante i quali sono state acquisite **appropriate conoscenze di medico chirurgo**. La formazione che permette di ottenere un **diploma di medico chirurgo specialista** nelle specializzazioni indicate nell'allegato V, punti 5.1.2, 5.1.3 (che qui si omette) risponde ai **seguenti requisiti**:

- presupporre il conferimento e validità del titolo conseguito a seguito di un ciclo di formazione nel corso del quale siano state acquisite adeguate conoscenze nel campo della medicina di base;

Italia

- insegnamento teorico e pratico, effettuato in un centro universitario, un centro ospedaliero universitario o anche un istituto di cure sanitarie a tal fine autorizzato da autorità od organi competenti;
- formazione a tempo pieno sotto il controllo delle autorità o enti competenti.

Il rilascio di un diploma di medico chirurgo specialista è **subordinato al possesso di un diploma di medico chirurgo di cui all'allegato V, punto 5.1.1** (che qui si omette). Le **durate minime della formazione specialistica non possono essere inferiori a quelle indicate, per ciascuna di tale formazione**, nell'allegato V, punto 5.1.3 (che qui si omette). I **titoli di formazione di medico specialista** sono quelli rilasciati dalle autorità od organi competenti di cui all'allegato V, punto 5.1.2 (che qui si omette) che corrispondono per la formazione specialistica in questione alle denominazioni vigenti negli Stati membri così come riportato all'allegato V, 5.1.3 (che qui si omette).

L'art. 35 D. Lgs. 206/2007 è dedicato al **regime dei diritti acquisiti dei medici specialisti**. Gli interessati in possesso di un diploma di medico specialista di cui all'allegato V, punti 5.1.2 e 5.1.3 (che qui si omette) conseguito in un altro Stato membro, la cui formazione medico specialistica, svolta secondo le modalità del tempo parziale, era disciplinata da disposizioni legislative, regolamentari e amministrative vigenti alla data del 20 giugno 1975, che hanno **iniziato** la loro formazione di specialisti **entro il 31 dicembre 1983, possono ottenere il riconoscimento del loro titolo di medico specialista**, purché detto titolo di specializzazione sia accompagnato da un **attestato** rilasciato dall' autorità competente dello Stato membro presso cui è stato conseguito il titolo che **certifichi l'effettivo e lecito esercizio da parte degli interessati dell'attività specialistica in questione per almeno tre anni consecutivi nei cinque precedenti il rilascio dell'attestato**.

Laddove siano state abrogate le disposizioni legislative, regolamentari o amministrative sul rilascio dei titoli di formazione di medico specialista di cui all'allegato V, punti 5.1.2 e 5.1.3, e siano stati adottati **a favore dei cittadini italiani** provvedimenti sui diritti acquisiti, è riconosciuto ai cittadini degli altri Stati membri in possesso di un **titolo di medico specialista conseguito in un Paese dell'Unione il diritto di beneficiare delle stesse misure**, purché i titoli di formazione specialistica in loro possesso siano stati rilasciati dallo Stato di provenienza **prima della data a partire dalla quale l'Italia ha cessato di rilasciare i titoli di formazione per la specializzazione interessata**. Le date di abrogazione di queste disposizioni si trovano all'allegato V. 5.1.3 (che qui si omette).

2.3. *Formazione specifica in medicina generale (Art. 36 D.Lgs. 206/2007)*

L'ammissione alla formazione specifica in medicina generale presuppone il compimento del **ciclo di studi** previsto per la formazione dei medici chirurghi (art. 33 D. Lgs. 206/2007). Il corso di formazione specifica in **medicina generale** della durata di almeno **tre anni** è riservato ai laureati in medicina e chirurgia, abilitati all'esercizio professionale. Al termine del suddetto corso è rilasciato il **diploma** di formazione specifica in medicina generale.

Fatto salvo quanto indicato dall'articolo 24, comma 3, del decreto legislativo 17 agosto 1999, n. 368, il corso di formazione specifica in medicina generale comporta **un impegno dei partecipanti a tempo pieno con obbligo della frequenza alle attività didattiche teoriche e pratiche**, da svolgersi sotto il controllo delle regioni e province autonome (cioè le Province di Trento e Bolzano). Il corso si conclude con il **rilascio di un diploma di formazione in medicina generale** da parte delle regioni e delle province autonome, conforme al modello predisposto con decreto del Ministro della salute. La durata del corso sumenzionato può essere ridotta per un **periodo massimo di un anno** e comunque pari a quello della **formazione pratica** impartita durante il corso di laurea in medicina e chirurgia, se detta formazione è stata dispensata in un centro ospedaliero riconosciuto, che disponga di attrezzature e di servizi adeguati di medicina generale o nell'ambito di uno studio di medicina generale riconosciuto o in un centro riconosciuto in cui i medici dispensano cure primarie. All'inizio di ogni anno accademico, le università notificano l'attivazione di tali periodi di

Italie

formazione al Ministero della salute e al Ministero dell'università e della ricerca. Il corso di formazione specifica in medicina generale, che si svolge a tempo pieno sotto il controllo delle regioni e province autonome, è di natura più pratica che teorica.

L'art. 37 D. Lgs. 206/2007 regola i « **diritti acquisiti** » specifici » dei medici di medicina generale. In base a tale disposizione Hanno diritto ad esercitare l'attività professionale in qualità di medico di medicina generale **i medici chirurghi abilitati all'esercizio professionale entro il 31 dicembre 1994**. Detto diritto è esteso ai medici, cittadini di un altro Stato membro già iscritti all'albo dei medici chirurghi ai sensi della legge 22 maggio 1978, n. 217, e che erano **titolari**, alla data del 31 dicembre 1996 di un rapporto convenzionale per **l'attività di medico in medicina generale**. Agli interessati in possesso di un titolo di medico conseguito in uno Stato membro a seguito di un ciclo di formazione previsto per i medici chirurghi, titolari di diritti acquisiti nello Stato di origine o di provenienza secondo quanto stabilito da ciascuno Stato membro ed indicato nell'allegato V, punto 5.1.4 (che qui si omette), **è riconosciuto il diritto di esercitare in Italia l'attività di medico di medicina generale senza il titolo di formazione di cui all'allegato V, punto 5.1.4**.

I cittadini comunitari, titolari di diritti acquisiti, ai fini del suddetto riconoscimento devono produrre una **certificazione rilasciata dall'autorità competente dello Stato membro di provenienza** attestante il diritto di esercitare in detto Stato l'attività di medico di medicina generale nel quadro del regime nazionale di previdenza sociale senza il titolo di formazione di cui all'allegato V, punto 5.1.4. I medici di cui sopra che intendono esercitare l'attività professionale in qualità di medico di medicina generale nel regime nazionale di sicurezza sociale di uno degli altri Stati membri anche se non sono in possesso di una formazione specifica in medicina generale **devono chiedere il rilascio del relativo certificato al competente ordine provinciale dei medici chirurghi previa presentazione della documentazione comprovante i diritti acquisiti**. Il **Ministero della salute** fornisce a richiesta delle competenti autorità dei Paesi comunitari le informazioni inerenti alle istanze dei medici chirurghi italiani tendenti ad ottenere l'ammissione all'esercizio dell'attività specifica in medicina generale nei Paesi dell'Unione europea e rilascia le certificazioni richieste, previa acquisizione della relativa documentazione.

3. **Decisione e possibilità di ricorso ; autorità competente, istruttoria, procedura, termini**

Ai fini del riconoscimento professionale, l'interessato presenta apposita **domanda** all'autorità competente (Ministero della salute, ex art. 5 D. Lgs. 206/2007). Entro **trenta giorni** dal ricevimento della domanda, l'autorità accerta la **completezza** della documentazione esibita, e ne **dà notizia** all'interessato. Ove necessario, l'autorità competente richiede le eventuali necessarie **integrazioni**.

Per la valutazione dei **titoli acquisiti**, il D. Lgs. 206/2007 prevede, come regola generale, che l'autorità indichi una « **conferenza di servizi** » ai sensi della legge 7 agosto 1990, n. 241 alla quale partecipano **rappresentanti**:

- delle amministrazioni dell'autorità competente;
- del Dipartimento per il coordinamento delle politiche comunitarie;
- del Ministero degli affari esteri.

Nella conferenza dei servizi sono sentiti **un rappresentante dell'Ordine o Collegio professionale** ovvero della categoria professionale interessata.

Tuttavia, la necessità di indire una « conferenza di servizi » non si applica, tra l'altro, nei casi di cui al capo IV del titolo III, sezione II, cioè per la professione di medico (art. 16, comma 5).

Italia

Sul riconoscimento provvede l'autorità competente con **decreto motivato**, da adottarsi nel termine di **tre mesi** dalla presentazione della documentazione completa da parte dell'interessato. Il decreto è **pubblicato** nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica italiana.

Se l'esercizio della professione in questione è condizionato alla **prestazione di un giuramento** o ad una **dichiarazione solenne**, al cittadino interessato è proposta una formula appropriata ed equivalente nel caso in cui la **formula** del giuramento o della dichiarazione **non** possa essere utilizzata da detto cittadino (art. 16 D. Lgs. 206/2007).

4. Effetti del riconoscimento

Ai sensi dell'art. 3 del D. lgs. 206/2007, in tema di « **effetti del riconoscimento** », il riconoscimento delle qualifiche professionali operato ai sensi del D. Lgs. 206/2007 permette di **accedere**, se in possesso dei requisiti specificamente previsti, **alla professione corrispondente per la quale i soggetti richiedenti sono qualificati nello Stato membro d'origine e di esercitarla alle stesse condizioni previste dall'ordinamento italiano**. La professione che l'interessato eserciterà sul territorio italiano sarà quella per la quale è qualificato **nel proprio Stato membro d'origine**, se le attività sono comparabili.

Riguardo all'uso del titolo professionale, il prestatore può usare nella professione la **denominazione del proprio titolo di studio**, ed eventualmente la **relativa abbreviazione**, nella **lingua** dello Stato membro nel quale il titolo di studio è stato conseguito. L'uso di detta denominazione o dell'abbreviazione non è tuttavia consentito se idoneo ad **ingenerare confusione** con una professione regolamentata nel territorio nazionale, per la quale l'interessato non ha ottenuto il riconoscimento della qualifica professionale; in tal caso la denominazione potrà essere utilizzata a condizione che ad essa siano apportate le modifiche o aggiunte idonee alla differenziazione, stabilite dall'autorità competente. Tuttavia, L'art. 16 comma 10 del D.lgs. 206/2007, che deroga a tale disposizione, e che pare ben applicabile alla professione di *medico*, prevede che i beneficiari del riconoscimento esercitano la professione **facendo uso della denominazione del titolo professionale e della sua eventuale abbreviazione, prevista dalla legislazione italiana**.

Ai sensi dell'art. 28 della legge n. 833/1978 28. (Assistenza farmaceutica) “L'unità sanitaria locale eroga l'assistenza farmaceutica attraverso le farmacie di cui sono titolari enti pubblici e le farmacie di cui sono titolari i privati, tutte convenzionate”. Le farmacie, private o pubbliche, imprese individuali o società di farmacisti (organizzate come società di persone), sono, dunque, **per legge, tutte convenzionate con il Servizio socio-sanitario nazionale**. La legge prevede che le modalità per il rimborso da parte del Servizio socio-sanitario del costo dei medicinali venduti dalle farmacie ai clienti ha luogo tramite **accordo** rinnovato ogni quattro anni fra i rappresentanti dei farmacisti e i rappresentanti dello Stato e delle regioni. Parte della **convenzione** è la singola farmacia **indipendentemente dalla nazionalità e dallo Stato che ha rilasciato il titolo del titolare della farmacia e del singolo farmacista che ha atteso il cliente**, e non il singolo farmacista.

A.2. Regime di cui al D. Lgs. 258/1999

La normativa in oggetto si applica, **ai sensi dall'art. 1**, “alle attività di medico chirurgo esercitate in qualità di **dipendente o libero-professionista**”. **Non pare dunque esservi alcuna distinzione a seconda che l'attività del sanitario sia esercitata quale dipendente o libero professionista**.

Per ottenere l'**accreditamento** come **medico convenzionato al “Servizio sanitario nazionale”** – c.d. “**medico della mutua**” – non vi sono requisiti particolari da soddisfare da parte del medico straniero che abbia ottenuto l'iscrizione all'albo. I requisiti sono dunque gli stessi

per **medici italiani che hanno svolto la loro formazione in Italia**. Si dirà in particolare che è un organismo governativo, la Regione, che gestisce e conferisce l'accREDITAMENTO a soggetti pubblici o a professionisti che ne fanno richiesta e che intendono operare nell'ambito del Servizio sanitario nazionale, "subordinatamente alla loro **rispondenza a requisiti ulteriori, alla loro funzionalità rispetto agli indirizzi di programmazione regionale e alla verifica positiva dell'attività svolta e dei risultati raggiunti**" (v. Art. 8- quater del Decreto legislativo 19 giugno 1999, n. 229, "Norme per la razionalizzazione del Servizio sanitario nazionale, a norma dell'articolo 1 della legge 30 novembre 1998, n. 419"). Inoltre, al fine di individuare i criteri per la verifica della funzionalità rispetto alla programmazione nazionale e regionale, la regione definisce il fabbisogno di assistenza secondo le funzioni sanitarie individuate dal piano sanitario regionale. Con il conseguimento dell'accREDITAMENTO, si acquisisce lo **status di soggetto idoneo ad erogare prestazioni sanitarie e socio-sanitarie per conto del SSN**. Tuttavia, affinché un soggetto accREDITATO possa fornire prestazioni a carico del SSN, è necessario che la Regione, **direttamente o per il tramite delle Aziende Sanitarie, stipuli con questo appositi accordi o contratti** (v. art. 8-quinquies del citato D.Lgs. 229/1999)⁶⁹.

Il **Servizio sanitario nazionale** ("SSN") è il complesso delle funzioni e delle attività assistenziali svolte dai servizi sanitari regionali, dagli enti e istituzioni di rilievo nazionale e dallo Stato, volte a garantire la tutela della salute come diritto fondamentale dell'individuo ed interesse della collettività, nel rispetto della dignità e della libertà della persona umana (art. 1 del D.Lgs. 502/1992). Il termine, chiaramente ispirato al **National Health Service (NHS)** britannico, è stato introdotto con la legge 833/78 (la cosiddetta "Riforma Sanitaria"). Il Servizio sanitario nazionale è un sistema pubblico di carattere *universalistico* che garantisce l'assistenza sanitaria a tutti i cittadini, finanziato attraverso la fiscalità generale e le entrate dirette, percepite dalle aziende sanitarie locali, derivanti dai **ticket sanitari** (cioè delle quote con cui l'assistito contribuisce alle spese) e dalle prestazioni a pagamento.

1. Condizioni per il riconoscimento

Medico chirurgo. I diplomi, certificati e altri titoli di **medico chirurgo**, rilasciati ai cittadini degli Stati membri da altri Stati membri conformemente ai requisiti di formazione previsti all'articolo 18 (v. qui di sotto) ed elencati nell'allegato A (che qui si omette), **sono riconosciuti in Italia con gli stessi effetti dei diplomi rilasciati in Italia per l'accesso all'attività di medico chirurgo, dipendente o libero-professionista** (Art. 2 D.Lgs. 368/1999).

In base all'art. 18, la formazione di **medico chirurgo** comprende:

- adeguate conoscenze delle scienze sulle quali si fonda l'arte medica, nonché una buona comprensione dei metodi scientifici, compresi i principi relativi alla misura delle funzioni biologiche, alla valutazione di fatti stabiliti scientificamente e all'analisi dei dati;
- adeguate conoscenze della struttura, delle funzioni e del comportamento degli esseri umani, in buona salute e malati, nonché dei rapporti tra l'ambiente fisico e sociale dell'uomo ed il suo stato di salute;
- adeguate conoscenze dei problemi e delle metodologie cliniche atte a sviluppare una concezione coerente della natura delle malattie mentali e fisiche, dei tre aspetti della medicina: prevenzione, diagnosi e terapia, nonché della riproduzione umana;
- adeguata esperienza clinica acquisita sotto opportuno controllo in ospedale.

La **formazione** comprende un percorso formativo di durata minima di **sei anni** o un **minimo di 5.500 ore** di insegnamento teoriche e pratiche impartite in una università o sotto il controllo di una università'.

⁶⁹

Informazioni tratte da N. Catalano, Care 4, 2002.

Italie

Medico chirurgo specialista. I diplomi, certificati e altri titoli di **medico chirurgo specialista**, comuni a tutti gli Stati membri, rilasciati ai cittadini degli Stati membri da altri Stati membri conformemente all'articolo 20 ed elencati nell'**allegato B** (che qui **si omette**), **sono riconosciuti in Italia con gli stessi effetti dei diplomi, certificati ed altri titoli di specializzazione rilasciati in Italia per l'accesso all'attività di medico chirurgo specialista, dipendente o libero-professionista.** I titoli in questione e le denominazioni corrispondenti sono indicate nell'allegato B (che qui si omette) (Art. 3 D.Lgs. 368/1999).

I diplomi, certificati e altri titoli di **medico chirurgo specialista**, comuni a due o più Stati membri e rilasciati ai cittadini degli Stati membri da altri Stati membri conformemente all'articolo 20 ed elencati nell'**allegato C** (che qui **si omette**), **sono riconosciuti con gli stessi effetti dei diplomi di specializzazione rilasciati in Italia per l'accesso all'attività di medico chirurgo specialista, dipendente o libero professionista.** I titoli in questione e le denominazioni corrispondenti sono indicati nell'allegato C (Art. 4 D.Lgs. 368/1999).

I cittadini degli Stati membri in possesso del riconoscimento, che intendono conseguire **uno dei diplomi di specializzazione**, che non figurano negli allegati B e C o che, pur menzionati nell'allegato C, non sono rilasciati nello Stato membro di origine o di provenienza, **possono concorrere all'ammissione alle scuole di specializzazione italiane, alle stesse condizioni e limiti previsti dalla normativa vigente, previa verifica dei requisiti.**

I cittadini degli Stati membri, che intendono ottenere uno dei diplomi di specializzazione in questione e che sono in possesso di un diploma, certificato e altro titolo di formazione di **medico specialista** conseguito nello Stato membro di origine o di provenienza e riconducibile alla specializzazione per la quale intendono concorrere, **possono ottenere il riconoscimento, in tutto o in parte, dei periodi di formazione compiuti e sanzionati da un diploma, certificato o altro titolo di studio rilasciato dall'Autorità competente dello Stato membro di origine o di provenienza.** I titoli sono valutati anche in funzione del carattere ufficiale che rivestono nel Paese di origine o di provenienza. **La valutazione dei periodi di formazione è effettuata**, su proposta dal Ministero della sanità e del Ministero dell'Università, della ricerca scientifica e tecnologica, **dai competenti organi accademici** che determinano la durata ed i **contenuti del periodo di formazione complementare.** L'ammissione è peraltro concessa, previo superamento delle prove selettive, anche in deroga ai limiti dei posti previsti per il corso di specializzazione richiesto. Le Università comunicano annualmente al Ministero della sanità il numero di cittadini ammessi ai benefici di cui sopra con l'indicazione dello Stato membro di origine o di provenienza e del corso di specializzazione cui sono stati ammessi nonché l'elenco dei cittadini che, ancorché ammessi, hanno conseguito il titolo di medico chirurgo specialista (v. art. 5 D. Lgs. 17 agosto 1999, n. 368).

I cittadini degli Stati membri che hanno ottenuto il riconoscimento **usano rispettivamente il titolo di "medico chirurgo" e "medico chirurgo specialista in ..."** e fanno uso delle **relative abbreviazioni.** Il titolo professionale può essere accompagnato dal **titolo di formazione corrispondente**, come indicato negli allegati A, B e C (che qui si omettono), **nella lingua dello stato di origine o di provenienza seguito dal nome e luogo dell'università o istituzione che ha rilasciato tale titolo nello Stato di origine o di provenienza.** Il Ministero della sanità indica le **modalità di utilizzo** del titolo di formazione nel caso in cui il titolo di formazione **possa essere confuso** con un titolo che richieda in Italia una **formazione maggiore che il titolare non ha compiuto** o che dia possibilità di una attività diversa da quella prevista dal Paese in cui il titolo è stato conseguito (Art. 7 D.Lgs. 368/1999).

2. Procedura

La procedura di ammissione del beneficiario all'accesso ad una delle attività di medico chirurgo deve essere **conclusa al più presto e comunque entro tre mesi dalla presentazione del fascicolo completo dell'interessato**, fatte salve le dilazioni che potrebbero risultare indispensabili per la relativa istruttoria ovvero necessarie a seguito di eventuale ricorso proposto alla fine della procedura stessa. Lo Stato membro consultato deve far pervenire la propria risposta entro un **termine di tre mesi**. Al momento in cui riceve la risposta o alla scadenza di detto termine, il Ministero della sanità prosegue la procedura di riconoscimento (Art. 12 D.Lgs. 368/1999).

Nel caso in cui per l'accesso all'esercizio ad una delle attività di medico chirurgo sia richiesto la prestazione di un **giuramento** o una **dichiarazione solenne** e qualora la formula di detto giuramento o di detta dichiarazione non possa essere utilizzata dai cittadini degli altri Stati membri agli interessati e' proposta una **formula appropriata ed equivalente** (Art. 13 D. Lgs. 368/1999).

3. Iscrizione all'albo

I cittadini di uno Stato membro che hanno ottenuto il riconoscimento dei diplomi, certificati o altri titoli di medico chirurgo o di medico chirurgo specialista **si iscrivono all'albo dei medici chirurghi e medici chirurghi specialisti** della **provincia** in cui hanno stabilito la propria residenza o domicilio professionale e sono **soggetti a quanto previsto dalle normative nazionali in relazione all'esercizio dell'attività professionale**. L'iscrizione è condizionata alla presentazione della **certificazione** rilasciata dall'Autorità competente del Paese di origine o di provenienza nella quale deve essere specificato che **non vi è in atto una inabilitazione temporanea o definitiva per l'esercizio della professione**.

Quando lo Stato membro di origine o di provenienza **non richiede un attestato di moralità** o di onorabilità per il primo accesso all'attività di cui trattasi, deve essere richiesto un **estratto del casellario giudiziario** o, in mancanza, un **documento equipollente** rilasciato da una Autorità competente dello Stato membro di origine o di provenienza (art. 8 D.Lgs. 368/1999).

Qualora il Ministero della sanità venisse a conoscenza di **fatti gravi e specifici**, avvenuti fuori dal territorio italiano *anteriamente* allo stabilimento dell'interessato in Italia, che potrebbero avere conseguenze per l'esercizio della relativa attività professionale, informa lo Stato di origine o di provenienza che **esamina la veridicità dei fatti**. Le autorità di tale Stato decidono della natura e dell'ampiezza delle indagini che devono essere svolte e comunicano al Ministero della sanità quali **conseguenze esse ne traggono nei confronti dei certificati o dei documenti da esse rilasciati**. In caso di conferma della veridicità dei fatti il Ministero della sanità ne dà **comunicazione** alla Federazione degli ordini dei medici chirurghi per **l'adozione dei relativi provvedimenti**. Le informazioni trasmesse in questo caso sono coperte dal segreto d'ufficio.

I cittadini degli altri Stati membri dell'Unione europea che abbiano ottenuto l'iscrizione all'albo professionale hanno gli **stessi diritti** e sono **soggetti agli obblighi e sanzioni disciplinari** stabiliti dalla normativa nazionale. **Per i procedimenti disciplinari e le relative sanzioni si applica la normativa vigente in Italia**. L'ordine dei medici chirurghi comunica al Ministero della sanità tutte le sanzioni che incidono sull'esercizio professionale. Il Ministero della sanità **comunica** allo Stato di origine o di provenienza dell'interessato le sanzioni disciplinari adottate. Le informazioni sono coperte dal segreto d'ufficio (Art. 9 D.Lgs. 368/1999).

4. Effetti dell'iscrizione

4.1. Uso del titolo professionale

I cittadini degli Stati membri che hanno ottenuto il riconoscimento **usano rispettivamente il titolo di “medico chirurgo” e “medico chirurgo specialista in ...” e fanno uso delle relative abbreviazioni.**

Il titolo professionale può essere accompagnato dal **titolo di formazione corrispondente**, come indicato negli allegati A, B e C (che qui si omette), **nella lingua dello stato di origine o di provenienza seguito dal nome e luogo dell'università o istituzione che ha rilasciato tale titolo nello Stato di origine o di provenienza.**

Il Ministero della sanità indica le **modalità di utilizzo** del titolo di formazione nel caso in cui il titolo di formazione **possa essere confuso** con un titolo che richieda in Italia una **formazione maggiore che il titolare non ha compiuto** o che dia possibilità di una attività diversa da quella prevista dal Paese in cui il titolo è stato conseguito (Art. 7 D.Lgs. 368/1999).

4.2. Obblighi

I cittadini di uno Stato membro che hanno ottenuto il riconoscimento dei diplomi, certificati o altri titoli di medico chirurgo o di medico chirurgo specialista **si iscrivono all'albo dei medici chirurghi e medici chirurghi specialisti della provincia** in cui hanno stabilito la propria residenza o domicilio professionale e sono **soggetti a quanto previsto dalle normative nazionali in relazione all'esercizio dell'attività professionale.**

L'iscrizione è condizionata alla presentazione della **certificazione** rilasciata dall'Autorità competente del Paese di origine o di provenienza nella quale deve essere specificato che **non vi è in atto una inabilitazione temporanea o definitiva per l'esercizio della professione.**

Quando lo Stato membro di origine o di provenienza **non richiede un attestato di moralità** o di onorabilità per il primo accesso all'attività di cui trattasi, deve essere richiesto un **estratto del casellario giudiziario** o, in mancanza, un **documento equipollente** rilasciato da una Autorità competente dello Stato membro di origine o di provenienza (art. 8 D.Lgs. 368/1999).

Qualora il Ministero della sanità venisse a conoscenza di **fatti gravi e specifici**, avvenuti fuori dal territorio italiano *anteriamente* allo stabilimento dell'interessato in Italia, che potrebbero avere conseguenze per l'esercizio della relativa attività professionale, informa lo Stato di origine o di provenienza che **esamina la veridicità dei fatti**. Le autorità di tale Stato decidono della natura e dell'ampiezza delle indagini che devono essere svolte e comunicano al Ministero della sanità quali **conseguenze esse ne traggono nei confronti dei certificati o dei documenti da esse rilasciati**. In caso di conferma della veridicità dei fatti il Ministero della sanità ne dà **comunicazione** alla Federazione degli ordini dei medici chirurghi per **l'adozione dei relativi provvedimenti**. Le informazioni trasmesse in questo caso sono coperte dal segreto d'ufficio.

4.3. Sanzioni disciplinari

I cittadini degli altri Stati membri dell'Unione europea che abbiano ottenuto l'iscrizione all'albo professionale hanno gli **stessi diritti** e sono **soggetti agli obblighi e sanzioni disciplinari** stabiliti dalla normativa nazionale. **Per i procedimenti disciplinari e le relative sanzioni si applica la normativa vigente in Italia.** L'ordine dei medici chirurghi comunica al Ministero della sanità tutte le sanzioni che incidono sull'esercizio professionale. Il Ministero della sanità **comunica** allo Stato di origine o di provenienza dell'interessato le sanzioni disciplinari adottate. Le informazioni sono coperte dal segreto d'ufficio (Art. 9 D.Lgs. 368/1999).

4.4. Codice deontologico

Se ne deve dedurre che gli iscritti, quale che sia la loro **nazionalità** ed il Paese nel quale hanno ottenuto il **titolo**, sono tenuti all'osservanza del **Codice di deontologia medica 2006**, disponibile sul sito <http://portale.fnomceo.it/Jcmsfnomceo/Jarticolo.jsp?lingua=It&idsezione=11&idarticolo=3694>. Ai sensi dell'art. 1, infatti, "il **Codice di Deontologia Medica** contiene principi e regole che il medico-chirurgo e l'odontoiatra, iscritti agli **albi professionali dell'Ordine dei Medici Chirurghi e degli Odontoiatri**, devono osservare nell'esercizio della **professione (...)**".

4.5. Assicurazione obbligatoria

Non vi è, attualmente, per l'esercizio della professione del medico in Italia, alcun obbligo di assicurazione contro la responsabilità civile, anche se l'assicurazione professionale è largamente diffusa (e diversi progetti di legge, dal destino parlamentare tuttavia ad oggi alquanto incerto, intendono introdurla).

B. Libera prestazione di servizi

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libera prestazione di servizi** agli artt. 9-15. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alla professione di *medico*. Finché non verrà emanata la legislazione secondaria di **esecuzione** di tale decreto nell'ambito delle professioni qui in analisi, **pare logico avere riguardo alla D. Lgs. 368/1999**. I due regimi saranno illustrati separatamente.

B.1. Regime di cui al D. Lgs. 206/2007

1. Condizioni per l'esercizio

La **libera prestazione di servizi** sul territorio nazionale **non** può essere limitata per ragioni attinenti alle qualifiche professionali:

- se il prestatore è **legalmente stabilito** in un altro Stato membro per esercitarvi la corrispondente professione;
- in caso di **spostamento del prestatore**; in tal caso, se nello Stato membro di stabilimento la professione **non è regolamentata**, il prestatore deve aver esercitato tale professione per almeno **due anni** nel corso dei **dieci anni** che precedono la prestazione di servizi.

Tale libertà è concessa al solo prestatore che si **sposta** sul territorio dello Stato per esercitare la professione « **in modo temporaneo e occasionale** ». Il carattere « temporaneo e occasionale » della prestazione è valutato, dall'autorità competente, **caso per caso**, tenuto conto anche della **natura** della prestazione, della **durata** della prestazione stessa, della sua **frequenza**, della sua **periodicità** e della sua **continuità** (Art. 9 D. Lgs. 206/2007).

2. Comunicazione

Il prestatore che si sposta per la prima volta da un altro Stato membro sul territorio nazionale per fornire servizi è tenuto **ad informare 30 giorni prima**, salvo i casi di urgenza, l'autorità competente con una **dichiarazione scritta**, contenente **informazioni** sulla prestazione di servizi che intende svolgere, nonché sulla **copertura assicurativa o analoghi mezzi di protezione personale o collettiva per la responsabilità professionale**. Tale dichiarazione ha validità per l'anno in corso e deve essere rinnovata, se il prestatore intende successiva-

Italia

mente fornire servizi temporanei o occasionali in tale Stato membro. Il prestatore può fornire la dichiarazione con **qualsiasi mezzo idoneo** di comunicazione (art. 10 D.lgs. 206/2007).

In occasione della **prima** prestazione, o in qualunque momento interviene un **mutamento** oggettivo della situazione attestata dai documenti, la dichiarazione di cui sopra deve essere corredata di:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una certificazione dell'autorità competente che attesti che il titolare è **legalmente stabilito in uno Stato membro** per esercitare le attività in questione e che non gli è vietato esercitarle, anche su base temporanea, al momento del rilascio dell'attestato;
- un documento che comprovi il **possesso delle qualifiche professionali**;
- nei casi in cui la professione non è regolamentata, una prova con qualsiasi mezzo che il prestatore ha esercitato l'attività in questione per almeno **due anni** nei precedenti dieci anni;
- per le professioni nel settore della **sicurezza** la prova di **assenza di condanne penali**.

Il prestatore deve **informare** della sua prestazione, prima dell'esecuzione o, in caso di urgenza, immediatamente dopo, **l'ente di previdenza obbligatoria competente per la professione esercitata**. La comunicazione, che **non comporta obblighi di iscrizione o di contribuzione**, può essere effettuata con **qualsiasi mezzo idoneo** (Art. 10 D. lgs. 206/2007).

3. Diritti ed obblighi

In caso di **spostamento**, il prestatore è soggetto alle **norme che disciplinano l'esercizio della professione che è ammesso ad esercitare**, quali : la **definizione** della professione, l'**uso** dei titoli e la **responsabilità** professionale connessa direttamente e specificamente alla tutela e sicurezza dei consumatori, nonché alle **disposizioni disciplinari** applicabili ai professionisti che, sul territorio italiano, esercitano la professione corrispondente (art. 9 comma 4 D.lgs. 206/2007).

Per le professioni di cui al titolo III, capo IV – tra le quali vi è quella del **farmacista** – la prestazione di servizi è effettuata **con il titolo professionale previsto dalla normativa italiana**.

Copia delle dichiarazioni di cui sopra è trasmessa dall'autorità competente al **competente Ordine o Collegio** professionale che provvede ad una **iscrizione automatica in apposita sezione degli albi istituiti e tenuti presso i consigli provinciali e il consiglio nazionale** con oneri a carico dell'Ordine o Collegio stessi. L'iscrizione è assicurata per la durata di efficacia della dichiarazione. L'iscrizione all'ordine **non comporta l'iscrizione ad enti di previdenza obbligatoria** (Art. 13 D.lgs. 206/2007).

Le informazioni pertinenti circa la **legalità** dello stabilimento e la **buona condotta** del prestatore, nonché l'**assenza** di sanzioni disciplinari o penali di carattere professionale sono richieste e assicurate dalle autorità competenti. Queste provvedono affinché lo **scambio di tutte le informazioni necessarie** per un reclamo del destinatario di un servizio contro un prestatore avvenga correttamente. I destinatari sono **informati** dell'esito del reclamo (Art. 14 D. Lgs. 206/2007).

B.2. Regime di cui al D. Lgs. 368/1999

1. Condizioni per l'esercizio

Per le prestazioni in Italia di servizi, con carattere occasionale, di medico chirurgo o medico chirurgo specialista, i cittadini degli Stati membri **sono dispensati dall'iscrizione all'ordine professionale**. Essi sono soggetti ai **relativi diritti e doveri previsti dalla normativa vigente e sono sottoposti alle disposizioni disciplinari di carattere professionale o amministrativo-fiscale così come previsto dall'ordinamento italiano**. Le prestazioni di cui sopra sono subordinate al **rispetto delle disposizioni vigenti in materia di incompatibilità ed esercizio di attività libero-professionali**. Di ogni eventuale provvedimento adottato in caso di violazione o inottemperanza delle disposizioni alle norme di cui sopra, è data **tempestiva comunicazione** all'Autorità competente dello Stato di origine o di provenienza (Art. 14 D. Lgs. 368/1999).

Nei casi in cui gli interessati vengano **privati** in tutto o in parte, definitivamente o temporaneamente del diritto ad esercitare la professione di medico chirurgo, il Ministero della sanità **provvede a ritirare l'attestato**, se già rilasciato (Art. 15 D. Lgs. 368/1999).

2. Comunicazione

Il medico o medico specialista cittadino di altri Stati membri dell'Unione europea, che intende erogare **prestazioni occasionali**, deve essere **autorizzato dal Ministero della sanità in via preventiva**. L'autorizzazione è subordinata alla presentazione, da parte dell'interessato, di **apposita richiesta in lingua italiana** con l'indicazione della motivazione giustificante le prestazioni che intende svolgere e corredata di:

- indicazione dell'ordine dei medici chirurghi corrispondente alla **provincia** nella quale intende erogare la prestazione;
- **certificazione** relativa all'attività medica legalmente esercitata nello Stato di origine o provenienza;
- certificazione della competente Autorità del Paese di origine o provenienza che garantisca il **possesso dei titoli o diplomi richiesti**;
- indicazione del **domicilio** durante la permanenza in Italia.

In caso di **urgenza**, la richiesta motivata di autorizzazione deve essere presentata subito dopo l'effettuazione della prestazione e comunque **entro il termine di quindici giorni**. La documentazione di cui sopra deve essere di data **non anteriore ai dodici mesi** dalla data della richiesta. In caso di **ulteriori** prestazioni nella stessa provincia e nello stesso luogo, entro un anno a far data dalla prima richiesta, è sufficiente **notificare il motivo e la data delle prestazioni stesse**.

Il Ministero della sanità **da comunicazione delle autorizzazioni rilasciate** all'ordine dei medici chirurghi competente, per l'**iscrizione in apposito elenco** (Art. 15 D. Lgs. 368/1999).